

Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien



ipw

25|2008

inhalt

Schwerpunktthema „political economics“

Manfred Füllsack:	
Gibt es die Politische Ökonomie noch?	4
Ilker Ataç:	
Was ist die Internationale Politische Ökonomie?	8
Peter Biegelbauer:	
Die Sprachlosigkeit der Politischen Ökonomie	10
Lukas Pokorny:	
Chuch'e - Leitprinzip für Nordkoreas Wirtschaft.....	13
Doris Mak-Kovacs:	
Taiwan im Spannungsfeld zwischen Politik und Wirtschaft.....	14
Rüdiger Frank:	
Politische Ökonomie Ostasiens - Mythos und Realität	18
Sana Shah:	
The hidden truth behind the student protests in Pakistan	22
Tim Epkenhans:	
Verblühte Tulpen - der Schattenstaat Kirgisien.....	25
Silvia Nadjivan:	
Armut als Politikum in Serbien.....	29
Metin Aksoy:	
Die Bedeutung des Erdöls für die Wirtschaft und seine Rolle in der Weltpolitik.....	33
Marie Rodet:	
Gender und Migrationskontrolle in der Region Kayes.....	36
Meropi Tzanetakis:	
Europa auf Einkaufstour in Afrika	40
Harold Otto:	
A Political (and Economic) Struggle Over the Study of Political Science.....	44

Rezensionen:

Maximilian Wollner:	
Global Conflicts Palestine	47
Maximilian Wollner:	
Politix. Asterix und Politik	48
Thomas Schmidinger:	
Zwischen Alltag und militärischen Geheimoperationen	49
Matthias Falter:	
Politische Theorie und Politikwissenschaft.....	50

Liebe Leserinnen und Leser,

In der Auffassung, dass die Politische Ökonomie eine Regierungstechnik sein kann, also eine Art, gesellschaftliches Leben an dem Modell einer Wirtschaft auszurichten, die als Produktions- und Tauschprozess angesehen wird, liegt das Potential für ihre Kritik. Die Erkenntnis, dass die Sphäre der Ökonomie und die mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Vermittlungsprozesse eine politische Dimension haben und dass diese sich in einer (wirtschaftlich) globalisierten Welt auf alle Lebensbereiche auswirken kann und sich also auf vielfältige Weisen und verschiedenen Ebenen der Gesellschaft als Problemfeld manifestieren, stellt den gedanklichen Ausgangspunkt dieser Ausgabe des PolitiX dar.

editorial

Wir begeben uns, nach einer theoretischen Auseinandersetzung mit dem Thema, auf eine politisch-ökonomische Weltreise, die neue und seltene Einblicke in die Funktions- und Wirkweisen Politischer Ökonomie auf der Erde liefert. Über den Insider-Blick Rüdiger Franks auf Nordkorea, die Betrachtung studentischer Protestkultur in Pakistan von Sana Shah und einen eindringlichen Blick Sylvia Nadjivans auf Armut als Politikum in Serbien hinaus werden auch Afrika und die U.S.A. ins Blickfeld gerückt. Die Problematisierung von Geschlecht und Immigration im Sudan und die damit verbundene Regulierung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung, sowie ein launiger Bericht über die Kommerzialisierung des afrikanischen Fußballs durch Meropi Tzanetakakis leiten über zu dem medial momentan nicht wegzudenkenden Thema der Wahlen in den U.S.A. Harold Ottos Aufsatz zur Politischen Ökonomie in den U.S.A. schließen die Rundschau.

Das Grundanliegen der aktuellen Ausgabe liegt darin begründet, eine differenzierte Sichtweise des schillernden, aber oft einseitig besetzten Begriffes Politische Ökonomie zu liefern. Eine spannende und interessante Lektüre wünscht Euch

die Redaktion.

IMPRESSUM:

HerausgeberIn:

Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Stefan Marx und Maximilian Wollner

Redaktionsteam: Alexander Degelsegger, Therese Fuchs, Ruth Kager, Luise Luksch, Stefan Marx, Martin Mittersteiner, Tina Olteanu, Clemens Rettenbacher, Meropi Tzanetakakis, Maximilian Wollner, Katharina Zahradnik, Gerti Zupanich

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/DW 47712 Fax: 0043/1/4277/DW 9477 Mail: birgit.sauer@univie.ac.at

Layout & Cover: Martin Mittersteiner (www.mittersteiner.at), Original-Coverfoto: Chris Nixon (Flickr), Coverbild unter creative-commons-Lizenz

Herstellung: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

Auflage: 500 Stück, sowie Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft/

Offenlegung gem. § 25 MedienG.:

MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: PolitiX informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

Gibt es die Politische Ökonomie noch?

Zur Vergangenheit und Zukunft einer „alteuropäischen Kategorie“

von Manfred Füllsack

Gibt es die Kategorie der Politischen Ökonomie noch? Oder assoziiert sie sich allzu sehr bereits mit jenen klassenkämpferischen Zeiten, in denen propagandistisch die Hoffnung genährt wurde, die Wirtschaft im Sinne einer Gesellschaft politisch steuern zu können, welche besser als jede andere für das Wohl ihrer Mitglieder sorgt? Musste sich nicht gerade diese Gesellschaft mittlerweile auf den Abfallhaufen der Geschichte verabschieden? Ist die Politische Ökonomie mit ihr hinfällig geworden?

I.

Seit Aristoteles im Hinblick auf die Verwaltungsangelegenheiten der Polis von der *oikonomía politikê* sprach, um sie deutlich von der kleinräumigen und vergleichsweise klar strukturierten Elementarzelle der Hauswirtschaft zu unterscheiden, wird mit dem Begriff Widersprüchliches assoziiert. Nur soviel scheint klar: Politik will und muss anderes als Ökonomie. Für Aristoteles war zweitens ausschließlich für die Kunst der perfekten Haushaltsführung zuständig, in der seiner Meinung nach mit weitgehend klar vorgegebenen und einheitlichen Bedürfnisstrukturen gerechnet werden kann. Die Politik hat es dagegen mit den weitaus vielschichtigeren Anliegen von Gemeinwesen zu tun, in denen unterschiedliche Ansichten über Wohl und Gut konfliktieren und in denen - soweit es um demokratische Polis geht - kein dem Haushaltsvorstand vergleichbares Oberhaupt mehr für einfache Entscheidbarkeit sorgt. Hier gilt es Wille und Handlungen freier und gleichberechtigter Polis-Bürger (nicht so sehr Bürgerinnen) zu koordinieren. Noch bei Platon findet sich demgegenüber die Vorstellung, dass die Verwaltung des Hauses zugleich ein Vorbild für die Kunst der Verwaltung des Stadt-Staates sei. Und auch in späteren Zeiten werden sich die Auffassungen von Politik und Ökonomie vielfach durchkreuzen. Allein in Aristoteles' analytischer Systematik bleibt die Differenzierung unmissverständlich. Ökonomie hat die Aufgabe, den Stoffwechsel des Haushalts zu sichern. Politik kommt erst ins Spiel, wenn zum Beispiel die Chrematistik, die „Gelderwerbskunst“ dafür sorgt, dass über die Haushalte hinaus wirkende Dynamiken das

Gemeinwesen irritieren.

Mit dem *oikos*, dem Haushalt hatte Aristoteles freilich eine relativ kleinräumige Struktur vor Augen, von der er noch annehmen konnte, dass ihre Mitglieder gleichsam in Personalunion vom Haushaltsvorstand vertreten werden konnten. Dass selbst in der Familie unterschiedliche Bedürfnisse und Problemwahrnehmungen „politische“ Entscheidungen notwendig machen können, dass Frauen und auch Bedienstete oder Sklaven sich nicht so ohne weiteres restlos in seine Elementarzelle *oikos* einfügen, war für Aristoteles nicht relevant. Seine Unterteilung galt einer Gesellschaft, in der selbst noch die Polis selten mehr als ein paar Tausend Mitglieder hatte.

II.

Wenig verwunderlich, dass diese Begrifflichkeit unter weitläufigeren sozialen Bedingungen mit der Zeit anders zu stehen kam. Insbesondere mit dem Aufkommen der europäischen Nationen entstanden soziale Gebilde, deren nach wie vor halbwegs klar umrissene Grenzen zwar einerseits die Möglichkeit gaben, neuerlich auf den Begriff des Haushalts zu rekurrieren, dabei aber andererseits die nun nicht mehr zu übersehende Komplexität der sozialen, sprich politischen Bedingungen dieser *oikonomia* mit einzubeziehen. Im Jahr 1615 taucht der Begriff *l'œconomie politique* im Titel eines staatswirtschaftlichen Traktats von Antoine de Montchrestien auf, in dem der Autor explizit mit der Tradition einer rein „privatwirtschaftlichen“ Haushaltslehre bricht und wirtschaftswissenschaftliche Fragen im politischen Kontext untersucht. Zwar erörtert Montchrestien die Notwendigkeiten und Möglichkeiten, zum Beispiel im Bereich des Manufakturwesens, des Handels oder des Schiffahrtswesens zu intervenieren, um so das regelmäßige Einheben von Steuern und Zöllen für den Staatshaushalt sicherzustellen, bereits einigermaßen mit wissenschaftlicher Distanz. Auch die Pflichten und Regierungsaufgaben des Fürsten werden weitgehend sachlich diskutiert. Im Großen liegt seinem Unternehmen aber die Vorentscheidung zugrunde, nicht mehr nur einen Haushalt ausgeglichen zu führen, sprich Subsistenz

zu gewährleisten, sondern den Wohlstand des Staates zu mehren. Dazu sind eben nicht mehr nur ökonomische, sondern nun deutlich auch politische Maßnahmen nötig. Die *l'æconomie politique* verlängert gleichsam die Aristotelische Chrematistik über den Bereich des *oikos*, über die Anliegen einzelner Individuen hinaus, auf die Ebene des Staates. Sie wird zu einer Theorie des Handels, des Gelderwerbs, der Wohlstandsmehrung von Nationen.

In dem Ausmaß, da sich die soziale Struktur der Staaten im Zuge von Aufklärung und Industrialisierung differenziert, beginnen sich freilich alsbald auch die Ansichten darüber zu unterscheiden, auf welche Weise die Wohlstandsmehrung verwirklicht werden soll. Ihren historisch wohl deutlichsten Ausdruck wird diese Divergenz schließlich in der Form Politischer Ökonomie finden, die Karl Marx in Absetzung vom Begriffsverständnis seiner Bezugsautoren, als „Kritik“ markierte, und zwar nicht, um deren „politische“, sondern vielmehr um deren „unpolitische“ Anliegen zurückzuweisen. Dabei galt die Politische Ökonomie für Adam Smith durchaus noch im Anschluss an Aristoteles als Bestandteil der „Wissenschaft eines Staatsmannes und Gesetzgebers“, mit dem sowohl das Volk wie auch der Souverän gleichermaßen bereichert werden sollten. Schon bei Ricardo wird die Disziplin allerdings mehr und mehr zur rein positiv verfahrenen naturgesetzlichen Wissenschaft, die von sämtlichen politischen und naturrechtlichen Konnotationen freigehalten werden muss. Spätestens hier kündigt sich die Ausdifferenzierung eines „reinen“ oder „akademischen“ Verständnisses an, das sich vom Anliegen der „Political Economy“ distanziert, nicht ohne freilich nach wie vor „politisch“, nämlich nun als „liberales“ oder gar „neoliberales“ Unterfangen gedeutet zu werden, das die Wirtschaft von politischen Restriktionen freiräumen soll. Im englischen Sprachraum werden der „reinen“ Wirtschaftswissenschaft später vor allem die *Principles of Economics* des Neoklassikers Alfred Marshall 1890 den Weg bahnen. Ökonomie, so wird dies die Universitätsgelehrsamkeit fortan erwarten, ist als unpolitische Wissenschaft zu betreiben, die sich primär an naturwissenschaftlich-mathematischen Methoden und nicht an Vorgaben der Politik orientiert. „The old troublesome double-worded name of our science“ - so Stanley Jevons in seiner *Theory of Political Economy* von 1871 - sei zu Gunsten des bereits von den französischen Physiokraten bevorzugten „science économique“ aufzugeben.

III.

Im deutschen Sprachraum findet diese Ansicht erst mit großer Verzögerung ihren Platz. Hier versucht zunächst Hegel im Anschluss an die Theorien von Smith, Say und Ricardo, die „bürgerliche Gesellschaft“ in ihrer Differenz zwischen alter Hausverfassung und modernem Staat zu bestimmen. In seinem Windschatten, aber zugleich auch in deutlicher Abgrenzung, sucht sodann Karl Marx die Politische Ökonomie von Smith und Ricardo in ihrer a-politischen Form als „Schein“ zu entlarven. Seine Kapitalismustheorie wird mit diesem Anliegen zur „Kritik der politischen Ökonomie“, die ihr Ziel, neben den „liberalen“ Ansichten der ökonomischen Klassiker, schließlich auch durchaus konkret in der „Macht“ der Kapitaleigner findet, die nun, so Marx, in der Lage seien, die menschliche Arbeitskraft selbst als Ware am Markt zu veräußern und so über fremde Arbeit und ihre Exploitation im Fabrikssystem zu verfügen. Zeitgemäße Politische Ökonomie hätte sich dieser historischen Möglichkeit zuzuwenden und sei deswegen weniger im Bezug auf ihren geschichtlichen Ursprung, als vielmehr durch Analyse der kapitalistischen Widersprüche zu „re-politisieren“. Nicht die akademische Differenzierung von Politik und Ökonomie, sondern die intern in den widersprüchlichen Dynamiken der Marktwirtschaft entstehende Notwendigkeit, ökonomische Prozesse politisch zu steuern - dies werden unzählige marxistische Wirtschaftstheoretiker im 20. Jahrhundert betonen - stelle die eigentliche Grundlage dar, auf der Wirtschaftsprozesse zu untersuchen seien. Als Kampfbegriff gleichsam sei deswegen der Begriff „Politische Ökonomie“ den mit „neoliberalen“ Anliegen assoziierten akademischen Economics entgegen zu halten.

Dialektisch vorhersagbar, erwachsen dieser Auffassung von Politischer Ökonomie freilich alsbald schon „von innen her“ Einsichten, die ihr Anliegen allmählich kompromittierten, und dies nicht erst, weil bereits früh zu ihrer Realisierung auch auf Methoden des „Klassenfeindes“ rekurriert werden musste. Lenin zum Beispiel zeigte sich von „kapitalistischen“ Unternehmungen zur „wissenschaftlichen Organisation der Arbeit“ begeistert. Trotzki berief 1919 einen amerikanischen *Consulting Engineer*, der mit Frederik W. Taylor gearbeitet hatte, nach Russland, um Grundlagen für jenes *Social engineering* auszuloten, das 1928 in die Planwirtschaft mündete und auf theoretischer Ebene damit Grundlagen schuf, auf denen eine zunächst unverfängliche, weil vermeintlich „unpolitische“ Steuerungs- und

Planungswissenschaft gedeihen konnte, die in den 1950er und 60er Jahren schließlich auch im sozialistischen Raum als Kybernetik reichlich elaborierte Versuche hervorbrachte, Volkswirtschaften politisch zu steuern. Als eines der diesbezüglich wohl spektakulärsten Experimente wurde 1970 mit dem Unternehmen *Cyberstride* unter Salvador Allende versucht, Chile in einen „kybernetischen Staat“ zu verwandeln. Ein amerikanischer Informatiker installierte dazu in Santiago ein Computersystem, das die gesamte Wirtschaft des Landes auf einer verschachtelten, rekursiven Struktur von Systemen und Subsystemen abbildete und sie, um ein „continuously adaptive decision making“ zu ermöglichen, in Form von „real time control“ mit stetig aktuell einlaufenden Wirtschaftsdaten belieferte. Das System rechnete - in Leibniz'scher Tradition - mit unzähligen Potentialitäten und Aktualitäten einzelner Fabriken, Regionen oder Produktionszweigen des Landes, fasste unterschiedliche Aspekte zu Indices zusammen, kontrollierte diese selbsttätig und lieferte entsprechende Anweisungen an die angeschlossenen Betriebe und Wirtschaftsbranchen zurück. Schwer zu sagen, wie sich diese Art Politischer Ökonomie in Chile ausgewirkt hätte, wäre das Land vom Putsch Pinochets 1973 verschont worden.

Allerdings ließen diese und ähnliche Unternehmungen auch die selbstreferentielle Wirkung komplexer polit-ökonomischer Zusammenhänge immer deutlicher werden. Die administrativen Einrichtungen zur Planung und Steuerung von Volkswirtschaften, wie sie in der Sowjetunion etwa die verschiedenen Planungs-, Versorgungs- oder auch Preisfestsetzungsministerien (GOSPLAN, GOSSNAB etc.) darstellten, wurden als essentielle Bestandteile dessen erkennbar, was sie zu planen und steuern vorgaben. Immer deutlicher konnte gesehen werden, dass diese Einrichtungen auf ihr eigenes Vorhaben in unkontrollierbarer Weise zurückwirkten. Der Schleifenkybernetik wurde gewahr, dass die mit ihr verbundene Hoffnung auf vollständige Erfassung und Berechnung der in komplexen Systemen relevanten Dynamiken nicht zu erfüllen war. Und die Politische Ökonomie machte sich neuerlich einer unzulässigen Verkürzung und Vermischung von politischen Anliegen und ökonomischer Analyse verdächtig.

In den 1980er Jahren brachte Niklas Luhmann den „radikalen Bruch mit der mehrhundertjährigen Tradition der ‚Politischen Ökonomie‘“ auf den Punkt, indem er ihn, abgesehen von der Selbstreferentialität komplexer Systeme, auch mit der spezifischen Struktur moderner

Gesellschaften begründete. Deren nicht mehr so sehr stratifizierte, als vielmehr funktionale Differenzierung würde deutlich werden lassen, dass politische Anliegen in modernen Gesellschaften Eigenlogiken unterliegen, die mit den ebenso spezifischen Anliegen der Wirtschaft und ihren Dynamiken wenig zu tun haben. In von heterogenen Problemsichten durchzogenen Gesellschaften müssten solche Anliegen vielmehr als grundlegend *kontingent* gesehen werden, als notwendig nur partikulare Standpunkte, subjektive Meinungen und eigenlogische Prozesse, in Bezug auf die damit zu rechnen ist, dass die selbe Gesellschaft stets auch ganz anderen Standpunkten, Meinungen und Prozessen Raum bieten kann. Was immer in der Moderne damit als politisches Ideal herangezogen werde, um wirtschaftliche Aktivitäten zu orientieren, müsse in seinem Kontext gesehen werden. So vertraut oder gut gemeint solche Ideale auch scheinen mögen, in der Moderne sind sie stets auch ganz anders möglich. Die Politische Ökonomie im marxistischen Sinn lasse sich deswegen nur mehr als historische Kategorie ansehen, als „alt-europäisches“ Überbleibsel aus einer Zeit, in der aufgrund noch deutlicher sozialer Schichtung die Definitionsmacht über politische Anliegen spezifischen Akteuren - zunächst etwa der Oberschicht, später dann unter anderem einer „proletarischen“ Unterschicht etc. - zufiel und damit partikulare Problemsichten zur scheinbar einzig relevanten Problemsicht dieser Gesellschaft hypostasiert werden konnten. In modernen Gesellschaften hingegen sei dies nicht möglich. Sowohl die Politik wie auch die Ökonomie seien hier als funktional differenzierte Subsysteme anzusehen, deren jeweilige Operationen „Irritationen“ für die Funktionsweise des je anderen Systems zur Verfügung stellen, die stets nur subsystem-intern, also entweder eben „politisch“ oder „ökonomisch“, gedeutet werden können.

IV.

So konsequent sich die Luhmannsche Konzeption in erkenntnistheoretischer Hinsicht ohne Zweifel gerierte und so fruchtbar sie etwa viele bis dahin als „Uneinsichtigkeit“, „Starrsinnigkeit“ oder gar „Dummheit“ zurechenbare Aktivitäten von PolitikerInnen oder Wirtschaftstreibenden zu analysieren erlaubte, so unbefriedigend wurde sie auf Ebene pragmatischer Wirtschaftspolitik wahrgenommen, auf einer Ebene also, auf der schlussendlich, so wurde und wird gerne betont, auch im Bewusstsein unausräumbarer selbstreferentieller Konsequenzen und gesamtgesellschaftlicher Kompromisszwänge Entscheidungen getroffen

werden müssen. Ein gewisser Bedarf - wenn auch vielleicht nicht auf akademischer Ebene - bleibt angesichts sich rapide öffnender Einkommens- und Wohlstandsscheren oder weltweiter Ressourcenübernutzung etc. für Politische Ökonomie ohne Zweifel bestehen. Der wirtschaftliche Möglichkeitsraum reicht ohne politische Vorgaben zu weit, um Prozesse und Entwicklungen wahrscheinlich zu machen, die, in welchem Sinn auch immer, „produktiv“ ablaufen sollen. Die Wirtschaft benötigt, anders gesagt, die „Irritationen“ seitens der Politik als Vorgaben, um stattfinden zu können. Das Problem, auf das Luhmann aufmerksam machte, besteht nur darin, dass sich diese Vorgaben in der Regel, sowohl wenn sie deduktiv, also von allgemeinen Gesetzen her, wie auch, wenn sie induktiv, sprich von empirischen Einzelfällen her erschlossen werden, niemals als sonderlich weittragend erweisen. Zu schnell reduzieren „unanticipated side effects“ politökonomische Entscheidungen zu „Kurzfristveranstaltungen“.

Eine Methode zur Analyse dieser „side effects“, die gerade erst ihren Kinderschuhen

entwächst, gleichwohl aber auch von Politischen Ökonomen mittlerweile herangezogen wird, um ihre Anliegen zu analysieren, kündigt sich nun in etwa seit den 1970er Jahren als *generativer* dritter Forschungsweg an. Nicht zuletzt auch von Unternehmungen wie *Cyberstride* inspiriert, begannen damals Forscher wie John Conway, Robert Axelrode oder auch Joshua Epstein und Robert Axtell vermehrt mit computerbasierten Multi-Agenten-Simulationen zu experimentieren, die zunächst eher simple Nutzenoptimierungsstrategien iterativ durchrechneten, mittlerweile aber eine Vielzahl spannender Unternehmungen in die Wege geleitet haben, um nachhaltigere Erkenntnisse auch in Bezug auf komplexe politökonomische Entscheidungsprozesse zu generieren. Nicht auszuschließen, dass die alteuropäische Kategorie der Politischen Ökonomie aktuell aus dieser Richtung noch einmal Wind in ihre Segel bekommt.

Manfred Füllsack

Dozent am Institut für Philosophie und Sozialwissenschaftler an der Universität Wien

Was ist die Internationale Politische Ökonomie (IPÖ)?

von Ilker Ataç

Im Kontext der wachsenden Bedeutung von internationalem Handel und Direktinvestitionen, der Veränderung von institutionellen Grundlagen der monetären Regulation mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems sowie Debatten über die „Weltwirtschaftskrise“ und „US-Decline“ kam es Ende der 60er Jahre erneut zu einem verstärkten Interesse an den Fragen der internationalen politischen Ökonomie. Zwar waren diese Themen auch Anfang des 20. Jahrhunderts verstärkt im Fokus; in der Nachkriegsphase kam es durch die disziplinäre Verengung – innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen dominierten die sicherheitspolitischen Fragestellungen, die Ökonomie widmete sich der Eigenlogik des Marktgeschehens – zu einer strikten Trennung von Ökonomie und Politik unter einem nationalstaatlich fokussierten Paradigma. Die neueren Entwicklungen gaben somit den Anstoß für die Etablierung der Disziplin der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) vorerst im angelsächsischen Raum.

Der Weg zum Gegenstand der IPÖ geht über die Fragestellung der politischen Ökonomie. Nach Frieden/Lake (1999) gibt es zwei Interpretationsraster über die politische Ökonomie: Einige beziehen die politische Ökonomie vor allem auf die Untersuchung der politischen Grundlagen ökonomischen Handelns, beispielsweise darauf wie Regierungspolitik Marktoperationen beeinflusst. Andere hingegen befassen sich überwiegend mit der ökonomischen Basis des politischen Handelns – also damit, wie ökonomische Kräfte auf die Regierungspolitik einwirken. Hans-Jürgen Bieling (2007) sieht diese beiden Betrachtungsweisen komplementär; denn die Politik und die Märkte sieht er in einem konstanten Zustand der wechselseitigen Interaktion. Damit steht für ihn die Frage der „doppelten Vermittlung“ zwischen Ökonomie und Politik sowie zwischen den nationalen und inter- bzw. transnationalen Entwicklungen als die Grundfragestellung der IPÖ. Die ontologischen Annahmen der jeweiligen Denkrichtungen über die politische Ökonomie prägen die Konstruktion der sozialen Welt. Einerseits betrifft dies die Fähigkeit gesellschaftlicher AkteurInnen sowie deren Art und Weise, auf die Vermittlung von Ökonomie und Politik einzuwirken, und deren Bedeutung. Andererseits geht es darum, wie die internationalen Hand-

lungsrahmen gewichtet und erklärt werden. Am spezifischen Verhältnis zwischen Staat und Markt (im Zuge der Internationalisierung beider Bereiche) kann dieses theoretische Problem lokalisiert werden. Staat und Ökonomie bilden jeweils autonome Bereiche, indem beide Bereiche institutionell voneinander getrennt sind. Gleichzeitig beruht die Autonomie beider Bereiche auf den aufeinander bezogenen Spezifika beider Bereiche. Für den Staat sind die territorialen Grenzen eine notwendige Basis der nationalen Autonomie und der politischen Einheit. Der Markt dagegen verlangt die Beseitigung aller politischen Hindernisse für das Wirken des Preismechanismus. Für Frank Deppe (2002) erwächst das spezifische Themenfeld der IPÖ aus diesem Widerspruch, der in die Beziehung zwischen dem Markt und dem Staat eingeschrieben ist. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (2002) erweitern dieses Paradigma, indem sie die beiden Sphären jeweils mit einem Prinzip markieren: Während das „politische Prinzip der Begrenzung“ auf der staatlichen Ebene durch das Wirken des Rechts territorial funktioniert, gilt für die ökonomische Sphäre das „Prinzip der Inwertsetzung“ durch die Expansion in Raum und die Beschleunigung in Zeit. Die Spannungen zwischen den beiden Prinzipien zu analysieren bildet den zentralen Gegenstand der IPÖ.

Die klassische Dreiteilung in den Internationalen Beziehungen gilt auch für die IPÖ: Der analytische Fokus des „Merkantilistischen Realismus“ richtet sich auf die Staaten und Formen der wirtschaftspolitischen Intervention und geht vom Primat der Politik aus, während die Ökonomie die nationalstaatliche Ressource für die internationale Machtpolitik darstellt. Der „liberale Internationalismus“ fokussiert auf die Individuen und Interessengruppen als AkteurInnen und betrachtet die Politik und Ökonomie als autonome, voneinander getrennte Sphären. Der „historische Strukturalismus“ richtet seine Aufmerksamkeit auf die Produktions- und Klassenverhältnisse und somit auf die der ArbeiterInnenorganisationen und transnationalen Unternehmen. Er betrachtet die Ökonomie als politisch konstituiert und hebt den Klassencharakter der Politik hervor. Neben diesen idealtypisch dargestellten Schulen und Paradigmen innerhalb der IPÖ existieren zwei wichtige Strömungen in der

Fachdiskussion, die jeweils ihre eigenen institutionellen Zentren, Publikationsorgane und akademischen Konferenzen haben. Hans-Jürgen Bieling klassifiziert die eine als die neue Orthodoxie, die einen Brückenschlag zwischen neorealistischen und liberalen Ansätzen darstellt. Dagegen stützt sich die heterodoxe IPÖ auf historisch-strukturelle Überlegungen, erweitert durch feministische, ökologie- und kulturtheoretische sowie poststrukturalistische Konzeptionen.

Susan Strange (1988, 2002) gilt als eine der GründerInnen der Disziplin der IPÖ. Eine kurze Exkursion in ihre Arbeit kann das heterodoxe Denken innerhalb der Disziplin zum Vorschein bringen. Nach ihrem Studium an der London School of Economics arbeitete sie als Journalistin für Economist und Observer und berichtete aus dem Weißen Haus und den Vereinten Nationen. Zurück in Großbritannien arbeitete sie weiterhin als Journalistin, hatte sechs Kinder und lehrte Internationale Beziehungen. Ihr Interesse richtete sich auf Veränderungen in den internationalen Geld- und Kreditbeziehungen. Methodologisch ging es ihr darum, die strikte Trennung von Ökonomie und Politik einerseits und nationaler und internationaler politischer Ökonomie andererseits aufzuheben. Im Gegensatz zu der dominanten neorealistischen Perspektive, die sich auf die rational bestimmten Handlungen der staatlichen AkteurInnen konzentrierte, betonte sie den Einfluss transnationaler gesellschaftlicher AkteurInnen. Die Theoretisierung von mehrdimensionalen transnationalen Machtstrukturen sowie der Formen nicht-nationalstaatlicher Autorität bildete die Grundlage ihres Denkens im Unterschied zur staatszentrierten realistischen Ontologie. Sie entwickelte das Konzept der strukturellen Macht, um die Umbruchsprozesse in der internationalen politischen Ökonomie systematisch zu entziffern. Die Macht ist bei ihr nicht unmittelbar an die Verfolgung spezifischer Interessen gekoppelt, sondern bildet ein konstitutives Element sozialer Verhältnisse. Sie konzentriert sich auf den „authority-market und market-authority nexus“ und analysiert Machtverhältnisse eingebettet in die Sicherheits-, Produktions-, Finanz- und Wissensstrukturen. Die Konzeption struktureller Macht bildet für Strange ein heuristisches Interpretationsraster, mit dessen Hilfe sie die aktuellen Entwicklungen (die Frage der US-Hegemonie und die Entwicklung der Finanzmärkte) analysiert.

Es wäre nicht falsch, von einer Aufwertung der Disziplin IPÖ in den letzten zehn Jahren zu sprechen. Im deutschsprachigen Raum wur-

den schon die ersten Stellen ausgeschrieben, fachspezifische Konferenzen organisiert und Lehrbücher herausgegeben. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Weltpolitik tragen wesentlich zum vermehrten Interesse bei: Im internationalen Handelsbereich stehen die Diskussionen über die Welthandelsorganisation (WTO) im Zentrum. Hier geht es um Diskussionen über das geistige Eigentum, das Scheitern der WTO-Runde(n) sowie die Herausbildung neuer Blöcke (Süd-Süd Kooperation). Die Regulation der Finanzmärkte und Währungsbeziehungen hat einerseits durch die Finanzkrisen in der Semiperipherie und andererseits durch verstärkte Turbulenzen im Zentrum die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Formen der internationalen Dependenz und die Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse haben erneut durch den Bedeutungsgewinn von Ländern wie China, Indien, Russland und Brasilien eine Renaissance erlebt. Damit werden die Perspektiven der US-Hegemonie sowie die Fragen des Imperialismus verknüpft. Auf einer anderen Ebene bildet die Transformation staatlicher und nicht-staatlicher Autoritätsstrukturen im Zuge der Globalisierung ein weiteres Feld. Nicht zuletzt werden die Frage der Umweltpolitik sowie die Fragen der Biodiversität aus dieser Perspektive diskutiert.

Das Institut für Politikwissenschaft verschläft diese Wende nicht. Blättern Sie im Vorlesungsverzeichnis. Sie werden einige interessante Lehrangebote zum Thema finden.

Ilker Ataç

Lektor und Projektmitarbeiter am ipw

Bibliographie:

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Grenzen der Globalisierung: Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot, 5. Aufl.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deppe, Frank (2002): Vorlesungsmitschrift zur Einführung in die Europäische Integration/Internationale Politik, SoSe 2002, heruntergeladen am 05.10.2006.
- Frieden, Jeffry A./Lake, David A. (1999): International Political Economy: Perspectives on Global Power and Wealth, Wadsworth, 4th ed.
- Strange, Susan (1988): States and Markets, London.
- Strange, Susan (2002): Towards a Theory of Transnational Empire. In: Roger Tooze/Christopher May: Authority and Markets: Susan Strange's Writing on International Political Economy, New York, 141-155.

Die Sprachlosigkeit der Politischen Ökonomie

von Peter Biegelbauer

Wissenschaft dient letztendlich in erster Linie einem Zweck: Dem Versuch die Welt zu verstehen. Und wenn wir mit den Mitteln der Wissenschaft auch nicht die ganze Welt in ihrer Gesamtheit und Komplexität begreifen können, haben wir immerhin die Möglichkeit, uns auf einen begrenzten Ausschnitt zu konzentrieren. Manchmal wird die Perspektive da durchaus etwas eng, und das trifft nicht nur auf die Physik subatomarer Teilchen zu.

Ein Feld der Sozialwissenschaften, das sich immer zwischen perspektivischer Erweiterung und Verengung bewegt, ist die politische Ökonomie. Der Blickwinkel der politischen Ökonomie erlaubt es große Fragen über die Auswirkungen des Spannungsfelds von Politik und Wirtschaft zu stellen: Was ist Globalisierung? Was kann die Politik im Zeitalter sich entgrenzender Märkte leisten? Wie entwickelt sich der Sozialstaat? Wie können Veränderungen im Verhältnis zwischen Individuum und Staat verstanden werden?

Jedoch sind die Antworten auf diese Fragen alles andere als eindeutig: Globalisierung kann als Befreiung der Menschen vom übermächtigen Staat, als Bedrohung nationaler Eigenheiten, oder als Entrechtung sozial deklassierter ModernisierungsverliererInnen verstanden werden. Die Rolle der Politik in post-industriellen politischen Systemen kann als von auf Grund von Globalisierungsdruck zunehmend geringerer Bedeutung und Einflussmöglichkeit aufgefasst werden. Aber auch als sich aus verschiedenen Gründen freiwillig aus der Verantwortung verabschiedend. Ähnlich kann die Entwicklung des Sozialstaates für eine längst notwendige Korrektur im Zusammenhang mit der Notwendigkeit ausgeglichener Budgets und einer begrüßenswerten Ausweitung persönlicher Verantwortung gehalten werden. Aber auch für die Flucht des Staates aus seiner Verantwortung gegenüber der Nation oder dem sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Schlussendlich kann eine Erklärung der Veränderungen im Verhältnis zwischen Individuum und Staat von einem nach wie vor dysfunktionalen Übergewicht der Staatsmacht, einer Aufgabe staatlicher Souveränität im Angesicht von EUropäisierung, oder einer Selbstaustlieferung an die Interessen global agierender Finanzeliten ausgehen.

Grundsätzlich unterschiedliche Bewertungen sozialer Phänomene, sozialwissenschaftlicher Methoden, philosophisch-weltanschaulicher Einstellungen und epistemologischer Grundannahmen zum Funktionieren sozial(wissenschaftlich)en Handelns machen die Kommunikation in weiten Teilen der Politikwissenschaft schwierig. Aber in nur wenigen Subdisziplinen haben diese Unterschiede zu einer derartigen Sprachlosigkeit zwischen einzelnen Ansätzen und Theorieschulen geführt, wie in der Politischen Ökonomie. Dazu mag die Zerklüftung des Faches in all seiner vom Untersuchungsgegenstand aufgezwungenen Interdisziplinarität beitragen, alleine verantwortlich dafür ist sie nicht.

Zur Illustration ein persönliches Beispiel: Als ich Ende der 1990er Jahre in der Bibliothek eines renommierten österreichischen sozialwissenschaftlichen Institutes nach den gesammelten Werken von Karl Marx und Friedrich Engels fragte, wurde ich an einen - nicht katalogisierten - Giftschränk verwiesen, wo sich auch tatsächlich Marx-Engels-Werke vollständig wiederfanden. In einem unmittelbar darauf folgenden Gespräch mit einer zufällig anwesenden Person in leitender wissenschaftlicher Funktion wurde mir beschieden, dass „solche Schriften“ zum Unterrichten wohl nicht nötig seien, was ich so nicht bejahen konnte. Marx-Engels-Werke sind übrigens bis zum heutigen Tag im Internetkatalog der Bibliothek dieser Institution nicht auffindbar.

Eine derartige Auseinandersetzung, wenn auch nicht mit, so doch um die zwei Autoren, die schon seit mehr als einem Jahrhundert nicht mehr unter uns weilen, findet sich außerhalb der ehemals realsozialistischen Länder vor allem im deutschsprachigen Bereich. Im angelsächsischen Sprachkreis etwa existiert diese Form der Auseinandersetzung auf akademischem Boden nicht, da dort Marx und Engels zum unbestrittenen Kanon sozialwissenschaftlicher Grundlagenliteratur zählen und zählten.

Der Grund für diese unterschiedliche Bewertung des Autorenduos liegt paradoxerweise in der Art der politischen Auseinandersetzung im Kalten Krieg. Führte dieser Konflikt an angelsächsischen Universitäten auf Grund der dort

vorherrschenden offeneren Einstellung gegenüber Andersdenkenden zu einem Diskurs, war das außerhalb der StudentInnenbewegung rund um 1968 und der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre hierzulande nicht der Fall.

Ausläufer dieses Versuches der intellektuellen Nichtbeachtung im Sinne eines diskursverweigernden Totschweigens erstrecken sich aus den Jahren des Kalten Krieges bis in die Gegenwart, wo noch immer eine weitergehende Diskussion zwischen den verschiedenen Theorieschulen der politischen Ökonomie schwierig erscheint. Oft auf Grund gegenseitiger Gesprächsverweigerung übrigens, denn nicht nur ignoriert ein großer Teil der Subdisziplin Arbeiten aus, zum Beispiel, dem Bereich der neomarxistischen Theorie, sondern ein kleinerer Teil versucht sich in der reziproken Nichtbeachtung des Mainstreams.

Freilich stellen sich heute grundsätzliche Fragen oft in anderer Art und Weise. Nach dem Ende der Vorherrschaft des weltanschaulichen Gegensatzpaares Liberalismus-Marxismus, geht es heute stärker um die eigene Verortung in wissenschaftlichen Ansätzen, die allerdings oft ihre Verwandtschaft mit den überlieferten „großen Erzählungen“ nur schwerlich leugnen können. In paradigmatischer Weise beruhen Rational Choice und Public Choice Ansätze auf dem Gebot des methodologischen Individualismus, sehen die Welt also durch die Perspektive der oder des Eigennutz auf verschiedenste Art und Weise maximierenden Einzelnen. Daraus ergibt sich ein in vielerlei Hinsicht dem Liberalismus verbundener Blick auf die Welt und eine geringere Bewertung sozialer Bindungen. Die gegensätzliche Perspektive strukturalistischer Ansätze geht von einem hohen Stellenwert zwischenmenschlicher Beziehungen aus, die das Handeln von Menschen durch soziale Komponenten prägen. Dabei werden Phänomene wie etwa Gruppendruck oder die Internalisierung von Wertekatalogen durch Sozialisierung höher als das Streben nach Eigennutz bewertet.

Diese Perspektiven auf die Welt finden sich in verschiedener Weise in den akademischen Disziplinen abgebildet, wobei sich vor allem die Politikwissenschaft als erheblich durchlässiger für Einflüsse beider Seiten gezeigt hat, als das bei anderen Fächern der Fall ist. So kam es in den angelsächsischen Ländern bereits in den 1960er Jahren zu einer Verwendung aus der Ökonomie stammender Konzepte, Methoden und Ansätze. Auch aus der Soziologie wurden wiederholt Ideen übernommen, die

in den 1970er und 1980er Jahren zu Reformansätzen geführt haben. In einer Art Meta-reaktion sind schließlich in den 1990ern und 2000ern verschiedene postmoderne Ansätze in die Politikwissenschaft eingeflossen, die in letzter Konsequenz einen radikalen Bruch mit den epistemologischen Grundlagen des Mainstreams darstellen: weg vom Positivismus, hin zum Konstruktivismus.

Diese Veränderungen in der Politikwissenschaft haben sich in verschieden starkem Ausmaß auch auf die Politische Ökonomie niedergeschlagen. Rational Choice Ansätze wurden in der Politischen Ökonomie als eines der ersten Teilfächer der Politikwissenschaft verwendet. So konnte Mancur Olson in „The Logic of Collective Action“ (Olson 1966) auf der Grundlage der Maximierung von Eigennutz zeigen, wie individuelle AkteurInnen sich zu Lasten der Gemeinschaft als „free rider“ Vorteile verschaffen und stellte damit die Theorie kollektiver Güter auf ein neues Fundament. Bruno Frey wandte die Rational Choice Perspektive (Frey 1984) auf die Internationale Politische Ökonomie an und lieferte Erklärungen für so unterschiedliche Fallstudien wie der Unmöglichkeit von Freihandel und den Schwierigkeiten in internationalen Organisationen einen fairen Lastenausgleich zu treffen.

Erneuerungsimpulse mit einem strukturalistischen Hintergrund gingen etwa von Immanuel Wallerstein (Wallerstein 1983) aus, der in einem Versuch die Internationale Politische Ökonomie der Neuzeit zu fassen, die Welt-systemtheorie entwarf. In diesem Modell erringen hegemoniale Mächte globalen Einfluss durch ihre wirtschaftliche Kraft und unter Ausnutzung günstiger (welt)wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Mit Hilfe des Regulationsansatzes erklärte Alain Lipietz (Lipietz 1985) das Ende der (ökonomisch gesehen) goldenen Nachkriegszeit durch eine Produktivitätskrise Mitte der 1970er Jahre, die letztlich auf die spezifischen Eigenheiten von Kapitalstruktur und Produktionsweise im Zeitalter der Massenproduktion zurückführbar ist. Die wechselhafte Geschichte dieses ursprünglich neomarxistischen Ansatzes wurde von Bob Jessop (Jessop 1997) in einem Rückblick auf zwei Jahrzehnte Regulationstheorie Ende der 1990er Jahre diskutiert.

Postmoderne Ansätze reagieren auf die Veränderungen etablierter Formen des Wirtschaftens durch Entwicklungen wie „flexible specialisation“ oder „just-in-time production“, sowie auf die Auflösung politischer Phänomene wie etwa den Generationenvertrag, die Klassenzu-

gehörigkeiten und die WählerInnenbindungen. Michael Shapiro (Shapiro 1991) diskutiert beispielsweise die Natur der (staatlichen) Souveränität im Zeitalter von Internationalisierung und wachsenden Geldflüssen. Souveränität wird durch Marktkräfte destabilisiert, redefiniert sich aber im Angesicht der Marktbewegungen. David Held (Held 2004) beschreibt angesichts der kakophonischen Interaktionen internationaler Organisationen Möglichkeiten, diese in einer dezentrierten Art und Weise flexibel zu koordinieren.

Jede dieser Perspektiven der Politischen Ökonomie kann bestimmten Aufgaben gerecht werden, scheitert aber bei anderen. Rational Choice Ansätze erklären modellhaft die Entscheidungsstrukturen einzelner AkteurInnen in vorher definierten Situationen wie etwa bei Wahlen (Downs 1957). Schwieriger ist unter Annahme streng rational handelnder AkteurInnen die Analyse von langfristigen Prozessen, die stark wertbasiert sind, wie etwa im Fall eines paradigmatischen Politikwechsels in der Kernenergiepolitik.

Strukturalistische Ansätze können etwa die Funktion von Institutionen bei langfristigen Pfadabhängigkeiten politischer Systeme oder die Rolle einzelner politischer Kräfte bei der Entgrenzung von Märkten in der Entwicklung moderner Gesellschaften (Polanyi 1956) aufdecken. Die Erklärung stärker kulturell bestimmter sozialer Phänomene wie des Wertewandels der 1980er und 1990er Jahre werden aber meist anderen Ansätzen vorbehalten bleiben.

Postmoderne Ansätze wiederum haben ihre Stärken in der Aufdeckung kognitiver Grundlagen und diskursiver Praktiken im Rahmen oft uneinheitlicher sozialer Prozesse. Ein Beispiel ist die Auflösung überkommener nationaler und sozialer Identitäten im Zeitalter von Globalisierung und den Machtverschiebungen zwischen einzelnen politischen Entscheidungsebenen (Harvey 1990). Kompliziert wäre es vermutlich, mit den Mitteln postmoderner Ansätze eine vergleichende Analyse strategischer Entscheidungsfindungsprozesse in politischen Krisensituationen durchzuführen.

Somit lässt sich also konstatieren, dass alle hier beispielhaft angeführten Ansätze über ausgewiesene Stärken verfügen, die sie für eine Reihe von Problemstellungen prädestinieren. Kein Beweis hingegen wurde zum Beweis der öfter vertretenen These gefunden, ein einzelner Ansatz könnte sich ideal zur Beantwortung aller Fragen eignen, die die Welt für

uns bereit hält. Anerkannt muss werden, dass nicht jede Diskussion zwischen VertreterInnen der verschiedenen Ansätze der Politischen Ökonomie zu einem konsensualen Abschluss geführt werden kann. Viel eher steht zu erwarten, dass einige derart unterschiedliche Ausgangspunkte haben, dass es notwendigerweise zu deutlichen Auffassungsunterschieden der verschiedenen ProponentInnen kommen würde. Aber eine solche Diskussion würde doch die Sprachlosigkeit beenden, die im Moment in der Politischen Ökonomie weitgehend vorherrscht und dabei dem Feld helfen, dem eingangs postulierten Zweck der Wissenschaft näher zu kommen: die Welt zu verstehen.

Peter Biegelbauer

Assistent am Institut für Höhere Studien und Lehrbeauftragter an den Universitäten Wien und Innsbruck

Anmerkungen:

- (1) Olson, M. (1966). *The Logic of Collective Action*. Cambridge, MA, Harvard University Press.
- (2) Bruno S. Frey (1984). "The Public Choice View of International Political Economy." *International Organization* 38(1): pp. 199-223.
- (3) Wallerstein, I. (1983). "The Three Instances of Hegemony in the History of the Capitalist World-Economy." *International Journal of Comparative Sociology* 24: 100-108
- (4) Lipietz, A. (1985). „Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff ‚Regulation‘.“ *Prokla* 58: 109-137.
- (5) Jessop, B. (1997). „Survey Article: The Regulation Approach.“ *Journal of Political Philosophy* 5(3): 287-326.
- (6) Shapiro, M. (1991). "Sovereignty and Exchange in the Orders of Modernity." *Alternatives* 16(4): 474-477.
- (7) Held, D. (2004). "Democratic Accountability and Political Effectiveness from a Cosmopolitan Perspective", in: *Government and Opposition* 39(2): pp. 364-391.
- (8) Downs, A. (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York, Harper & Row.
- (9) Polanyi, K. (1956 (1.ed 1944)). *The Great Transformation*. Beacon, Beacon Press.
- (10) Harvey, D. (1990). *The Condition of Postmodernity: An Enquiry into the Origins of Cultural Change*. Cambridge, MA, Wiley-Blackwell.

Chuch'e: Leitprinzip für Nordkoreas Wirtschaft

von Lukas Pokorny

Die von nordkoreanischer Seite konstatierte Originalität und Relevanz der *Chuch'e*-Idee zeigt sich paradigmatisch im nachstehenden Zitat.

„Die Dschutsche-Philosophie hat die wesentlichen Eigenschaften des Menschen, seine Stellung und Rolle als Beherrscher und Gestalter der Welt neu durchdacht und der Würde und den Fähigkeiten des Menschen den höchsten Stellenwert zuerkannt. Das ist ein großes Verdienst der Dschutsche-Philosophie, das von keiner anderen philosophischen Idee vollbracht werden konnte.“ (Kim 1985: 7)

Mit der Verfassung von 1972 wurde die Konzeption des *Chuch'e* als Staatsdoktrin der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR) implementiert. Kodifiziert fungiert sie seither offiziell als Leitidee für Nordkoreas politisches, ökonomisches und militärisches Handeln. Doch durchzieht das erstmals 1955 von Kim Il-sŏng promulierte *Chuch'e sasang*, *Chuch'e*-Denken, den ideologischen Diskurs der KDVR schon ehemals. So verwies Kim bereits 1963 auf die drei Grundprinzipien zur „Meisterung der Revolution und des Aufbaus“ (ebd: 58), Chaju, Souveränität (in Politik), *Charip*, Selbstständigkeit (in der Wirtschaft), und Chawi, Selbstverteidigung (im Militärwesen), die vereint das konzeptionelle Gerüst des *Chuch'e* bilden sollen. Da ausschließlich eine autarke Wirtschaft die materielle Grundlage für die politische Unabhängigkeit und eine sich dem Imperialismus erwehrende verteidigungsfähige Streitmacht sichern kann, gilt *Charip* hierbei als zentrale Komponente zur Durchsetzung des *Chuch'e*:

„Eine wichtige Aufgabe bei unserem heutigen Aufbau der sozialistischen selbständigen Nationalwirtschaft ist darin zu sehen, das Dschutsche in der Volkswirtschaft beschleunigt durchzusetzen, sie zu modernisieren und wissenschaftlich zu gestalten. Das ist, wie Genosse Kim Il Sung sagte, eine strategische Linie, die beim sozialistischen und kommunistischen Wirtschaftsaufbau unentwegt befolgt werden muss.“ (ebd.)

Die durch *Chuch'e* ausgedrückte ökonomische Eigenständigkeit darf allerdings nicht als eine geforderte wirtschaftliche Isolation missver-

standen werden. Vielmehr ist eine multilaterale wirtschaftliche und logistische Kooperation mit insbesondere „sozialistischen und aufstrebenden“ Staaten eine Notwendigkeit, das jeweils eigene *Charip* zu stärken und zu konsolidieren. *Chuch'e* wendet sich lediglich gegen die wirtschaftliche Ausbeutung durch so genannte kapitalistische Mächte, die einer „gerechten Weltwirtschaftsordnung“ entgegen wirken. Eine intakte wirtschaftliche Vernetzung samt einem erfolgreichen Transfer von technischem Know-how würde die nationale wirtschaftliche Selbstständigkeit vor imperialistischen Ausbeutungsbestrebungen zu schützen vermögen.

Das Erreichen von *Charip* beruht auf der unermüdbaren Kraft des Volkes, eingedenk Chajusŏng, der menschlichen Unabhängigkeit (von als antiquiert erachteten sozialen und politischen Banden und der Herrschaft über die Natur), unter einer klugen Führung die durch *Chuch'e* auferlegten Vorhaben zu bewältigen. Kim Il-sŏng postuliert ferner eine „Intellectualisierung der ganzen Gesellschaft“, da sich der Staat nur so das technische Rüstzeug zu einer Steigerung der eigenen Wirtschaftsleistung aneignen kann. Vornehmliches Ziel ist dabei die Deckung des staatlichen und individuellen wirtschaftlichen Bedarfs, sowie die gewährte Eigenständigkeit gegenüber schädlichen kapitalistischen Einflüssen, denn „eine Abhängigkeit von ausländischen Roh- und Brennstoffen wäre gleichbedeutend damit, die Wirtschaft aufs Spiel zu setzen“ (ebd: 57).

Lukas Pokorny

Assistent am Lehrstuhl „Wirtschaft und Gesellschaft Ostasiens“, Uni Wien

Bibliographie:

Kim, Dschong Il (1985): Über die Dschutsche-Ideologie unserer Partei. Pjongjang: Verlag für Fremdsprachige Literatur

Taiwan im Spannungsfeld zwischen Politik und Wirtschaft

Von Doris Mak-Kovacs

„The empire, long divided, must unite; long united, must divide. Thus it has ever been.“ (1) So beginnt einer der größten Klassiker der chinesischen Literatur, *The Three Kingdoms*, ein Meisterwerk aus der Ming-Dynastie (1368-1644). Der Roman über die Anfänge des chinesischen Reiches beeinflusst bis heute das chinesische Denken über Macht, Diplomatie und Krieg.

Besonders gerne wird die Einheit im heutigen China beschworen, wenn von Taiwan die Rede ist, das nach fast 60 Jahren als „abtrünnige Provinz“ wieder nach Hause geholt werden soll. Doch Taiwan hat in den langen Jahren nach dem Ende des chinesischen Bürgerkrieges 1949 einen eigenen Weg eingeschlagen. Die Zahl jener, die noch auf dem chinesischen Festland geboren wurden, mit Chiang Kai-shek vor den Truppen Mao Tse-tungs auf die Insel flüchteten und sich mit der Heimat ihrer Kindheit wirklich eng verbunden fühlten, wird automatisch immer geringer. Die große Mehrheit der 23 Millionen EinwohnerInnen Taiwans bilden heute bereits mehrere Generationen, die auf der Insel geboren wurden und sich mit ihr und ihrer Geschichte identifizieren.

Aus der armen Insel, die mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach 50 Jahren als japanische Kolonie wieder an China zurückfiel, ist nach den ersten, eher dunkleren Jahrzehnten der unterschiedlich restriktiven autoritären Regierungen von Chiang Kai-shek und später seinem Sohn Chiang Ching-kuo zuerst ein Wirtschaftswunderland geworden und darauf aufbauend eine Demokratie. Das kleine Taiwan (flächenmäßig etwa so groß wie Niederösterreich und die Steiermark zusammen) ist heute die 17. größte Handelsnation der Welt und wurde von Freedom House, was politische Freiheiten und Bürgerrechte betrifft, in den letzten Jahren (z.T. gemeinsam mit Japan) zum „freiesten Land Asiens“ erkoren. (2) „Made in Taiwan“ steht auch schon lange nicht mehr für Billigprodukte sondern für Hi-Tech, Qualität und Innovation.

Langsamer Aufstieg

Dass sich Taiwan auf diese Weise entwickeln würde, das war im Jahr 1949, als der im Bürgerkrieg von den Kommunisten geschla-

gene chinesische Präsident Chiang Kai-shek mit zwei Millionen AnhängerInnen (zu einem großen Teil Soldaten) auf die Insel flüchtete, nicht vorauszusehen. Es war trotz guter Infrastruktur eine Agrargesellschaft. Selbst im Jahr 1959 stammten noch 90% aller Exporte aus dem landwirtschaftlichen Bereich.

Chiang Kai-shek wollte von Taiwan aus das chinesische Festland zurückerobern, was eine Illusion war. Er führte Taiwan diktatorisch mittels jahrzehntelangem Kriegsrecht, welches erst 1987, Jahre nach seinem Tod, aufgehoben wurde. Die Bevölkerung blieb in jenen Jahrzehnten gespalten in jene, die sich bereits vor 1949 auf der Insel niedergelassen hatten und jene, die mit Chiang vom Festland gekommen waren. Letztere wurden aufgrund der autoritären Herrschaft und der Einschränkungen durch das Kriegsrecht als OkkupatorInnen empfunden, was durch die Tatsache weiter verstärkt wurde, dass der einheimische Dialekt im öffentlichen Bereich nicht mehr gesprochen werden durfte und das in Peking gesprochene Mandarin zur Nationalsprache erhoben wurde. (Viele ältere TaiwanesenInnen waren aber gerade des Mandarin nicht mächtig, da dies in den 50 Jahren der japanischen Herrschaft untersagt war.)

Was Chiang Kai-shek und seiner Regierung jedoch gelang, war ein weitreichender wirtschaftlicher Reformprozess in den 50er und 60er Jahren. Die Zahl des großen Privatbesitzes wurde reduziert, die entschädigten Eigentümer investierten ihr Geld in den Aufbau der Industrie. Bauern kamen zu billigem Land und ausgesuchte Industrieunternehmen wurden durch staatliche Subventionen auch international wettbewerbsfähig. (3) Die Tatsache, dass Taiwan zu jener Zeit ein Einparteienstaat war, vereinfachte die Durchführung der Landreform erheblich.

Bereits in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begann Taiwan auch mit dem Aufbau von Sonderwirtschaftszonen, in welchen hauptsächlich für den Export produziert wurde und die den Grundstein für das später noch schneller steigende Wirtschaftswachstum legten. Die bald boomende arbeitsintensive Industrie schuf hunderttausende an niedrig qualifizierten Arbeitsplätzen, in welche in hohen Zahlen auch

die jungen unverheirateten Frauen strömten. Ihnen war es zum ersten Mal möglich, außerhalb des Hauses einer geregelten Erwerbsarbeit nachzugehen. Wie eine Reihe von Untersuchungen von Lydia Kung (4) zeigt, brachte dies den Frauen anfangs zwar ein gewisses Mehr an persönlicher Freiheit, jedoch keine finanzielle Unabhängigkeit. Denn das hart verdiente Geld wurde zum größten Teil völlig selbstverständlich an die Familie abgeliefert. Die meisten Frauen beendeten ihre Arbeitstätigkeit, sobald sie heirateten oder spätestens dann, wenn sie ein Kind erwarteten. Doch die Einkommen dieser Frauen verhalfen jüngeren Familienmitgliedern, auch den Mädchen, länger an der Schule zu bleiben und dadurch eine bessere Ausbildung und bessere Karrierechancen zu erlangen. In wenigen Jahrzehnten gelang es, in Taiwan neben Japan das beste Schulsystem Asiens aufzubauen.

Das wirtschaftlich immer erfolgreicher werdende Taiwan musste auf der politischen Bühne in den 70er Jahren jedoch große Rückschläge hinnehmen. Auf den Ausschluss aus der UNO 1971 folgte 1979 der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, welche bis zu jenem Zeitpunkt als erklärte Schutzmacht aufgetreten waren. Doch besonders im US-Kongress blieb die Unterstützung groß, weshalb zum Ausgleich der sog. Taiwan Relations Act (TRA) unterzeichnet wurde, in dem die USA ihr Engagement gegenüber Taiwan bekräftigten und betonten, dass die Zukunft Taiwans auf friedlichem Weg entschieden werden müsse.

Der Weg zur Demokratie

Erst mehr als ein Jahrzehnt nach dem Tod Chiang Kai-sheks 1975 konnten sich die TaiwanesisInnen langsam von den autoritären Fesseln befreien. Wachsender Wohlstand und gute Ausbildung zogen den Wunsch nach mehr politischer Partizipation nach sich. Da die Gründung anderer politischer Parteien neben der Kuomintang (KMT) verboten war, kam es zu einer Bürgerrechtsbewegung, die teilweise im Untergrund arbeitete und langfristig nicht unterdrückt werden konnte. Schließlich wurde das Kriegsrecht aufgehoben und im Jahr 1989 auch die Gründung weiterer politischer Parteien zugelassen. Als wichtigste dieser Parteien kristallisierte sich bald die Democratic Progressive Party (DPP) heraus, die 1986 im Untergrund gegründet worden war. Sie vereinigte einen Großteil der oppositionellen Politiker, die in den 1970er und 80er Jahren als unabhängige Kandidaten an den Wahlen teilgenommen und sich zu einer Oppositionsbewegung zusammengeschlossen hatten.

Zudem kam 1988 nach dem Tod Chiang Ching-kuos mit dessen bisherigem Vizepräsidenten Lee Teng-hui zum ersten Mal ein Mann ins Präsidentenamt, der nicht auf dem chinesischen Festland geboren, sondern gebürtiger Taiwanese war. Unter Teng-hui kam es zu weiteren Demokratisierungsschritten, 1996 fand die erste direkte Präsidentenwahl statt, die Teng-hui aufgrund seiner Popularität für die KMT gewann. Im Jahr 2000, als Lee nach zwei Amts-



perioden nicht mehr kandidieren konnte, kam es zum Machtwechsel. Der Kandidat der DPP, Chen Shui-bian, konnte, begünstigt durch eine Spaltung der KMT, die Präsidentschaftswahl für sich entscheiden. Chen Shui-bian hatte seine politische Laufbahn als Bürgerrechtsanwalt begonnen und mit ihm war nun ein Vertreter jener Partei an die Spitze des Landes gewählt worden, der immer offen eine Unabhängigkeit Taiwans von China gefordert hatte.

Wirtschaftliche Integration trotz politischer Isolation

Seit Jahrzehnten hat Taiwan mit seiner fehlenden internationalen Anerkennung zu kämpfen. Zwar ist man seit 1949 de facto von China unabhängig und erfüllt abgesehen von der internationalen Anerkennung auch alle völkerrechtlichen Voraussetzungen für eine Eigenstaatlichkeit. De jure ist Taiwan jedoch kein eigener Staat und wird auch nur von wenigen Staaten diplomatisch anerkannt. China als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, boomende Wirtschafts- und aufsteigende Weltmacht setzt viel daran, Taiwan politisch in die Enge zu treiben. Die erfolglosen Bemühungen der Insel um Mitarbeit in den Vereinten Nationen und besonders in der WHO mögen als Beispiel dienen.

Peking will Taiwan nach dem Vorbild von Hongkong unter dem Motto "ein Land, zwei Systeme" wieder zurückholen. Doch dieses System wird von der großen Mehrheit der TaiwanInnen abgelehnt, da man sich anders als Hongkong die politische Freiheit bereits erkämpft hat und eine Vereinigung mit einem übermächtigen autoritären Regime wenig erstrebenswert scheint. Noch dazu bleibt das Beispiel Hongkong bisher kaum nachahmenswert, hat es sich doch seit 1997 zwar wirtschaftlich gut entwickelt, demokratiepolitisch hat Peking jedoch wenig Spielraum gelassen.

Doch obwohl Taipeh Peking seit Jahrzehnten als politischen Antagonisten betrachtet, nimmt die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße immer mehr zu. Offiziell hat die taiwanische Wirtschaft (5) zwischen 1991 und 2006 54,9 Mrd. US\$ in China investiert, inoffiziell liegt die Zahl wahrscheinlich weit höher. Im Jahr 2007 waren Hongkong und China gemeinsam mit einem Anteil von 40,7% (+12,6% gegenüber 2006) das wichtigste Ziel für taiwanische Exporte. Der Handelsüberschuss Taiwans gegenüber Hongkong und China betrug 2007 70,6 Mrd. US\$ (+12,9%). Gleichzeitig ist Taiwan einer der wichtigsten ausländischen Investoren in

China, wodurch auf beiden Seiten Millionen von Arbeitsplätzen von den guten wirtschaftlichen Beziehungen abhängen.

Es sind diese wirtschaftlichen Interessen, welche einen wirklichen Bruch Taiwans mit China für die große Mehrheit der TaiwanInnen nicht erstrebenswert machen. Abgesehen davon, dass Schritte in Richtung Unabhängigkeit eine militärische Eskalation möglich oder sogar wahrscheinlich werden ließen, wünscht sich vor allem die Wirtschaft verbesserte Beziehungen zum Festland.

Taiwans Dilemma

Im Jahr 2000 waren an die neue, von Chen Shui-bian geführte Regierung (besonders von ihren AnhängerInnen) große Erwartungen gerichtet worden. Nach jahrzehntelanger Einparteiherrschaft der KMT hatte sich eine Mehrheit nach einem politischen Wechsel geseht. Doch für die DPP, die so lange von der Macht fern gehalten worden war, sollte es nicht leicht werden, die festgefahrenen Strukturen und Netzwerke der politischen Gegner zu durchbrechen. So blieben große politische Erfolge im Inland aus und auch Peking erhöhte den Druck, war es doch in keiner Weise gewillt, mit Chen Shui-bian, dessen Partei schließlich immer noch mehr oder weniger offen die Unabhängigkeit forderte, in Verhandlungen einzutreten.

Gleichzeitig gingen die wirtschaftlichen Boomjahre zu Ende. Taiwan war zur hochentwickelten Industrienation geworden und taiwanische Unternehmer begannen, ihre Produktion nach China oder andere Billiglohnländer auszulagern. Zwar blieben die Wachstumsraten mit etwa +4,5% jährlich für westeuropäische Verhältnisse immer noch hoch, im Vergleich zu anderen Ländern der Region - und besonders das chinesische Festland - fühlte man sich jedoch plötzlich nicht mehr so gut. Eine Entwicklung, welche die Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer Regierung nicht erhöhte.

Die Parlamentswahlen vom 11. Jänner 2008 haben nun abermals eine Wende gebracht. Der KMT gelang ein Erdrutschsieg, der in seinem Ausmass von niemandem erwartet worden war. Jene Partei, welche Taiwan jahrzehntelang autoritär regiert hatte, konnte 81 der 113 Parlamentssitze erobern. Die DPP kam nur auf 27 Sitze. Es bleibt abzuwarten, wie die Präsidentschaftswahlen im März 2008 ausgehen. Auch hier hat die KMT derzeit die besseren Karten, doch könnte es durchaus sein, dass die WählerInnen der Partei nicht zu viel Macht

in die Hände legen wollen und deswegen ihre Stimme dem Kandidaten der DPP geben.

Auch wenn das Wahlergebnis von vielen internationalen Medien verkürzt nur als Absage der WählerInnen an die Unabhängigkeitsbestrebungen Chen Shui-bians interpretiert wurde, ist die Wahrheit weit vielschichtiger. Die Unzufriedenheit der TaiwanInnen hängt mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage ebenso zusammen wie mit den Korruptionsvorwürfen gegen das engere (auch familiäre) Umfeld des Präsidenten. Wahrscheinlich war aber auch vielen WählerInnen die nicht nur im Wahlkampf stete Betonung der "taiwanesischen Identität" zu viel geworden.

Das Wahlergebnis bedeutet jedoch noch lange nicht, dass sich die WählerInnen eine Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland wünschen. (Auch ist die KMT nicht mit einem solchen Konzept angetreten.) Denn seit Jahren zeigen relativ stabile Umfragewerte, dass die Bevölkerung v.a. eines will, die Erhaltung des Status quo. Die letzten vom Mainland Affairs Council in Taipeh durchgeführten Umfragen vom August 2007 zeigen eine klare Mehrheit von fast 82% für die (zumindest derzeitige) Beibehaltung des Status quo. Nur 10,3% votierten für eine sofortige Unabhängigkeit, gar nur 2,2% für eine sofortige Vereinigung mit China (6). Diese mangelnde Zuneigung der TaiwanInnen zu Peking ist angesichts der massiven militärischen Aufrüstung der Volksrepublik und der derzeit mehr als 1300 auf Taiwan gerichteten chinesischen Raketen nicht verwunderlich.

Conclusio

Taiwan hat seit 1949 sowohl wirtschaftlich als auch politisch weitreichende Entwicklungen durchlaufen, wobei beide Bereiche zueinander in Wechselwirkung stehen. Durch diese eigenständige Entwicklung hat sich Taiwan auch vom chinesischen Festland entfremdet, obwohl es wirtschaftlich zu einer immer weitreichenderen Zusammenarbeit kommt. Die Parlamentswahlen vom Jänner 2008 zeigen, dass sich die Bevölkerung Taiwans auch

daran gewöhnt hat, demokratische Machtwechsel herbeizuführen. Auch wenn man in Peking froh darüber sein mag, dass den Proponenten der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung ein herber Dämpfer versetzt wurde, so muss doch wohl zur Kenntnis genommen werden, dass sich in Taiwan, zum ersten Mal in der Geschichte auf chinesischem Boden, eine funktionierende Demokratie entwickelt hat. Für die 23 Millionen TaiwanInnen erscheint es daher wenig vorstellbar, über die Zukunft ihres Landes nicht selbst entscheiden zu können.

Für die internationale Gemeinschaft ergibt sich daraus die Brisanz, "dass für die Volksrepublik die Errichtung ihrer Herrschaft über Taiwan ein elementares nationales Interesse ist, während auf Seiten der USA seit 1950 ein in verschiedenen Formen kontinuierlich wahrgenommenes Interesse daran besteht, die Sicherheit des geostrategisch hochbedeutsam gelegenen und seit einem Jahrzehnt erfolgreich demokratisierten Taiwan gegen Akte auswärtiger Gewaltanwendung zu gewährleisten." (7)

Doris Mak-Kovacs

Taipei Wirtschafts- und Kulturbüro
Presseabteilung

Anmerkungen:

(1) Three Kingdoms, attributed to Luo Guanzhong. (1995): Foreign Languages Press., Vol. 1, p. 1, Beijing

(2) Quelle: <http://www.freedomhouse.org>

(3) Spence, Jonathan D. (1995): Chinas Weg in die Moderne, S.740. München: dtv

(4) Kung, Lydia (1990): Factory Women in Taiwan. New York: Columbia University Press.

(5) Alle Wirtschaftsdaten vom Wirtschaftsministerium in Taipeh, siehe dazu auch <http://www.moea.gov.tw/>

(6) Quelle: Line Chart Frage "Unification or independence", Mainland Affairs Council, Taipeh, Taiwan, <http://www.mac.gov.tw/english/index1-e.htm>

Weitere Umfragen zum Thema Wiedervereinigung oder Unabhängigkeit, so zur Akzeptanz der Formel "Ein Land, zwei Systeme", siehe ebendort.

(7) Kindermann, Gottfried-Karl (2001): Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840-2000, S. 643. Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Politische Ökonomie Ostasiens: Mythos und Realität

von Rüdiger Frank

Was ist Politische Ökonomie?

Politische Ökonomie (PÖ) ist ein dehnbarer und eher unspezifischer Begriff. Je nach individueller Vorbildung wird man vielleicht an Karl Marx denken oder an den amerikanischen Begriff International Political Economy. Häufig wird der Ausdruck als Synonym für Volkswirtschaftslehre bezeichnet, was von vielen Ökonomen wegen des explizit politischen Bezuges jedoch strikt abgelehnt wird. Immerhin betrachten sie es gerade als grundlegenden analytischen Schritt, dass ökonomische Phänomene (zunächst) isoliert vom als Störgröße fungierenden politischen Umfeld untersucht werden.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Wirtschaftswissenschaft die theoretisch verfügbaren Handlungsoptionen sowie die Motive für die tatsächliche Auswahl durch die AkteurInnen untersucht, so schränkt das politische Umfeld diesen Möglichkeitsraum ein und fügt neue Auswahlkriterien hinzu. Dies bedeutet nicht, dass Individuen aufhören, sich ökonomisch zu verhalten; jedoch verändert sich die Art, in der sie Kosten und Nutzen ihrer Handlungen bewerten. Besonders auffällig wird dies in den Internationalen Beziehungen, aber auch innerstaatlich sind entsprechende Phänomene ohne weiteres zu beobachten.

Die PÖ untersucht also, wie sich Wirtschaftssystem, politische Institutionen und politisches Umfeld gegenseitig beeinflussen. Das macht sie zu einem attraktiven Konzept für RegionalwissenschaftlerInnen, die damit landes- und kulturspezifische Elemente mit allgemeinen methodischen Erkenntnissen sinnvoll und strukturiert kombinieren können.

Was ist Ostasien?

Betrachtet man die Weltkarte, dann erscheint es durchaus sinnvoll, die Antarktis und Australien als Kontinente zu betrachten; schließlich sind dies große Inseln. Auch die entsprechende Kategorisierung von Afrika und Nord- bzw. Südamerika erscheint logisch, sind doch hier große Landmassen nur über dünne Brücken mit anderen Kontinenten verbunden. Doch woher kommt die Unterscheidung zwischen Europa und Asien? Die Definition dieser beiden Kontinente ist offenbar weniger geographisch als vielmehr kulturell determiniert. Es wird

deutlich, wie sehr man in Europa und seinem amerikanischen Ableger, kurz „der Westen“ genannt, gerade Asien traditionell als „das Andere“ verstanden hat. Dabei ist Asien alles andere als homogen, und auch die begriffliche Unterteilung nicht unbedingt konsistent. Wer verwendet schon „Nordasien“ oder „Westasien“? Stattdessen sprechen wir von Sibirien oder dem Nahen und Mittleren Osten. Südasiens ist mehr oder weniger deckungsgleich mit Indien und Sri Lanka. Im allgemeinen Sprachgebrauch haben sich vor allem Südostasien und Ostasien, gelegentlich auch Nordostasien und Mittel- bzw. Zentralasien eingebürgert. Übrigens: welche Länder zählen eigentlich zum „Westen“?

Ostasien wird zumeist unbewusst synonym mit Nordostasien verwendet, also im engeren Sinne China, Japan und Korea umfassend, wobei man die Mongolei oft ignoriert und den russischen Teil als Ferner Osten bezeichnet. Südostasien macht es uns leichter, da eine regionale Organisation mit dem Namen Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) existiert. Beim 2007 zum zweiten Mal abgehaltenen East Asia Summit trafen die zehn ASEAN-Länder sowie China, Japan, Südkorea und Indien, aber auch - wie verwirrend - Australien und Neuseeland zusammen. Die ursprüngliche Initiative für eine zunächst wirtschaftliche Allianz „Ostasiens“ ging übrigens 1991 von Mahathir bin Mohammad aus Malaysia aus, einem Mann, der mit Thesen vom Anderssein Asiens für Aufsehen sorgte. Vor diesem Hintergrund stellte er die Übertragbarkeit westlicher Konzepte mit Universalitätsanspruch auf Asien in Frage; dies betraf vor allem liberale Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechte. Unterstützung erhielt er u.a. aus Singapur (Lee Kuan Yew) und Japan (Ishihara Shintaro).

Ostasien ist anders (?)

Ostasien, vor allem vertreten durch China und Japan, ist im Westen schon seit langer Zeit als zumindest äußerlich hinreichend „anders“ wahrgenommen worden, um auch auf ein innerliches „Anderssein“ zu schließen. Geographische Entfernung, Sprachen, Kleidung, Speisen, Religionen, Kunst und Wissenschaft haben derart starke und komplexe eigenständige Akzente gesetzt, dass vielen BeobachterInnen die Annahme prinzipieller Gleichheit

zwischen dem Westen und Ostasien nahezu absurd vorgekommen ist. Karl Marx prägte den von Karl August Wittvogel aufgegriffenen und noch heute gängigen Begriff von der „asiatischen Produktionsweise“, der jedoch vielfach als Ausdruck kolonialer Überheblichkeit kritisiert und abgelehnt wird. Kurz gesagt geht es darum, dass die Notwendigkeit von komplexen Bewässerungssystemen für den Reisanbau frühzeitig eine hierarchische Gesellschaftsstruktur mit hochentwickelter Administration und gemischten Eigentumsformen erforderte, was sich wiederum einzigartig prägend auf die Gesellschaft und ihre Beziehungen auswirkte. Allerdings ist es recht fragwürdig, eine bezüglich der natürlichen Bedingungen wie auch der kulturellen Eigenschaften sehr heterogene Region in eine einzige Kategorie zu zwingen und daraus Schlussfolgerungen abzuleiten. Besonders fällt die Assoziation mit im Westen negativ belegten Begriffen auf, wie Despotismus und primäre Rolle der Landwirtschaft. Um das Bild zu vervollkommen, fand sich auch eine kulturell-ideologische Manifestation dieser hierarchisch strukturierten, auf Harmonie im Sinne von Unterdrückung von Individualinteressen orientierten und von einer meritokratischen Bürokratie gelenkten Gesellschaft. Dabei ist der Begriff Konfuzianismus nicht weniger diffus als Politische Ökonomie oder Ostasien.

Japan: Musterbeispiel für „Ostasien“?

Und doch nehmen Versuche, auch die jüngste ökonomische Entwicklung der Länder Ostasiens primär durch kulturspezifische Eigenschaften zu erklären, nicht ab. Erneut ist es vor allem der unterschiedliche Verlauf, der zu Spekulationen über grundlegendes Anderssein animiert. Japans Entwicklung bis 1945 konnte man mit etwas Mühe noch als Nachahmung des westlichen imperialistischen Modells ansehen; die ausdrückliche Orientierung am deutschen Vorbild insbesondere ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hat eine solche Perspektive unterstützt. Der Aufstieg eines feudalistischen Inselstaates mit nicht weißhäutiger Bevölkerung zu einer wirtschaftlichen und militärischen Weltmacht, die 1905 Russland in die Knie zwang und ab 1941 als Teil der Achse Krieg gegen die USA zu führen in der Lage war, konnte also mit konventionellen Mitteln erklärt werden, zumal der westliche Kenntnisstand über interne Abläufe in Japan relativ unterentwickelt war.

Eine neue Situation ergab sich nach dem zweiten Weltkrieg, als es Japan gelang, im Rahmen der Yoshida-Doktrin seine Ressourcen nahezu ausschließlich auf die wirtschaftliche Entwicklung zu fokussieren und zu einem ernstzuneh-

menden, bewunderten und in den 1980ern nahezu panisch gefürchteten Konkurrenten zu werden. Premierminister Ishida erklärte 1960, innerhalb eines Jahrzehnts das Nationaleinkommen verdoppeln zu wollen – und erreichte dieses Ziel vorfristig. Von der Imitation westlicher Konzepte war bald keine Rede mehr. Das stereotype Bild prägten nun uniformierte und Werkshymnen singende Beschäftigte, welche sich für das Unternehmen aufopferten, als wäre es die eigene Familie, und im Gegenzug dafür lebenslange Beschäftigung und permanenten Aufstieg erhielten. Der Staat plante und lenkte, während die Banken und Unternehmen den Wirtschaftsmotor am Laufen hielten und die Gewerkschaften den Konsens der ArbeitnehmerInnen sicherten: der Begriff der Japan AG war geboren.

Auch westliche Manager stiegen bald bibbernd und halbnackt in eiskaltes Wasser, um durch dieses und andere kollektive Leidenserlebnisse den Teamzusammenhalt zu stärken und über flache Hierarchien zum Erfolg zu kommen. Die versteckte Ursache für die oft abstrusen westlichen Erklärungsversuche des japanischen Wirtschaftswunders war der tief verwurzelte Glaube, dass es kaum mit rechten Dingen zugehen könnte, wenn „solch ein“ Land wirtschaftlich erfolgreicher war als Europa und die USA. Sich um eine differenzierte Sichtweise wenig kümmernd, stellte man in Chefetagen von New York bis London alsbald auch des Chinesen Sun Tzu's „Kunst des Krieges“ demonstrativ ins Bücherregal und studierte eifrig die 36 Strategeme, bevor man mit Sony's Walkman im Ohr zum Kampfsporttraining ging und danach an die Sushi-Bar oder zum Chinesen um die Ecke. Ostasien hatte nun auch bezüglich Soft Power breite Weltgeltung erreicht.

Südkorea: Ostasiatische Entwicklung im Gänseflug?

Viele Zweifelnde, die daran glaubten, dass es ein spezifisch asiatisches Konzept sein musste, das dem rasanten Aufstieg Japans zugrunde lag, verstummten bald. Denn das Nachbarland Südkorea nahm mit ca. 20-jähriger Zeitverzögerung eine ähnlich spektakuläre Entwicklung und lieferte damit auch ein eindrucksvolles Argument für das 1962 entstandene „Gänseflugmodell“ von Akamatsu. Südkorea passte sogar besser in das alte Denkschema, weil dort ab 1961 ein Militärdiktator (asiatischer Despot) die Geschicke des Landes lenkte und jahrelang Wachstumsraten im zweistelligen Bereich generieren konnte. Der Staat (meritokratische Bürokratie) kontrollierte über die staatlichen Banken die Finanzen, und die gro-

Ben Unternehmenskonglomerate investierten und expandierten nahezu ungehemmt in strategische Bereiche wie den Export und den Schiffbau. Die besten Köpfe des Landes waren in der Administration und deren Forschungsinstituten für die Planung und Ergebniskontrolle verantwortlich, die Bevölkerung opferte sich im Sinne des Gemeinwohls und für die Zukunft ihrer Kinder.

Einer der wenigen Ökonomen, die frühzeitig darauf hinwiesen, dass dieses Wachstum vor allem aus massiv gesteigerten Inputs und nicht aus Verbesserungen der Produktivität resultierte, war Paul Krugman. Die Hauptdebatte konzentrierte sich währenddessen auf die Frage der PÖ: War Südkorea so erfolgreich, weil es westliche Konzepte übernommen und in sein eigenes System eingebaut hatte, oder stellte es ein Gegenmodell dar? War der staatliche Dirigismus unter bestimmten Umständen der liberalen Marktwirtschaft überlegen, oder hatte er nur eine Chance, wenn er sich ihrer bediente? War der Verzicht auf die Demokratie ein notwendiges Übel auf dem Wege zur rasant aufholenden Wirtschaftsmacht, oder war die Demokratie ein Resultat wirtschaftlichen Aufschwunges?

Die Antworten waren so unterschiedlich wie der Hintergrund ihrer GeberInnen. Heute ist die Diskussion um die Wurzeln der „Wirtschaftswunder“ in Japan, Südkorea und den sogenannten Tigerstaaten in den Hintergrund getreten. Ursache dafür waren zunächst die Stagnation Japans in den 1990er Jahren und die Asienkrise von 1997, die zu einem radikalen Umdenken bei der Bewertung des ostasiatischen Entwicklungsweges geführt hat. Am wichtigsten ist jedoch ein Substitutionseffekt: Man redet nicht mehr vom japanischen und südkoreanischen Wunder, weil es inzwischen das chinesische Wunder gibt.

China und Nordkorea: Das neue Ostasien?

Dieses ist besonders bemerkenswert, da hier die Wirtschaft in einem Umfeld gedeiht, das als wenig wachstumsfördernd gilt. Zu den „altbekannten“ Eigenschaften wie autoritäres politisches System und staatliche Planwirtschaft kommt eine kapitalismusfeindliche Ideologie, die den privat angeeigneten Profit als Quelle allen Übels ansieht. Eine gewisse Abscheu vor Handel und Wandel sagte man übrigens auch den „Konfuzianern“ nach. Und doch ist es China gelungen, aus den Trümmern von Großem Sprung und Kulturrevolution zu einem Land zu werden, dem man es zutraut, die unilaterale globale Führungsrolle der USA herauszufordern. Das Unmögliche, nämlich eine graduel-

le Reform der sozialistischen Wirtschaftsordnung ohne Kollaps des politischen Systems, ist hier bislang gelungen, während entsprechende Hoffnungen in Europa wie Seifenblasen zerplatzten. Und mit Vietnam gibt es ein weiteres Erfolgsmodell der Transformation in (Süd-)Ostasien. Wen wundert es, wenn man im Westen wieder glaubt, einen typisch ostasiatischen Hintergrund zu erkennen.

Auch Nordkorea, ein weiterer Fall von „typisch“ ostasiatischem Despotismus, existiert noch, trotz Hungersnot und Status als Pariah-Staat. Die Führung hat vorsichtige Reformen begonnen, wenngleich das außenpolitische Umfeld hier sehr einzigartige Chancen, aber auch Einschränkungen bietet. Südkorea hat langfristig ein starkes politisches Interesse an einer Wiedervereinigung. Diese wäre auch wirtschaftlich nützlich, weil sie einen größeren Binnenmarkt, den Zugang zu wichtigen Rohstoffen und eine direkte Grenze zum chinesischen Markt bieten würde. Kurzfristig will Südkorea einen Kollaps im Norden vermeiden, der neben einem Risiko für die Sicherheit und einer humanitären Katastrophe auch hohe ökonomische Kosten bedeuten würde. Entsprechend renoviert man die nordkoreanische Infrastruktur und ernährt einen großen Teil der dortigen Bevölkerung. China ist aus völlig anderen Motiven an Stabilität in Nordkorea interessiert und bereit, dafür zu zahlen. Die USA sind dabei, eine neue Strategie für Ostasien zu entwickeln, und benötigen Nordkorea ebenso als Erklärung für ihre Politik wie Japan, das an seiner Rückkehr zur „Normalität“ arbeitet und darunter u.a. den Aufbau eines regulären Militärs versteht.

Ist Ostasien wirklich anders?

Schaut man sich die mysteriösen Erfolgsgeschichten jedoch näher an, dann kommen auch bemerkenswert unspezifische Faktoren zutage. So verzichteten die USA ab 1946 relativ schnell darauf, Japan für seine Rolle im Zweiten Weltkrieg zu bestrafen, und bauten das Land stattdessen zu ihrem Hauptstützpunkt für den Kalten Krieg in Ostasien aus. Erst dadurch wurde Tokyos Verzicht auf teures Militär und der Zugang zum US-amerikanischen Markt möglich, die eine Schlüsselrolle für Japans rasanten Aufstieg gespielt hatten. Ohne die systemische Auseinandersetzung zwischen Ost und West wäre die japanische Entwicklung vermutlich deutlich langsamer verlaufen.

Wie Archivmaterialien und ZeitzeugInnen bestätigen, konnte sich die Militärdiktatur unter Park Chung-hee in Südkorea nur halten, weil man in Washington beide Augen fest zudrückte und den Vorteil eines starken, prosperie-

renden Südkorea als Symbol der Überlegenheit des eigenen Systems akzeptierte – trotz starker Vorbehalte gegen massive Menschenrechtsverletzungen. Nachdem in den 1950ern fast die Hälfte des südkoreanischen Staatshaushaltes durch die USA finanziert worden war, halfen in den folgenden Jahrzehnten der Zugang zum amerikanischen Markt sowie der Fluss von Krediten, den Aufschwung beizubehalten. Ohne die politische Duldung und aktive wirtschaftliche Unterstützung des Westens wären die ambitionierten Entwicklungspläne Seouls kaum mehr als Utopien geblieben.

Als China ab Ende der 1970er Jahre seinen neuen Weg beschritt, waren es Kapital und Technologie aus Hongkong, Taiwan und dem Westen, die die Sonderwirtschaftszonen zu den Keimzellen des Aufschwunges machten. Die Hoffnung, China doch noch in ein Gegengewicht zur Sowjetunion zu verwandeln, half dabei, massive Unterstützung aus dem Westen zu generieren. Heute sind es der amerikanische und der europäische Markt, die Chinas Exportprodukte aufnehmen; westliche Investoren stellen Milliarden für die boomende Wirtschaft bereit. Letztendlich waren es marktwirtschaftliche Elemente in einem freundlich gesinnten Umfeld, die den Erfolg begründeten, und kein ostasiatisches Geheimrezept.

Ostasien: Alter Wein in neuen Krügen

Auf der Mikro-Ebene finden wir in allen diesen „Wirtschaftswundern“ Individuen, die lediglich an einer Verbesserung ihrer Lage interessiert sind. Selbst die Vorstellungen, was eine solche „Verbesserung“ konkret sein könnte, sind erstaunlich ähnlich. Nahrung, Kleidung, Haushaltswaren, Schmuck, Auto, Wohnung, Ausbildung der Kinder, Urlaubsreisen, Sicherheit – je nach Wohlstandsniveau sind das Motive, die keinesfalls spezifisch ostasiatisch sind. Zwar mag sich die Reihung dieser Faktoren unterscheiden, ebenso die Zuordnung relativer Wertigkeiten oder die Akzeptanz von Wegen zur Erreichung dieser Ziele. Was bleibt, ist jedoch stets die gleiche Kombination aus Gier und Angst, welche die Menschen allerorts voran-treibt. Auch andere Gesellschaften kennen Hierarchien, Gruppenorientierung, Harmoniebedürfnis und Ideologien. Staatliche Planwirtschaft, Kollision zwischen Staat und Wirtschaft, Korruption und Nepotismus sind ebenso globale Phänomene wie Diktaturen und Kollektivismus, Faulheit und Fleiß, Kreativität und Formalismus.

Ist die Idee vom Anderssein Ostasiens also ein Mythos? Ja und nein. Skepsis ist angebracht, wenn man die Erklärung für unerwartete Entwicklungsverläufe und Verhaltensweisen in ei-

ner grundsätzlichen Andersartigkeit der Individuen und Gesellschaften sucht. Vor diesem Hintergrund wird das eingangs erwähnte Misstrauen der Wirtschaftswissenschaft gegenüber der Politischen Ökonomie verständlich. Menschen sind in erster Linie Menschen und somit grundsätzlich gleicher, als dies angesichts von Äußerlichkeiten oft den Anschein haben mag. Allerdings wäre es ein fataler Fehler, wenn man die historischen, materiellen und kulturellen Unterschiede im jeweiligen Umfeld dieser Menschen ignorieren würde. Verhaltensweisen wie Geschmack, Tabus, Rituale, Wertigkeiten sind zwar „nur“ antrainiert, aber eben auch sehr machtvoll. So mögen EuropäerInnen und OstasiatInnen gleich sein, wenn sie Hunger verspüren; sie unterscheiden sich aber in den meisten Fällen durch die Speisen, nach denen sie greifen. Gleiches gilt für den Einfluss der Politik auf die Wirtschaft. Man sollte dem Umfeld nicht gestatten, darüber hinwegzutäuschen, dass es doch lediglich nur der ständig wechselnde Rahmen für das Wirken immer gleicher universeller Gesetzmäßigkeiten ist. Gleichzeitig wird die Kenntnis und das Verständnis dieser allgemeingültigen Muster immer unvollständig und vor allem praxisfern bleiben, wenn wir nicht in der Lage sind, den jeweiligen Kontext zu erkennen und zu begreifen – denn schließlich ist die Ökonomie eben doch politisch.

Rüdiger Frank

Professor für Wirtschaft und Gesellschaft Ostasiens an der Universität Wien.

Im Oktober 2008 beginnt unter seiner Leitung ein neuer Masterstudiengang im Fach „Wirtschaft und Gesellschaft Ostasiens“. Für nähere Informationen siehe <http://wirtschaft.ostasien.univie.ac.at/>

The hidden truth behind the student protests in Pakistan

von Sana Shah

Pakistan is a relatively young country, which is still looking for its own identity in terms of its policies, its education, its culture. The historical "trauma" that the partition 1947 has created in the social conscience of Pakistanis, today contributes to an extremely diverse picture of this country among its citizens. The western media, on the other hand, seems to have a very resolute image of this country, which even finds its way into the social perception of Pakistan among young Pakistanis themselves. In between this turmoil of representing, portraying, and viewing, finds itself a youth that is confronted with the violation of its most important social and civic rights, which has now taken its right to create its own image of this country, to become an active part in the perception of this young, troubled state called Pakistan.

The past political events in Pakistan such as the impeachment of the Chief Justice of the Supreme Court Iftikhar Chaudry in March 2007 by President General Pervez Musharraf, the Lal Masjid operation of the Government against the rise of the Islamists in the country in July 2007, and the imposition of a state of emergency in Pakistan in November 2007, just as the sudden death of the former prime minister Benazir Bhutto the greatest opposition leader of the Pakistan's People's Party in December 2007, have scarred this country immensely on a political, social and legal scale.

All these incidents have awakened the whole country and filled its population with a strong sense of political emancipation that has produced a strong movement for the implementation of justice and democracy in the country. The declaration of a state of emergency by the former General of Army and now present Pakistani President Pervez Musharraf in order to fight the growing threat of islamism in the country created a new pivoting point in the course of Pakistan's history and temporarily eroded social, religious and political borders between a youth that is a product of conflicting ideas with a great historical burden on its shoulder. This youth at its peak of political mobilization in Pakistan's history has the most powerful engine a youth in such a country can own: a collective memory full of shattered hopes, unfulfilled dreams and an uncertainty about its future just as a sense of incompre-

hension resulting from a deficiency of representation in the public and private sphere. This collective memory confronts two fields which are directly connected with the lives of young people. One field is that of political economy that during the country's history created socio-economic structures, in which this youth is entangled today and the other one is that blurred field between politics and religion, which are two conflicting forces in the education of young Pakistanis that complicate the formation of a true national identity.

Analyses on Pakistan's current religious, social and political situation usually start with a critical eye on the genesis of Pakistan's state formation, scrutinizing the Two-Nation Theory by M.A. Jinnah, founding father of Pakistan, who emphasized the incompatibility of a "Hindu nation" and a "Muslim nation" (1) governed by one political elite in one geographically defined territory and thus giving way for a debate on islamic nation- and identity-building influencing the future destiny of this country. Often the *raison d'être* of Pakistan is explained by this feeling of insecurity of these Muslims living in colonial India under British governance searching for independence in the country by stressing, at the same time, various challenges which Pakistan had to face on a political and institutional level. This resulting political and institutional deficiency has not at last often been filled up by the military in Pakistan that has created a new social and political infrastructure in the country. The military has soon established its own powerful position within Pakistani politics. The context from which this military could rise in a post-colonial state such as Pakistan is obvious: The military as a powerful institution bunched the fears of these new Pakistanis in regard to the enemy state India, which by its mere presence at the Pakistani borders, automatically strengthened the feeling of insecurity within Pakistani citizens. This gave the military a new power to exert, a psychological dimension of controlling the fears of its population and thus gaining importance in the country's politics and legitimacy within the population that made it possible for the army to contribute to the state-building process in Pakistan (Aziz 2008, 25). This is where M. Aziz, former Pakistani civil servant and independent scholar, sees the be-

gining of a “path dependence” and “historical institutionalism”, two similar concepts which assume that policy decisions taken earlier (by specific institutions such as the army) and which are going into one particular direction, generate the same pattern of future policy-choices (ibid., 23), which are quite retraceable in Pakistan’s history considering the repeated military interventions in domestic affairs.

At a time when Pakistan needed all the help it could get to consolidate itself as a proper nation state, the army seemed to be the most stable and solid institution to offer the best strategical institutional back-up for a state survival (ibid., 25) – a development not so rare in postcolonial states. This is how the military through its position in Pakistan’s history and its annual budgetary appropriations (ibid., 36) could – independent from the fact whether Pakistan was having a civilian government or a military regime – slowly influence socio-economic structures in Pakistan, as army officers entered more and more non-political spheres by “penetrating the public sector by appointing serving and retired military officers and by occupying the economic space through its business activity” (ibid., 45), which “has made it increasingly difficult to roll back its influence” (ibid.). The foregoing military interventions in Pakistan in the years 1958, 1977, 1999, and now in 2007 have progressively enlarged its civilian control and at the same time exposed the army, its power, its undemocratic and unjust strategies in front of a youth that is no longer silent towards the injustices it has grown up with. This youth has seen the influence of the army rise more and more and seen it contributing to a parallel social universe in which army members did not only enjoy a great prestige but in which they are also living in their own hub with its own infrastructure such as education and training institutes, hospitals, urban sectors, and similar facilities, which are all entirely in the hands of army families.

But, since Musharraf’s last unlegitimized political actions such as his coup d’état in 1999 and his self-appointment as president of Pakistan in the following months, and especially his most recent political actions such as the chief justice affair and the Lal Masjid event just as the imposition of a state of emergency in Pakistan, a loud outcry of a large political insurrection has been created, which has mobilized one of the most powerful elites: lawyers, journalists and bureaucrats. This solidarity among the (intellectual) elite-class has soon encouraged other parts of the population to follow in this fight for justice, which immensely affected a very young layer of the intellectual class, which is no longer passive

in its demand for a fair and just Pakistan: the student elite.

The declaration of a state of emergency in Pakistan on the 3rd of November 2007 by General Pervez Musharraf – who due to his army position had no legal justification to impose a “state of emergency”, something that only the president can announce, which means that he illegally put the country under military rule – has widely been perceived as an act of personal opportunism to regain a power that was dwindling due to his own policy in which he was destabilizing democratic processes (by his ambivalent policies with the Islamists in the country) and destructing justice (by his direct attack on the Supreme Court in Pakistan). This democratic facade, which he was almost proudly maintaining, did not fool those students who during the imposition of this state of emergency saw their own professors, and other innocent civilians such as peaceful human rights activists and fellow students being arrested under the cloak of the fight against Islamism. Immediately after the announcement of the decision to impose emergency in Pakistan, thousands of students took to campus and protested against this political decision by General Musharraf, which suspended the constitution and therefore exposed them to the political arbitrariness of a “pakistani dictator” – as Musharraf is perceived by most of the students. Those protests, among which one of the biggest was the big student rally at the Lahore University of Management and Science (LUMS), one of the most prestigious universities in the country, have awakened thousands of other students across the whole country to fight in complete unity against those political decisions that tread on democratic principles. Actions were taken and what soon began as a group of some students organizing protests and rallies on their campuses quickly developed itself as a well organized active student union with its own infrastructure: the Student Action Committee (SAC) (2) was born in November 2007. The Student Action Committee in Lahore comprises at least 15 universities with different student profiles varying from elite-institutions such as the Lahore University of Management and Science (LUMS) or FAST (Foundation of Advancement of Science and Technology) to more common populated higher education institutions such as the Punjab University (PU) and the Government College University (GCU) and thus integrating students from entirely different social and economical backgrounds in this unique, united fight for justice and democracy in the country. The SAC soon started to publish its own pamphlet *The Emergency Times* (3), which is mainly run by

LUMS students, but students from other universities also have their share. Through online blogs and online social-networking sites such as Facebook and Orkut the communication between the students has been facilitated and even started to spread fire in other big cities in Pakistan – just recently Karachi formed its own separate SAC for its universities.

Pakistani students all over the country have awakened from their political slumber and are recognizing their own responsibility in the future of this country. Their role in the formation of the future politics is being recognized by them and their political representation is finding its place in a public sphere. With famous Urdu poetry lines in their minds such as “Bol ki lab azaad hain tere (...) Bol ki sach zindaa hai ab tak.” (Speak, for your lips are yet free, (...) Speak, the truth is still alive) (4) written by one of the most famous national Poets, Faiz. These words echo in the newly created political conscience of this part of the population, which is not only fighting for a just and democratic Pakistan, but which has taken its own right to create its own political identity, to form its own national identity, defined by themselves. It’s the students themselves who have decided to work in solidarity, to work together and bridge differences between them. The homepage from the SAC clearly states their demands, which apart from the restoration of democracy in the country also demands “one educational system for all Pakistanis” (5) bearing in mind the consequences of an extremely diverse education system, opening different worlds to students depending on what scholarisation they have been part of. T. Rahman, Professor of Linguistics and South Asian Studies, points out two levels of inequality in the Pakistani education-system that complicate the identity-formation process in Pakistan: the first one is a horizontal level of inequality where ethnic and linguistic differences are being deliberately ignored in the aim to create a national identity, which thus indirectly creates resentments to the idea of a Pakistani nation (Rahman 2004, 20) and the second one is a vertical level of inequality linked with the different parallel structures of education systems, the English-medium, the vernacular medium and the madrasa institutions. Apart from this “educational apartheid” (ibid., 22) the various conflicting influences coming from the government and the media, such as islamization policies and rising secularization trends, two oppositional forces which are parallelly gaining a solid ground in Pakistan, have complicated the process and introduced its own cleavages in this field of an identity-formation. Now for the first time, where

Students are rising in such a big number and appropriating the discourse on the future of Pakistan, the discourse on their role in their country, they are positioning themselves in a public sphere and creating their own discourse on their (political) identity. This article is not about a youth trying to break out of a vicious circle created not by history but by an opportunistic, corrupt political elite who has secretly lost its orientation and is relying on rigid regulations to control the country, but about a youth that is not a VICTIM of its country’s history, but who is an AGENT in the negotiations of its future. It is about young people learning about their responsibilities and appropriating their power that has long been hidden in this great pool of potential that lies within this Pakistani youth, a youth that is just about to experience the essence which is hidden in the concept of being a Pakistani citizen. Being a Pakistani citizen is not about speaking Urdu (6) and being a Muslim, being a Pakistani citizen is about living your freedom and living your independence.

Sana Shah

Diplomandin am ipw

Anmerkungen:

(1) Jinnah saw Hinduism and Islam as two „social and distinct orders“ that cannot coexist in one country; according to him one should consider these two religions “nations” because this would conform more to their social character as religions; see Muhammad Ali Jinnah cited in: Azam 1991, p. 16 et seq.

(2) Information on the SAC is mainly taken from the article “Students for a free Pakistan” by Jayati Vora, published in “The Nation” on the 30th November, 2007, online: <http://www.thenation.com/doc/20071217/vora>, last access: 14.1.2008

(3) online: <http://www.pakistanmartiallaw.blogspot.com>, last access: 14.1.2008

(4) online: <http://pakteahouse.wordpress.com/2007/11/17/speak-for-your-lips-are-yet-free> last access: 14.1.2008

(5) online: <http://sacpk.org/>, last access: 14.1.2008

(6) Urdu ist the official national language of Pakistan, but the mother tongue of only a small percentage of its population.

Bibliographie:

Azam, Ikram (1991): Pakistan’s Political Culture, Zia-ul-Haq Qureshi.

Aziz, Mazhar (2008): Military Control in Pakistan: The Parallel State, New York: Routledge.

Rahman, Tariq (2004): Denizens of an Alien World: A Study of Education, Inequality and Polarization in Pakistan, Karachi: Oxford University Press.

Verblühte Tulpen – der Schattenstaat Kirgisien

von Tim Epkenhans

Als Kirgisien 1991 unerwartet aus der kollabierenden Sowjetunion in die Unabhängigkeit entlassen wurde, stellte dies Staat und Gesellschaft vor gewaltige Herausforderungen. Ähnlich wie sein südlicher Nachbar Tadschikistan gehörte die Kirgisische SSR zu den wirtschaftlich rückständigsten Sowjetrepubliken, deren soziale und wirtschaftliche Infrastruktur vor allem durch substantielle Subsidien durch Moskau aufrechterhalten wurde. Die fundamentalen ökonomischen und sozialen Veränderungen erschwerten die politische Transformation von einer Einparteienherrschaft zu einem zumindest formell pluralistischen und demokratischen System, welches Kirgisien wie auch seine zentralasiatischen Nachbarn Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan 1991 annahm. Während in Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan die sowjetischen Parteikader – nun eingehüllt in den Mantel des Nationalismus – an der Macht blieben, avancierte in Kirgisien mit Askar Akajev ein Akademiker, der nicht Teil der sowjetischen Nomenklatura war, zum ersten Präsidenten des unabhängigen Kirgisiens. Akajev hatte im August 1991 als einziger der zentralasiatischen Potentaten Stellung gegen die Putschisten in Moskau bezogen und präsentierte sich in den folgenden Jahren vor allem dem westlichen Ausland und internationalen Organisationen als liberal-demokratische Ausnahmeerscheinung in einem ansonsten autoritären Zentralasien (Halbach 2006).

Doch bereits Mitte der 1990er Jahre nahm die politische Entwicklung der „Insel der Demokratie in Zentralasien“, wie Akajev seine Inszenierung Kirgisiens gerne vorstellte, autoritäre Züge an. Internationale Entwicklungshilfeprojekte versandeten in endemischer Korruption, die wirtschaftliche Entwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück und die Etablierung eines rechtsstaatlichen Systems wurde unterminiert durch Nepotismus und Klientelwirtschaft. Kritiker warfen Akajev vor allem vor, Personen aus seiner Heimatregion im Norden Kirgisiens (in dem sich auch die Hauptstadt Bischkek befindet) in der Vergabe von Ämtern und Positionen zu bevorzugen, sowie den bevölkerungsreichen Süden (um das regionale Zentrum Osch, der zweitgrößten Stadt des Landes) zu vernachlässigen – doch dazu später mehr.

In der ersten Dekade nach der Unabhängigkeit gelang es Akajev durch eine kontinuierliche Rotation von Positionen in Staat und Verwaltung die verschiedenen Gruppen innerhalb der Elite auszubalancieren, wobei das Amt des Präsidenten zunehmend exklusiv mit der Vorstellung von Staatsmacht (russisch *vlast*) und damit von Stabilität und Sicherheit identifiziert wurde. Politischer Wettbewerb war in eng begrenzten Formen zulässig, solange nicht der Präsident und damit die Staatsmacht herausgefordert wurde. Formelle Positionen, die häufig auch durch monetäre Gegenleistungen vergeben wurden, erlaubten den Zugriff auf administrative und ökonomische Ressourcen, die vor allem informellen Klientelnetzwerken zugute kamen (und nach wie vor kommen). In seiner öffentlichen Selbstdarstellung blieb das System zwar weiterhin der sowjetisch geprägten Vorstellung eines starken und fürsorglichen Staates verhaftet, in der Realität entwickelten sich allerdings informelle Parallelstrukturen, die staatliche Dienstleistungen „privatisierten“. Das Resultat dieser Politik bestand (und besteht nach wie vor) in einer ungezügelter Korruption, die alle Teilbereiche des öffentlichen Lebens Bildung, Gesundheitsversorgung, Justiz unterminiert (1).

Erste Verwerfungen in Akajevs System zeigten sich bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2000, in denen Teile der Elite noch vergebens versuchten, Akajev herauszufordern. Die Fragilität der politischen Situation in Kirgisien zeigte sich erneut im Frühjahr 2002, als das Akajev Regime einen ihm unbequemen Abgeordneten, Azimbek Beknazarov, verhaften ließ, worauf es zu Protesten in dessen Heimatregion Aksy im Süden des Landes kam. Mit der Situation überforderte Polizisten eröffneten das Feuer auf die DemonstrantInnen und töteten nach offiziellen Angaben fünf Zivilisten – zum ersten Mal endeten politische Proteste in Kirgisien gewaltsam. Zwar entließ Akajev den damaligen Premierminister und Innenminister, übernahm allerdings nicht persönlich die politische Verantwortung für die unverhältnismäßige Reaktion der Sicherheitskräfte. Obwohl es Akajev und seiner Entourage nochmals gelang, die Situation zu stabilisieren, markierten die dramatischen Ereignisse in Aksy den Beginn einer Entwicklung,

die schließlich im Fall des Akajev Regimes im März 2005 ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Für viele BeobachterInnen - unter ihnen auch der Autor dieses Beitrages - erfolgte dieser Umsturz mehr als überraschend, offensichtlich hatte man sich zu sehr von Akajevs Inszenierung eines stabilen (und im zentralasiatischen Kontext) relativ liberalen Staates blenden lassen. Dies wurde nicht zuletzt dadurch bedingt, dass Zentralasien durch die Ereignisse des 11. Septembers unerwartet internationale Aufmerksamkeit erlangte. Retrospektiv ist zu konstatieren, dass Akajev und seine engen Berater nach 2002 zunehmend Kontakt zur Realität verloren. Hochrangige VertreterInnen westlicher Staaten und Organisationen gaben sich nach Beginn der militärischen Operationen in Afghanistan in Bischkek die Klinke in die Hand und wurden nicht müde, die vermeintlichen Errungenschaften Kirgisiens (wiederum im regionalen Vergleich) im Bereich der Demokratisierung zu loben. Die USA etablierten nahe Bischkek eine militärische Basis und bi- wie multilaterale Geberinstitutionen verstärkten ihr Engagement in Kirgisien deutlich, unter anderem auch in der Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen (Olcott/Brill 2004). Zwar funktionierte die Stabilisierung des Systems weiterhin durch eine nunmehr beschleunigte Ämterrotation, allerdings störten Mitglieder Akajevs engerer Familie - hier insbesondere sein Sohn sowie Schwiegersohn - dieses Gleichgewicht durch ihr zügelloses Geschäftsgebaren auf Kosten zahlreicher Personen, die eigentlich Teil des Systems und der Elite waren. Durch häufig rüde Methoden und unter Einsatz administrativer Ressourcen übernahmen beide lukrative Supermarktketten oder erzwangen eine Teilhaberschaft in den rasant wachsenden Privatbanken und Mobilfunkunternehmen. Dies führte zu einem sukzessiven Loyalitätsverlust innerhalb der Elite, wobei Akajev sowie seine Familie nun persönlich und öffentlich für das Scheitern der politischen und ökonomischen Transformation und die endemische Korruption verantwortlich gemacht wurden. Nach massiven Unregelmäßigkeiten während der Parlamentswahlen im Februar 2005 gelang es, zunächst politischen Eliten aus dem Süden ihre AnhängerInnen zu Protesten zu mobilisieren, doch auch in dem vermeintlich loyalen Norden des Landes hatte die Unzufriedenheit mit dem unpopulären Regime eine kritische Masse erreicht, die schließlich am 24. März 2005 innerhalb weniger Stunden die Präsidialverwaltung stürmte, worauf Akajev fluchtartig das Land verließ. Die Art der Proteste sowie die Schnelligkeit, mit der das Regime kollabierte, lassen vermuten, dass Teile der Elite im Vorfeld der Proteste

Akajev die Gefolgschaft versagt hatten. Dies scheint insbesondere für die Leitung der Sicherheitskräfte zuzutreffen, die die Stürmung des Amtssitzes Akajevs ohne nennenswerten Widerstand mitverfolgten.

Ähnlich wie die sog. „Farbrevolutionen“ in Georgien und der Ukraine entspricht auch der Umsturz in Kirgisien nicht unbedingt den Kriterien einer Revolution. Im Fall Kirgisien stellte sich zügig heraus, dass auch der neue Präsident, Kurmanbek Bakiev, den hergebrachten Mustern der politischen Ökonomie Kirgisiens folgte. Mehr noch, die Desintegration politischer Strukturen und die Erodierung formeller Attribute des Systems, insbesondere der Verfassung, beschleunigten sich nach den Märzereignissen deutlich.

Staatlichkeit und regionale Identitäten

In der Analyse des politischen Systems in Kirgisien und Zentralasien greifen BeobachterInnen häufig auf die These zurück, dass Klans und tribale Gruppen die wesentlichen (informellen) AkteurInnen in der politischen Dynamik des Landes seien und formelle Positionen in Staat und Verwaltung überwiegend aufgrund gemeinsamer „Familienbande“ vergeben werden. Die Antizipierung einer primordialen Stammesgesellschaft, die aufgrund ihrer Flexibilität 70 Jahre sowjetischer Sozialformung überdauern konnte, mutiert hierbei häufig zu einer „Blackbox“, deren empirischer Gehalt nicht selten auf Gespräche mit Taxifahrern zurück geht: Diese zählen ohne zu zögern sieben Generationen ihrer Vorfahren auf und wissen dies durch exotische Geschichten rivalisierender Stämme und Klans anzureichern. In Kirgisien - so eine geläufige Annahme - verlaufen die Konflikte zwischen tribalen Gruppen entlang der regionalen Aufteilung des Landes in einen nördlichen (um die Hauptstadt Bischkek) und südlichen Teil (Osch und Jalalabad). Die sog. Tulpenrevolution sei demnach ein Resultat des Konfliktes zwischen Nordkirgisien (repräsentiert durch den ehemaligen Präsidenten Akajev) und Südkirgisien (repräsentiert durch den heutigen Präsidenten Bakiev) gewesen. Die Gültigkeit dieser These stellten kürzlich Cornelius Graubner und Alexander Wolters überzeugend in Frage, als sie Kirgisien als einen „Schattenstaat“ beschrieben, in dem informelle Netzwerke auf formelle Positionen angewiesen sind und nicht umgekehrt (Graubner/Wolters 2007). Es lohnt sich daher, ein wenig die Genese der kirgisischen Eliten zu betrachten.

Ähnlich wie seine zentralasiatischen Nach-

barstaaten Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan ist das heutige Kirgisien Produkt von umstrittenen und teils willkürlichen Grenzziehungen in den 1920er und 1930er Jahren, in denen Stalin die Ideen aus seinem 1913 verfassten Marxismus und die Nationale Frage auch gegen regionale Widerstände realisierte. Die Etablierung der zentralasiatischen Republiken folgte nicht nur den ideologischen Prämissen des historischen Materialismus, sondern markierte für die Führung in Moskau auch den Anspruch, dass es sich bei den Unionsrepubliken in Abgrenzung zum zaristischen Russland nicht um koloniale Gebiete der Sowjetunion handele, sondern um eigenständige Republiken, die sich „freiwillig“ dem Projekt „Sowjetunion“ angeschlossen hätten – eine Sichtweise, die auch heute noch unter vielen Intellektuellen in Zentralasien vorherrscht. Die „Erfindung“ der kirgisischen Nation konnte während der Sowjetzeit lediglich in einem engen ausschließlich folkloristischen Korsett erfolgen. Erst infolge von Glasnost und der Zersetzung der sowjetischen Strukturen entwickelte sich in Zentralasien ein politischer Nationalismus. Anders als etwa in Georgien oder der Ukraine konnten zentralasiatische PolitikerInnen nur unter großen intellektuellen Verrenkungen die Erinnerung an eine „verlorene Nation“ evozieren und damit die Künstlichkeit der zentralasiatischen Grenzziehungen ausblenden.

Die Integration der geographisch durch Hochgebirge isolierten Regionen Kirgisiens erwies sich in diesem Zusammenhang als problematisch, da diese Regionen vor und während der Sowjetzeit in verschiedene grenzübergreifende Wirtschafts-, Sozial- und Kulturräume eingebunden waren. Sozial, ökonomisch und kulturell war der Süden um die Stadt Osch stärker in das usbekische geprägte Fergana Tal integriert und orientierte sich weit weniger in Richtung Bischkek, der nominellen Hauptstadt im Norden des Landes. Die Formierung unabhängiger Staaten in Zentralasien hatte vor allem für die Fergana Region katastrophale Konsequenzen, da plötzlich ein weitgehend einheitlicher Wirtschafts- und Sozialraum durch Grenzziehungen zerstört wurde – zumal sich die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, insbesondere Usbekistan, rapide verschlechterten. Für den Süden Kirgisiens, d.h. die Provinzen Osch, Jalalabad und Batken mit etwa 55% der Bevölkerung, hatten die nun realen (und nicht mehr „folkloristischen“) Grenzen bittere wirtschaftliche und soziale Folgen, die die Ausbildung einer regionalen Identität verstärkten, insbesondere in Abgrenzung zum Norden des Landes.

Regionale oder tribale Identitäten, ob sie nun

retrospektiv konstruiert werden oder nicht, sind für individuelle und kollektive Identitätsmuster auf der diskursiven Ebene relevant, wie einschlägige Publikationen zeigen (2). Betrachtet man allerdings die Formen politischer Mobilisierung in Kirgisien, so lässt sich konstatieren, dass familiäre bzw. tribale Identifikationsmuster keine beständigen Loyalitäten generieren bzw. garantieren. Die politischen Auseinandersetzungen nach der sog. Tulpenrevolution 2005 sind hierfür ein gutes Beispiel.

Verblühte Tulpen

Zunächst, die Tulpenrevolution verdient, folgt man politikwissenschaftlichen Kriterien, nicht die Bezeichnung Revolution: Weder kam es zu einem Austausch der Eliten (höchstens zu einer Umschichtung), noch zu Veränderungen des politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systems. Zwar änderte sich der Diskurs über das Wesen des kirgisischen Staates graduell, indem er durch einen stärkeren ethnischen Nationalismus angereichert wurde, die politische Ökonomie blieb jedoch unverändert. In der Besetzung staatlicher FunktionsträgerInnen berücksichtigte der neue Präsident zwar verstärkt Personen aus dem Süden des Landes, aber die Ereignisse und Entwicklungen seit März 2005 zeigen auch, dass die generelle Antizipation des Nord-Süd-Konfliktes so einfach nicht gilt.

Bakiev ging kurz nach dem Umsturz ein Zweckbündnis mit einem seiner ärgsten Rivalen Felix Kulov ein. Kulov, der aus dem Norden des Landes stammt, hatte unter Akajev hohe Funktionen inne gehabt. Als er jedoch 2000 gegen Akajev in den Präsidentschaftswahlen antreten wollte, wurde er kurzerhand verhaftet und wegen Korruption zu einer langen Haftzeit verurteilt, die erst mit dem Umsturz endete. Das sog. „Tandem“ Kulov/Bakiev wurde anfangs als eine aussichtsreiche Konstellation gesehen, unter anderem auch, um den antizipierten Nord-Süd-Konflikt zu mildern. Jedoch traten Spannungen zwischen Bakiev und Kulov recht schnell zu Tage, da es nach dem Umsturz zu einer großangelegten Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen kam. Geschäftsleute, die unter Akajev ihre formellen Positionen (etwa als Abgeordnete des Parlaments) ausgenutzt hatten, Mobilfunkunternehmen, Märkte oder Privatbanken zu akquirieren, wurden über Nacht unter dubiosen und teils gewaltsamen Umständen enteignet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die neuen EigentümerInnen keineswegs ausschließlich Teil des informellen Netzwerkes

Bakiev waren, sondern aus unterschiedlichen Regionen des Landes kamen. Insbesondere VertreterInnen der organisierten Kriminalität, die zwar auf familiäre und lokale Netzwerke zurückgriffen, versuchten Zugriff auf formelle Positionen zu erhalten, um somit ihren „Geschäftsinteressen“ Nachdruck zu verleihen. In den teils gewaltsamen Auseinandersetzungen wurde deutlich, dass regionale oder „familiäre“ Loyalitäten sich als höchst unbeständig erwiesen. Dies gilt insbesondere für die politische Mobilisierung: Als das Tandem Bakiev/Kulov im Frühjahr 2007 aufgrund unüberbrückbarer Differenzen zerbrach, versuchte Kulov zunächst mit Rückgriff auf eine vermeintlich regionale Solidarität des Nordens seine AnhängerInnen gegen den VertreterInnen des Südens, Bakiev, zu mobilisieren. Doch selbst mit erheblichem finanziellen Aufwand (Handgeld und Verpflegung von DemonstrantInnen) gelang es Kulov nicht, eine kritische Masse zu mobilisieren – schlimmer noch, innerhalb der Opposition kam es zur Defektion einflussreicher Politiker, die eigentlich aus dem Norden stammen, sich aber nun in dem System Bakiev saturiert einrichteten.

Auch unter dem Regime Bakiev setzt sich die Transformation Kirgisiens in einen Schattenstaat fort. Nur hat sich dieser Prozess mittlerweile beschleunigt, da Bakiev in den vergangenen Monaten auch die formelle Substanz des Staates, die Verfassung, mehrfach revidieren ließ. Die Verfassungsänderungen erfolgten weitgehend ohne öffentliche Diskussion und resultierten in einem inkonsistenten und widersprüchlichen Gesetzeswerk, das Anlass zu Befürchtungen gibt, dass sich die Desintegration Kirgisiens fortsetzt. Die politische Ökonomie in Kirgisien gleicht zunehmend dem Klischee eines „orientalischen Bazar“, in dem politische, ökonomische und kriminelle Eliten über die Schacherei um formelle Posten und Ressourcen eine konsistente politische Strategie, was mit dem Land geschehen soll, aus den Augen verloren haben.

Tim Epkenhans

Leiter der OSCE-Academy in Bishkek, Kirgisien

Anmerkungen:

(1) Kirgisien rangiert auf Platz 150 auf dem Korruptionsindex von Transparency International (vgl. http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2007)

(2) So etwa in Askar Akajevs *Kyrgyz Statehood and the National Epos ‚Manas‘* (New York 2003) und zuletzt eine Umfrage des International Republican Institute: www.iri.org/eurasia/kyrgyzstan/pdfs/2007-07-03-Kyrgyzstan.ppt (zuletzt aufgerufen 21. Januar 2008)

Bibliographie:

Graubner, Cornelius und Alexander Wolters: „Demokratie als Feldversuch. Kirgistan zwischen Schattenstaat und Tulpenrevolution“; in: *Osteuropa* 08-09/2007, S. 195-208.

Halbach, Uwe: „Zentralasien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion“; in: Fragner, Bert G. und Andreas Kappeler (Hrg): *Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft*; Wien 2006, S. 205-220; International Crisis Group (ICG): *Kyrgyzstan on the Edge* (Asia Briefing No. 55); Bischkek/Brüssel, 9 November 2006).

Olcott, Martha Brill: *Central Asia's Second Chance*; Washington 2004

Armut als Politikum in Serbien

von Silvia Nadjivan

„Das, was uns Sorgen bereiten sollte, ist unsere... [Gleichgültigkeit] der breiten Öffentlichkeit gegenüber... der nie real errichteten Kontrolle über Macht- und Geldflüsse. Solange es so ist, wird jeder mit Geld und besonders jeder mit viel Geld verdächtig und an seinem Spitznamen erkennbar sein.“ (Žarković 2007) (1)

Wenn politischen, ökonomischen und sozialen Interdependenzen in Serbien nachgespürt werden soll, so fällt der Blick vor allem auf „politische Kapitalunion(en)“. Politische Kapitalunionen bezeichnen personelle sowie strukturelle Verstrickungen von Politik und Kapital, die - wie auch Mafia-Netzwerke - nach dem Regimewechsel 2000 nicht völlig zerschlagen wurden. Oft undurchsichtige und immer wieder stagnierende Privatisierungsprozesse sowie aufgedeckte Wirtschaftsskandale machen derartige Verstrickungen deutlich. Deren Charakteristik gründet vor allem im Milošević-Regime, als zur einst staatssozialistischen Machtelite neue einflussreiche Gruppen Zugang fanden, und diese Machtelite zusehends zu einem „Milošević-Clan“ (bestehend aus mehreren kooperierenden und konkurrierenden Clans) mutierte. Bei diesen Gruppen handelte es sich vorwiegend um alte und neue Unternehmer, halblegale, illegale und kriminelle Kreise, die sowohl von Kriegen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien als auch von UN-Sanktionen gegen Serbien (bzw. die Bundesrepublik Jugoslawien) profitierten. Mit dem Zugang zur serbischen Machtelite bzw. zum Milošević-Clan war die Teilhabe am Wirtschaftsmonopol gesichert. Macht- und Herrschaftsverhältnisse basierten infolge von informalisierten Elitestructuren auf gegenseitigen Deals.

Geringe Kosten zur Machtsicherung

Seine wirtschaftliche Vormachtstellung hatte der Milošević-Clan Anfang der 1990er Jahre ausgebaut, so dass er das staatliche Eigentum noch stärker kontrollierte, als dies im einstigen jugoslawischen Einparteiensystem der Fall gewesen war. Ein und dieselbe Person konnte zugleich MinisterIn und DirektorIn eines Unternehmens sein. Während sich einzelne Mitglieder von Miloševićs SPS (Socijalistička partija Srbije/Sozialistische Partei Serbiens) oder anderen Regimeparteien bereicherten, verarmte die Bevölkerungsmehrheit in Serbien.

Wenn schon nicht geplante Strategie, dann war die rapide Verarmung der Bevölkerungsmehrheit zumindest eine willkommene Begleiterscheinung bei der Machtsicherung des Milošević-Clans. Mit geringen Kosten konnte hier die materielle Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheit gelenkt werden; denn geringe Schwankungen des Wirtschaftsauf- oder -abschwungs bestimmten den Alltag von Menschen umso drastischer, je näher diese am Existenzminimum lebten. Ihre existentielle Sorgen hingen somit von politischen Entwicklungen ab. Argumentiert wird hier - in Anlehnung an Heinrich Popitz (1992) -, dass die Machtsicherung über längere Zeit mit begrenzten Ressourcen erfolgte, nicht obwohl, sondern weil die Bevölkerungsmehrheit am Existenzminimum lebte. Denn Widerstand gegen ein Regime erfordert das subjektiv empfundene Gefühl von Ungerechtigkeit sowie zeitliche, soziale und wirtschaftliche Ressourcen. Dem arbeitete, so hier die Annahme, das Regime entgegen, indem es notwendige wirtschaftliche Reformen, vor allem in Richtung Privatwirtschaft und Handel verzögerte. So wurden zahlreiche völlig unrentable Industriebetriebe künstlich am Leben gehalten, um zumindest den Schein der Beschäftigung zu wahren. Die Schattenwirtschaft, die seit den 1980er Jahren bestand und in den 1990er Jahren zur Hochblüte gelangte, sicherte de facto das wirtschaftliche Überleben während des teils monatelangen Ausbleibens von Gehältern und Pensionen.

„Die Wirtschaft des Überlebens hat eine Kultur der Armut geschaffen.“
(Milošević 2002)

Dass der Regimewechsel 2000 möglich wurde, lag zum einen daran, dass die staatliche Apparatur von innen zusammengebrochen war. Nachdem der Milošević-Clan jahrelang mit geringen Mitteln, nämlich knappen Ressourcen für die Bevölkerungsmehrheit, eigene Positionen gesichert hatte, fehlten ihm nun selbst materielle Ressourcen, die staatliche Apparatur bzw. seine eigenen Legitimitätssäulen zu finanzieren. Zum anderen wurde der Regimesturz durch eine breite, vorwiegend international finanzierte, Mobilisierung der serbischen Gesellschaft ermöglicht. Mobilisierungskampagnen konnten vor allem an der weit verbreiteten Unzufriedenheit infolge der NATO-Bombardements 1999 und des „Verlustes“ des

Kosovo ansetzen. Bei den jugoslawischen Präsidentschaftswahlen 2000 wurde daher nicht für den oppositionellen Kandidaten Vojislav Koštunica, sondern gegen den amtierenden Präsidenten Slobodan Milošević gestimmt. In den Wahlkampagnen hatte das oppositionelle Koalitionsbündnis DOS (Demokratska opozicija Srbije/Demokratische Opposition Serbiens) vor allem einen Wirtschaftsaufschwung versprochen. Bisherige SPS-StammwählerInnen wurden in diesen Kampagnen aufgefordert, für die Zukunft der Enkelkinder zu wählen – für eine Zukunft der Stabilität und des Wohlstands. Daraus kann geschlossen werden, dass WählerInnen mit derartigen Versprechen bestochen werden sollten – und größtenteils auch wurden. Die breite Ernüchterung folgte, als nach 2000 kein deutlicher Wirtschaftsaufschwung erkennbar war, stattdessen die Visapflicht weiterhin bestand und die EU-Annäherung an die Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal gekoppelt wurde. Diese enttäuschten Erwartungen schüren umgekehrt nationalpopulistische Rhetoriken, deren sich politische EntscheidungsträgerInnen zum eigenen Machterhalt bzw. -gewinn bedienen. Diese Strategie ließ sich bereits im Zuge des jugoslawischen Zerfallsprozesses seit Mitte der 1980er Jahre beobachten. Erneut sollen emotional aufgeladene Themen wie die territoriale Integrität des Landes die Öffentlichkeit homogenisieren. Erneut werden innere Konflikte (u.a. zu Demokratisierung, Reform- und Wirtschaftspolitik) innerhalb einer höchst heterogenen Gesellschaft von einem äußeren Konflikt (Verhandlungen zum Kosovo-Status auf internationaler Ebene) in den Hintergrund gedrängt. Dass die neue Verfassung völlig unter Ausschluss der Öffentlichkeit entstand und 2006 lediglich über deren Implementierung abgestimmt werden konnte, führte zwar zu einem Boykott des Referendums in Serbien, dennoch wurde sie implementiert. Derartige Vorgänge zeigen, dass die Strukturen politischer Entscheidungsprozesse die gleichen geblieben sind.

Schwimmen in gleichen Gewässern

Als Erbe des Milošević-Regimes sind Klientelismus, weit verbreitete Armut sowie Schattenwirtschaft in Serbien erhalten geblieben. Nach 2000 konnten wichtige TrägerInnen des Milošević-Regimes sowohl ihre Netzwerke aufrecht erhalten, als auch einen Systemwechsel verhindern. Ein weiteres Erbe des Milošević-Regimes ist, dass nahezu alle gegenwärtigen zentralen PolitikerInnen bereits in den 1990er, wenn nicht schon in den 1980er Jahren bedeutende AkteurInnen waren. Informelle Ver-

strickungen zwischen Macht, Kapital und Kriminalität betrafen folglich nicht nur Miloševićs Regierungspartei, sondern auch damalige Oppositionsparteien, (teilweise) heutige Regierungsparteien. Begleitet werden gegenwärtige politische und wirtschaftliche Reformprozesse durch Konflikte innerhalb der inzwischen höchst polarisierten Machtelite, deren Höhepunkt die Ermordung des serbischen Premiers Zoran Đinđić am 12. März 2003 war. Am Tag des Attentats sollte im Republiksparlament unter anderem ein Anti-Korruptionsgesetz unterschrieben werden.

Durch das „Schwimmen in gleichen Gewässern“ sind gegenseitige Korruptionsvorwürfe begünstigt, die für parteipolitische Zwecke insbesondere vor Wahlen – wie bei den Parlamentswahlen 2003 ersichtlich – instrumentalisiert werden.

Richtungskämpfe innerhalb der heterogenen serbischen Machtelite, die sich aus prowestlichen Reformkräften sowie einstigen (traditionalistischen) Mitgliedern des Milošević-Regimes zusammensetzt, lassen sich beispielsweise an den Kampagnen zu den Präsidentschaftswahlen am 20. Jänner 2008 ablesen, die bei Fertigstellung dieses Beitrags auf Hochtouren liefen. Zentrale Themen dieses Wahlkampfes waren Wirtschafts- und Lebensstandard sowie die nach wie vor ungeklärte Kosovo-Frage. Zentrale Themen der vorherigen Präsidentschaftswahlen 2004 waren EU-Integration, ebenfalls Wirtschafts- und Lebensstandard sowie (Nicht-)Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gewesen. Zwei Kandidaten sind 2004 und 2008 die selben: Der 2004 gewählte Präsident Boris Tadić aus der DS (Demokratska stranka/Demokratische Partei) und sein Herausforderer Tomislav Nikolić aus der SRS (Srpska radikalna stranka/Serbische Radikale Partei).

Politik der Identität

Beim Vergleich ihrer Aussagen während des jeweiligen Wahlkampfes lässt sich eine Konstante erkennen: Angesichts der schlechten Wirtschaftslage in Serbien und einer Arbeitslosenrate von 28 Prozent (Vreme 2007), ist Armut nach wie vor ein Politikum. Nachdem die prowestliche DOS-Koalition 2000 propagiert hatte, für eine Zukunft ohne Milošević und sinngemäß für Wohlstand zu wählen, hat sich die DS-Grundargumentation 2004 und 2008 in Hinblick auf die EU-Annäherung nicht wesentlich geändert. Der Unterschied liegt 2008 verglichen zu 2000 und 2004 (2) im national(istisch)en Moment, begünstigt durch

die ungeklärte Kosovo-Frage. So spricht Tadić 2008 vom „Plan eines besseren Lebens, mit der Bewahrung unserer Identität in Europa“, was vier Jahre zuvor durchaus aus SRS-nahen Kreisen hätte stammen können: „Meine Idee ist Serbien in Europa mit einer eigenen Identität“. Zwar grenzt Tadić seinen Identitätsbegriff von jenem der 1990er Jahre ab, „als die Identität und der Stolz dieser Nation zerstört wurden“ (2008), dennoch scheint im Zuge der Verhandlungen zum Kosovo-Status die Politik der Identität, diesmal verbunden mit pro-europäischen Verheißungen des Wohlstands, ein Revival zu erleben. Verglichen dazu sagte Tomislav Nikolić 2004: „Ich wünsche, dass Serbien Mitglied der EU wird. Das wünscht jeder Bürger Serbiens.“ (2004)

Infolge der Pattstellung bei den Verhandlungen zum Kosovo-Status, hat sich 2008 die Linie des SRS-Kandidaten dahingehend radikalisiert, dass die internationale Anerkennung Kosovos folgendermaßen gewertet wird: „[w]enn sie Ihr Territorium wegnehmen, ist es das selbe, wie wenn sie in Ihr Haus eingedrungen wären oder einen Ihrer Mitbewohner getötet hätten. Das kann nicht verziehen werden.“ (zit. n. Radio B92 (2008)) Während Tadić für ein „besseres Leben und eine europäische Zukunft“ (zit. n. ebd.) einsteht, macht sich Nikolić für „die Armen“ stark: „Ich kandidiere nicht wegen der reichen Leute, sondern wegen der Armut. Armut in Serbien hat keinen Schutz: Bauer, Arbeiter, Pensionär, Opfer der Transition ... es gibt niemanden, der sie schützt in Serbien.“ (zit. n. ebd.)

Kontinuitäten und Widersprüche

Obwohl die SRS in den 1990er Jahren selbst Regimepartei gewesen ist und folglich angenommen werden kann, dass manche SRS-Mitglieder von ihrer politischen Position wirtschaftlich profitiert haben, hat sie sich stets als Oppositionspartei inszeniert. Infolge der nach wie vor nicht zufriedenstellenden Wirtschaftslage und hohen Arbeitslosigkeit (3) kann sie vor allem seit 2003 mit rechtspopulistischen Sozialprogrammen punkten. Als Reaktion auf neoliberale Tendenzen im Land und die Vorrangstellung von Ökonomie in der Gesellschaft wird gegen ein westliches Feindbild mobilisiert. Der auf internationaler Ebene zugespitzte ungelöste Kosovo-Status verleiht dem „drohenden Ausverkauf Serbiens“ zusätzlich Aufwind. Die ökonomische und soziale Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung kann wie zuvor in den 1980er und 1990er Jahren erneut nationalistisch kanalisiert werden. Beim Vergleich der Wahlkampagnen 2004 und

2008 ist diese weitreichende nationalistische Verschiebung dahingehend erkennbar, dass auch Tadić im Kontext polarisierter Positionen bezüglich des Kosovo-Status auf die nationale Identität rekurriert.

Steigende Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien - allen voran der SRS - in Serbien resultieren oftmals aus dem Widerspruch zwischen den in der Bevölkerung geweckten Erwartungen (z.B. zwischen vorausgesagtem baldigem EU-Beitritt und damit verbundenem Wirtschaftswachstum und Wohlstand) und dem desillusionierenden Alltagsleben vieler Menschen. Wie bereits in den 1990er Jahren inszeniert sich die SRS weiterhin als Oppositionspartei, obwohl sie informell die Politik der Koštunica-Regierung mitbestimmt. So gesehen wäre ein serbischer Präsident Nikolić lediglich eine formelle Bestätigung informeller Gegebenheiten. Ein weiterer Widerspruch ist, dass sie trotz ihrer Beteiligung am Milošević-Regime (und das gerade während der NATO-Bombardements 1999) nach wie vor als Verteidiger Kosovos und Anwalt der Armen glaubwürdig erscheint, obwohl insgesamt staatliche Institutionen unter der Bevölkerung kaum an Glaubwürdigkeit dazu gewonnen haben. Was dem Image der DS unter Zoran Đinđić seit den 1990er Jahren zu schaffen machte, nämlich Gerüchte und Vermutungen, dass sich einzelne DS-Mitglieder durch ihre Funktion bereichert haben, scheint im Fall der SRS keine bedeutende Rolle zu spielen.

Wenn schlechte Wirtschaftslage und Nationalismus dahingehend in Verbindung gebracht werden können, dass soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit Nationalismen und Radikalismen fördern, könnten für das laufende Jahr weitere Verschiebungen erwartet werden. In der serbischen Nationalbank wird die Inflationsrate für 2008 nicht auf 6,5 Prozent geschätzt, wie im Staatshaushalt vorgesehen, sondern als zweistellige Zahl prophezeit (vgl. Radio B92 (2008)). Aufgrund der weiterhin bestehenden Ressourcenknappheit haben geringe wirtschaftliche Schwankungen und politische Veränderungen nach wie vor großen Einfluss auf das Alltagsleben der Bevölkerungsmehrheit. Parallel dazu können/müssen sich Spitzenpolitiker zur eigenen Sicherheit Bodyguards leisten und sogar in internationale PR-Kampagnen (4) investieren.

Silvia Nadjivan

Lehrbeauftragte und wissenschaftliche Mitarbeiterin am ipw

Anmerkungen:

- (1) Alle serbisch-sprachigen Originalzitate wurden von der Autorin übersetzt.
- (2) Die Präsidentschaftswahl im Herbst 2002 wird hier nicht näher behandelt, weil sie aufgrund der zu geringen Wahlbeteiligung gescheitert ist. Aufgrund der späteren gesetzlichen Aufhebung der erforderlichen Mindestwahlbeteiligung von 51 Prozent sind alle nachfolgenden Wahlen (trotz geringer Wahlbeteiligung) anerkannt worden.
- (3) Aufgrund der Schließung vieler unrentabler Betriebe waren 2003 mehr Menschen arbeitslos als 1998, vgl.: *ekonomist* (2003).
- (4) Zum Zeitpunkt des fertig gestellten Artikels kolportierten serbische Medien, dass eine renommierte US-amerikanische PR-Agentur die SRS-Wahlkampagne organisierte (vgl. *Radio B92* (2008), 14.1.2008). Unklar war noch, ob dies eine Zeitungsentee oder politische Realität war. Fest steht allerdings, dass sich politische und wirtschaftliche Interessen in widersprüchlichster Weise ergänzen können.

Bibliographie:

- ekonomist* (2003): Nr. 140/27.1.2003, *ekonomist Online*. <http://www.ekonomist.co.yu>, 4.1.2008.
- Milošević, Božo (2002): *Nezaposlenost u Srbiji devedesetih: stvarnost i privid „ekonomije preživljavanja“* [Arbeitslosigkeit in Serbien während der Neunziger Jahre: Wirklichkeit und Schein „der Ökonomie des Überlebens“]. In: Bolčić, Silvano/ Milić, Anđelka (Hg.): *Srbija krajem milenijuma: Razaranje društva, promene i svakodnevni život* [Serbien am Ende des Millenniums. Zerstörung der Gesellschaft, Veränderungen und Alltagsleben]. Beograd: Institut za filozofiju i društvenu teoriju [Institut für Philosophie und Gesellschaftstheorie], 141-157, hier 142.
- Nikolić, Tomislav (2004): zit. n. *NIN*, 27.5.2004, S. 7f.
- Popitz, Heinrich (1992): *Phänomene der Macht*. Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 101.
- Radio B92* (2008): *B92 – najnovije vesti iz Srbije*. <http://www.b92.net>, 4.1.2008, 14.01.2008.
- Tadić, Boris (2008): zit.n. *Radio B92* (2008): *B92 – najnovije vesti iz Srbije*. <http://www.b92.net>, 4.1.2008.
- Vreme* (2007): *Vreme*, 886, 27.12.2007, <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=554403>, 4.1.2008.
- Žarković, Dragoljub (2007): *Govor novca i govor o novcu* [Die Sprache des Geldes und die Rede über Geld], in: *Vreme*, 878, 1.11.2007, <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=522974>, 4.1.2008.

Die Bedeutung des Erdöls für die Wirtschaft und seine Rolle in der Weltpolitik

von Metin Aksoy

Der Energieverbrauch der vergangenen 100 Jahre spiegelt sowohl die rasante technische und wirtschaftliche Entwicklung, als auch das ungebremste Wachstum der Weltbevölkerung wider. Bis in die jüngste Vergangenheit nahm der Energieverbrauch, gemessen sowohl am Bevölkerungswachstum als auch am Brutto-sozialprodukt, überproportional zu. Fossile Energieträger sichern dabei den größten Teil der Energieversorgung. Allgemein wird erwartet, dass in Zukunft insbesondere Erdgas wegen seiner Umweltverträglichkeit an Bedeutung gewinnen wird. Die regenerativen Energiequellen (z.B. Solarenergie) nehmen - abgesehen von Wasserkraft - nach wie vor nur einen bescheidenen Anteil an der Gesamtversorgung ein. Alle Energiebedarfsprognosen deuten darauf hin, dass hier bis zum Jahr 2015 trotz drängender globaler Umweltprobleme kein grundlegender Wandel zu erwarten ist (Calis/Bilimi/Kimlikler 2006: 24).

Erdöl ist heutzutage der wichtigste Energieträger der Welt und wird aller Voraussicht nach auch zumindest im kommenden Jahrzehnt der wichtigste Energieträger bleiben. Erdöl entstand während der späten Jura und frühen Kreidezeit, also etwa vor 120 und 200 Millionen Jahren vor unserer Zeitrechnung. Vor allem in Flussmündungen, sauerstoffreichen und salzarmen, abgeschlossenen Meeren, Seen aber auch in Ozeanen, befindet sich das zur Erdöl-Entwicklung gewonnene Stoffgemisch aus Kohlenwasserstoffen (Plenkens 2008). Etwa 37 Prozent des Primärenergieverbrauchs werden über diesen Rohstoff gedeckt. Der Kraftstoffverbrauch für Autos, Flugzeuge und Züge hat den größten Anteil am weltweiten Mineralölverbrauch, aber auch sehr viele alltägliche Gebrauchsgegenstände, wie beispielsweise die meisten Kunststoffe, werden aus Erdöl hergestellt. Kurzum, Industriestaaten sind vom Erdöl extrem abhängig - und werden es zunehmend sein (ebd.). Bei den heutigen Preisen, Verbrauchsmengen und Lagern dürften die Vorräte an Kohle, Erdgas und Erdöl schätzungsweise noch für 150, 120 beziehungsweise 60 Jahre reichen. Bei der Erschließung neuer Vorkommen, die wahrscheinlich an höhere reale Energiepreise ge-

bunden sein werden, kann die Lebensdauer der Erdgas- und Erdölvorräte zumindest doppelt so hoch eingeschätzt werden. Falls es zu keiner Änderung der durch die Kuwait-Krise verschärften Öl- und Energiepolitik der OECD-Staaten kommt, wird der Ölverbrauch aller Prognosen nach weiterhin mit 1,5 bis 2 Prozent pro Jahr ansteigen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist jedoch die Tatsache, dass die wirtschaftlich verwertbaren fossilen Energieträger ungleich über die Gebiete auf dem Globus verteilt sind. Circa 76 Prozent der Weltölvorkommen lagern in den OPEC-Staaten, davon 63 Prozent am Arabisch-Persischen Golf (Münkler 2003: 53).

Die Vorräte am Golf können zudem zu äußerst günstigen Förderquoten gewonnen werden. Unübersehbar ist die strategische Bedeutung der Ölvorräte der Golfstaaten. Die Staaten am Golf nehmen eine absolute Schlüsselposition auf dem Exportmarkt ein, da Neuerschließungen in arktischen Regionen und in der Nordsee zur Neige gehen, neue Ölstaaten, wie Mexiko, Nigeria und Indonesien, einen hohen Eigenbedarf entwickelt haben und die USA einen außerordentlich hohen Importbedarf zu decken hat. Erdöl hat in der Weltpolitik nach dem ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle zu spielen begonnen. Die Großmächte USA, England, Deutschland und Frankreich begannen ihre Fühler nach den Energiegebieten der Welt auszustrecken. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Öl im Nahen Osten schnell und in großen Mengen gefördert: für den Wiederaufbau in Europa, als Ausgleich für amerikanische Rohölreserven, die im Krieg übermäßig beansprucht worden waren und für die militärische Vorratshaltung für einen möglichen Krieg. Der Nahe Osten war im Rahmen des amerikanischen Containments gegenüber der ehemaligen Sowjetunion geopolitisch zunehmend bedeutsam geworden. Um die eigenen Interessen zu vertreten, schlossen sich die Erdölförderländer 1960 zur OPEC (Tayyar 2007: 184) zusammen, setzten aber erst 1971 eine erste Preissteigerung durch, die international keine Beachtung fand. Als aber im Rahmen der arabischen Boykottmaßnahmen gegen Israel 1973 die Ölpreise um das Drei-

fache auf 12 Dollar pro Barrel erhöht wurden, horchte die Welt auf (Yergin 2007: 558). Unbeachtet blieb jedoch der Erfolg versprechende Versuch der Förderländer, die Ausfuhr von Rohöl mit Raffinerieprodukten zu koppeln, um die eigene Industrialisierung zu fördern.

Die Industriestaaten Deutschland, USA, Österreich, England sowie die Niederlande usw. gründeten daraufhin 1974 die Internationale Energieagentur, um eine westliche Strategie gegen das Kartell der Förderländer zu koordinieren. Folgende Ziele wurden dabei angestrebt: Erschließung von Erdölquellen außerhalb der OPEC-Länder, Entwicklung von Alternativenergien und Sparmaßnahmen. In der Folge nahm der Einfluss der OPEC-Länder auf die Erdölpolitik etwas ab. Mit der Zeit hat sich der Kampf um die Energiereserven verstärkt. Besonders im Falle Kuwaits kann festgestellt werden, dass die hintergründigen Interessen weder in der Rechtssicherung noch in der Humanität lagen. Hauptaugenmerk wurde vor allem auf Erdöl gelegt, wobei die wirtschaftlichen und militärstrategischen Interessen der Großmächte (USA, Deutschland, Frankreich, England, usw.) und der gesamten Industriestaaten vordergründig waren. Kuwait ist als wichtiger Ölstaat im Nahen Osten anzusehen. Darum liegt die Vermutung nahe, dass es eine wirtschaftliche, mehr noch, eine Machtfrage war, die über Ölpolitik ausgetragen wurde.

Die Machtfrage (ebd: 554) und der Kampf um die Energiereserven verstärkte sich mit dem gestiegenen Energiebedarf. Besonders die USA, deren Erdölverbrauch im vergangenen Jahrzehnt noch einmal um knapp 20 Prozent gestiegen ist, während dieser in Europa durch Sparmaßnahmen und die erfolgreiche Nutzung neuer Energiequellen, weniger als halb so schnell wuchs, werden nicht ohne Importe in großem Stil auskommen, wie zahlreiche Experten (Laurent Eric, Mailer Norman oder auch Daniel Yergin) betonen. Als es am 11. September 2001 zum Terrorangriff auf die Twin Towers und das Pentagon kam, setzten die USA gezielt diese Bedrohung als Mittel ein, um wiederum über sie ihre Energiedifferenz abzudecken und größeren Einfluss auf wichtige Energiereserven zu erhalten – so lautet zumindest eine These zur Außenpolitik der USA.

Dieser starken Abhängigkeit vom Öl können die USA vermutlich am sichersten durch die Kontrolle jener 76 Prozent der Weltvorräte begegnen, die unter dem Sand am Persischen Golf lagern (1). Allein der Irak verfügt über bekannte Vorräte von 112,5 Milliarden Barrel oder 32 Prozent der verbliebenen Weltvorräte

an Öl – nur Saudi-Arabien verfügt über eine größere Menge (Mailer 2003: 58). Auch der heutige Bedarf der USA lässt sich nicht durch die sicheren Lieferanten Kanada und Mexiko abdecken: Im vergangenen Jahr wurden mehr als ein Drittel der US-Erdöleinfuhren aus dem politisch instabilen Venezuela und vom Persischen Golf (Spiegel 2003: 101) eingeführt. Der Verbrauch der Erdölreserven wird nicht nur durch die etablierten Industriestaaten in Anspruch genommen, sondern in den letzten Jahrzehnten verstärkt auch durch bevölkerungsstarke Staaten wie Indien und China (Jessen 2006). Besonders im Jahr 2007 hat das Wort „Rohstoffmacht“ eine neue Bedeutung bekommen, denn im Herbst dieses Jahres erreichte der Ölpreis erstmals die Rekordmarke von 100 Dollar pro Barrel (Spiegel 2008: 156). Die Staaten auf der Welt lassen sich zunehmend in jene Länder einteilen, die Öl und Gas zu hohen Preisen verkaufen – und jene, die es kaufen müssen. Das bedeutet, dass eine beachtliche Umverteilung des Reichtums und der Macht im Gange ist (Thumann 2007).

Für die kommenden Jahre ist zu erwarten, dass die Industriestaaten noch mehr Energie brauchen werden, um ihre Wirtschaften stabil zu halten, doch dafür werden sie vermutlich auch höhere Preise zu zahlen haben. Und das birgt ein großes Potential für neue Konflikte in sich, denn es geht um die Energiereserven und wer sich Einfluss auf die Staaten sichern kann, die über solche Reserven verfügen. In diesem Sinne ist der Kampf um die letzten Gallonen entbrannt (Jessen 2007). Bereits heutzutage gibt es Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss auf Erdöl, wie das Auftrumpfen des Venezolaners Hugo Chávez und die Anbiederung Chinas an den Sudan zeigen. Und was wäre mit den Nahostkonflikten, wenn nicht die islamische Welt die meisten Ölvorräte besäße? Sie wären sofort lösbar (ebd.). Um Erdöl ist ein Machtkampf zwischen wichtigen Industriestaaten ausgebrochen, der den Schluss nahe legt, wer Erdöl besitzt, gehört zu den Mächtigen der modernen Welt.

Metin Aksoy

Ass.Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Selcuk/Türkei

Anmerkungen:

(1) <http://www.marx-forum.de/geschichte/welt/oil.html>
 „Öl ist ein besonderer Stoff. Warum Öl zum Kriegsgrund“
 (22.01.2008)

Bibliographie:

Calis, Saban H.; Bilimi Hayalet ve Hayali Kimlikler; Neo-Osmanlilik, Özal ve Balkanlar. Konya 2006

Jessen, Jens; Das Gift der Welt; Die Zeit 27.01.2007; online unter <http://www.bundestag.de/dasparlament/2006/11/Beilage/003.html>

Jessen, Jens; Das Gift der Welt; Die Zeit 27.01.2007; online unter <http://www.bundestag.de/dasparlament/2006/11/Beilage/003.html>

Jessen, Jens; Das Gift der Welt; Die Zeit 27.01.2007; online unter <http://www.bundestag.de/dasparlament/2006/11/Beilage/003.html>

Mailer, Norman,; Heiliger Krieg: Amerikas Kreuzzug; New York; 2003

Münkler, Herfried; Der Neue Golfkrieg; Hamburg 2003

Plenkers, Wiebke; Kampf um Öl, Ölreserven, Ölverbrauch, Interventionen ausländischer Mächte; Online unter http://www.hs.uni-hamburg.de/~st2b102/seminare/ws05/Plenkers_KampfumOel.pdf. (21.01.2008)

Plenkers, Wiebke; Kampf um Öl, Ölreserven, Ölverbrauch, Interventionen ausländischer Mächte; Online unter http://www.hs.uni-hamburg.de/~st2b102/seminare/ws05/Plenkers_KampfumOel.pdf. (21.01.2008)

Der Spiegel; Nr. 3/13.1.03

Der Spiegel; Nr. 4/21.01.08

Thumann, Michael; Erdöl als Waffe; Die Zeit; Online unter <http://www.zeit.de/themen/wirtschaft/maerkte/energie-maerkte/index> (17.12.2007)

Thumann, Michael; Erdöl als Waffe; Die Zeit; Online unter <http://www.zeit.de/themen/wirtschaft/maerkte/energie-maerkte/index> (17.12.2007)

Tayyar, Ari; Irak, Iran, USA und Erdöl; Istanbul 2007

Yergin, Daniel; The prize/The Epic Quest for Oil, Money and Power; Istanbul 2007

Yergin, Daniel; Istanbul 2007

Gender und Migrationskontrolle in der Region Kayes,

französischer Sudan (1900-1946),
zur Regulierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
Ordnung

von Marie Rodet

Die Beteiligung von Afrikanerinnen an den Migrationsbewegungen im Afrika der Kolonialzeit ist bis heute viel zu wenig erforscht, besonders was die ehemaligen französischen Kolonien in Westafrika betrifft (1). Aktuelle Analysen der Migration in der Region Kayes (2) im französischen Sudan (heute Mali) geben ein charakteristisches Beispiel der androzentrischen Vision der Forscher: die Migration von Frauen wird als unbedeutend erachtet oder als Begleiterscheinung der männlichen Migration übergangen (Rodet 2007). Die Geschichte der Migration in der Region Kayes zur Kolonialzeit wurde auch von Manchuelle (1997) genau untersucht. Jedoch untersucht er in seiner Analyse nur die Frage nach männlicher Arbeitsmigration, die Migration von Frauen wird erst ab den 1950er Jahren erwähnt.

Diese Feststellung regt dazu an, nach den Gründen des Schweigens über weibliche Migration zu suchen: Sind die Frauen der Region Kayes vor 1960 gar nicht oder nur sehr selten migriert, oder handelt es sich vielmehr um ein „Schweigen der Geschichte“ (Perrot 1998)?

Meist wird allein die Kontrolle männlicher Migration von der Administration als unabdingbar angesehen. Daher in den Archiven die umfangreiche Dokumentation. Um die Spuren der Migrantinnen zu finden, ist es wichtig, die kolonialen Diskurse über Migration, die Ursprung der Produktion dieser Dokumente sind, durch einen Gender-Ansatz zu dekonstruieren.

Es wird ein Zeitraum untersucht, in dem die Migrationskontrolle in der Region Kayes am intensivsten war (1900-1946). Schnittpunkte zwischen kolonialer Macht, Migrationsströmen und Gender werden reflektiert, um die geringe Sichtbarkeit der weiblichen Migrationen in den kolonialen Archiven zu verstehen.

Zunächst soll untersucht werden, in welchem Ausmaß die unterschiedlichen Kontrollmechanismen der Bevölkerungsbewegungen in der Region Kayes das Produkt einer präzisen Definition dessen sind, was koloniale Migration bedeuten kann. Insbesondere soll untersucht

werden, inwiefern die Kontrollpolitiken Frauen und Männer unterschiedlich betroffen haben und wie diese koloniale Differenzierung dazu beigetragen hat, migrierende Frauen unsichtbar zu machen. In der Folge soll festgestellt werden, in welchem Ausmaß die Migration der Frauen außerhalb oder am Rande der kolonialen Kontrolle stattgefunden hat.

Koloniale Kontrolle der Migration: Sind die Frauen durch das Raster gefallen?

Um die Arbeitsmigration und „die Stadtflucht der indigenen Bevölkerung“ („l'afflux de la population indigène“) besser kontrollieren zu können, versucht die Kolonialverwaltung seit Ende des 19. Jahrhunderts die Bewegungen der Bevölkerungen in Französisch-Westafrika (Afrique occidentale française - AOF) zu reglementieren.

Die weiblichen Migrationsströme wurden nur selten vom legislativen Rahmen berücksichtigt, da sich die Kolonialmacht nur für die Kontrolle der männlichen Arbeitsmigration interessierte. Weibliche Migration wurde zwar im Dekret vom 24. April 1928 bezüglich der Reglementierung der Bewegungsfreiheit in der AOF (3) angesprochen, jedoch in einem spezifischen Artikel zu den prinzipiellen Beschränkungen, laut derer Frauen nur mit Erlaubnis des Vaters oder des Ehemanns migrieren dürfen. Jedoch profitierten die Frauen von einer „relativen“ Bewegungsfreiheit, da einerseits im Erlass vom 12. Mai 1934 aus Französisch-Westafrika stammende Frauen von den Sanktionen der administrativen Polizei ausgenommen wurden und es andererseits unmöglich war, die Migration in allen Gebieten der AOF zu überwachen (4).

Zudem schaffte es die Kolonialverwaltung niemals wirklich kontinuierlich die Bevölkerungsbewegungen zwischen der Region Kayes und der Sénégambie zu kontrollieren. Der obsessive Fokus auf die männliche Migration verhindert das Erkennen von Migrationsformen, die nicht in dieses Analysemuster afrikanischer Migration fallen.

Der koloniale Diskurs über die afrikanischen Gesellschaften war dermaßen von der Idee durchdrungen, dass die Frauen ausschließlich der unbeweglichen Sphäre der Bräuche angehören, dass die Administration im gesamten Zeitraum davon überzeugt blieb, ein Migrant könne nur männlich und alleinstehend sein: Die Männer wurden für eine „moderne“ Arbeitsmigration in die Zentren der kapitalistischen Produktion rekrutiert, während die in den Dörfern verbleibenden und die koloniale Arbeitskraft reproduzierenden Frauen der Subsistenzwirtschaft angehörten.

Einige der Dokumente aus den Archiven zeigen jedoch auf, dass durchaus präzise Statistiken von den Migrationen nach Geschlecht erstellt wurden, jedoch verschwanden diese zugunsten einer jährlichen Statistik, welche Frauen und Männer subsumiert (5). Da die Kommentare zu den Statistiken vor allem die Migration und den Rückgang der männlichen Arbeitskraft betonen, scheint es so, als würden nur Männer migrieren. Jedoch waren Frauen viel stärker an den Migrationsströmen in der AOF der Kolonialzeit beteiligt, als es diese Dokumente vermuten lassen. Deren Unsichtbarkeit ist dem androzentrischen Analysemuster zuzuschreiben (Rodet 2006).

Migration und Arbeit der Frauen in den Kolonialstädten (1923-1946)

Die Geschichte der Kolonialstädte Afrikas, wie auch jene der Migration, bleibt von männlichen Themen dominiert: Lohnarbeit, Schule und Politik wurden lange Zeit als typisch männliche Merkmale der kolonialen Stadt angesehen. Die Unsichtbarkeit der Frauen überrascht umso mehr, als man heute weiß, wie wichtig ihre Rolle im Erhalt der Verbindungen zwischen den ländlichen und den urbanen Zonen ist (Sheldon 1996b: 8).

Das Wachsen der Bevölkerung in den „indigenen Dörfern“ lässt die Administration Verluste fürchten, zudem kommt sie mit dem „Busch“ („brousse“) nicht wirklich zurecht. Die koloniale Stadt ist kein Ort für so genannte „nicht evoluierte“ Einheimische („indigènes „non évolués“) (6), denn „im Kontakt mit der europäischen Zivilisation lebend ohne sie zu verstehen, verlassen sie ihre traditionellen Disziplinen ohne sie durch die unsrigen zu ersetzen“ („[en] vivant au contact de la civilisation européenne sans la comprendre, [ils] abandonnent leurs disciplines traditionnelles sans les remplacer par les nôtres“). Da die definitive Niederlassung der migrierenden Bevölkerung in den Städten von der Kolonialmacht

nicht erwünscht ist, werden nur nach Gelegenheit und Saison Migrationen erlaubt. Eine langfristige Besiedlung wird abgelehnt, die Kolonialverwaltung spricht vielmehr von „treibender Bevölkerung“ („population flottante“) (7). Jedenfalls ist es die männliche „treibende Bevölkerung“, welche die Administration zu kontrollieren versucht.

Die Obsession nach Kontrolle der afrikanischen Immigration in den Städten wächst mit der weltweiten Wirtschaftskrise, welche die AOF zwischen 1930 und 1934 mit aller Härte erfasst und die Kündigung einer großen Anzahl an lokalem Personal in den Unternehmen provoziert, was „zum Anwachsen der Zahl an untätigen Unerwünschten in den großen Zentren“ führt („venu grossir le nombre des oisifs indésirables des grands centres“) (8). Die Zunahme der «treibenden Bevölkerung» in den großen Städten wie Kayes oder Bamako wird von den schlechten Ernten in den Jahren 1930 und 1932 verschärft, sodass es zu den Hungersnöten um Niore und Bafoulabé kommt (9). Zwischen 1935 und 1940 soll die Bevölkerung Bamakos einen Zuwachs von 51% verzeichnen haben (Lawless 1944: 16).

In der Region Kayes kommt es zu Zwangsrekutierungen und Vertreibungen, insbesondere während des Zweiten Weltkriegs 1941-1945. 1941 werden so genannte „purgés“ (Kondensationen) der «treibenden Bevölkerung» organisiert und führen zum Verschwinden von 300 bis 400 Personen. Jedoch kann in den von diesen Säuberungen betroffenen Vierteln zwischen 1936 und 1941 nur ein einziger Bevölkerungsrückgang festgestellt werden, nämlich von 69 Frauen aus Kayes-Liberté (10). Dies beweist, dass Frauen einen wichtigen Anteil an der „treibenden Bevölkerung“ der Stadt hatten und dass bei weitem nicht nur Männer von der „Entwurzelung“ betroffen waren.

Eine Bevölkerungsanalyse des Dorfes Liberté in Kayes hat uns gezeigt, dass die „ersten Migranten“ in dieser Stadt Frauen waren (Rodet 2007). Diese Tendenz scheint sich in den 1930er Jahren zu bestätigen. 1932 leben 90 Männer je 100 Frauen in der Stadt Kayes, die Ratio beträgt 1935 87,8 Männer je 100 Frauen. 1936 leben im Viertel Kayes-Liberté und Légal-Ségou jeweils 84,8 bzw. 83 Männer je 100 Frauen (11). Diese Unterschiede könnten durch die Immigration von Saisonarbeitern nach Senegal („navétanes“) erklärt werden. Jedoch befand sich die Anzahl der „navétanes“ aus dem Sudan seit 1934 im Rückgang (12). Selbst wenn die Archive zur weiblichen Migration in den Kolonialstädten beschränkt sind,

zeigen einige Dokumente und mündliche Forschungen, die insbesondere in Kidira (Senegal) geführt wurden, dass die Frauen in der Region Kayes nicht nur in die Kolonialstädte migrieren, um ihren Ehemännern zu folgen, sondern auch um zu arbeiten und somit den Unterhalt der Familie sichern zu können.

Die Frauen spielten insbesondere beim Erhalt der landwirtschaftlichen Aktivitäten in der Stadt eine spezielle Rolle. Die Landflucht verhindert nicht den Erhalt der Landwirtschaft, im Gegenteil. Die Kolonialstädte haben sich in engem Kontakt zu den ruralen Zonen entwickelt, sodass die Grenze zwischen urbanen und ländlichen Gebieten nur ungenau gezogen werden kann. Die Landwirtschaft stellt in Kayes ein Mittel für die Frauen dar, ihren Unterhalt abzusichern und relativ unabhängig zu bleiben, mit der Selbsterstellung der Lebensmittel und den durch Verkauf erzielten Gewinnen. Somit garantiert die städtische Landwirtschaft dem Ensemble der Familie das unabdingbare Minimum. Die meisten Anstellungen in der Stadt sind Saisonarbeit und können deshalb nur eine unregelmäßige zusätzliche Einnahme konstituieren.

Die Anwesenheit von zahlreichen Arbeitskräften in den kolonialen Städten bietet für die Frauen eine Möglichkeit, im Gaststättengewerbe und in Wäschereien tätig zu werden. Einige lassen sich in den Camps nieder und stellen an die zehn Arbeiter an (13). Andere bieten am Eingang der Camps Pistazien, gegrillte Erdnüsse oder Krapfen zum Verkauf an (14). Die Arbeiter auf den kolonialen Baustellen bekommen nicht immer vom Arbeitsgeber zu Essen, was die Frauen dazu anregt, ihre Kochdienste anzubieten.

Die Frauen entwickeln in den Kolonialstädten unterschiedliche parallele Aktivitäten. Einige verdienen im Rahmen der kolonialen Arbeit, andere scheinen sich vielmehr in einem Sektor zu betätigen, der heute im Gegensatz zur kolonialen Lohnarbeit als «informell» bezeichnet werden würde. Diese Aktivitäten bleiben jedoch in Verbindung mit der kolonialen Arbeit, zum Beispiel im Falle der Essensangebote, für die Arbeiter. Die koloniale Stadt erweist sich also als eine viel komplexere wirtschaftliche Zone, als es die Kolonialverwaltung wahrhaben will. Die unterschiedlichen Aktivitäten, ob sie in die koloniale Definition der Arbeit fallen oder nicht, sind dort vernetzt und bilden einen Teil desselben wirtschaftlichen Systems.

Schlussfolgerung

Die koloniale Kontrolle der Bevölkerungsbebewegungen hat ein spezifisches Analysemuster hervorgebracht, in dem Frauen schlussendlich kaum Platz finden. Demnach ist Migration mit männlicher Arbeitsmigration gleichbedeutend.

Die Verwaltung versucht die Ströme zu organisieren, zu regulieren und sie zu kontrollieren, um ihr Ziel der Wertschöpfung durch die Kolonien zu erreichen. Diese Migrationen sollen temporär bleiben, um insbesondere in den Städten die koloniale Ordnung nicht zu gefährden, die sich auf eine dualistische, rassistische und androzentrische Ordnung der kolonialen Gesellschaft stützt.

Dieses Organisationsmodell erfasst nur kaum, dass innerhalb und am Rande dieser ideologischen Systeme fließende Räume existieren, wo sich jene entwickeln, die nicht direkt dem kolonialen Kontrollsystem unterstellt sind. Das Erforschen der Migration und der Arbeit von Frauen in den kolonialen Zentren stellt somit zahlreiche Dichotomien in Frage, welche die androzentrische koloniale Definition der Arbeit charakterisieren: formelle oder informelle, produktive oder reproduktive Arbeit, Subsistenzwirtschaft oder Kapitalismus. Die Vielfalt der von Frauen ausgeführten Aktivitäten zeigt schlussendlich, dass die Migrantinnen eine unersetzliche Arbeitskraft für die Städte darstellen. Die weibliche Präsenz unter den «treibenden» Migranten zeugt von der Beteiligung der Frauen an den Migrationsströmen.

Marie Rodet

Laboratoire SEDET

Université Paris 7 – Denis Diderot

Anmerkungen:

- (1) Es sind mir nur vier Publikationen bekannt, welche die Frage nach den weiblichen Migrationen erforschen: Cordell, Gregory et Piché (1996), Peterson (2005) und Goerg (2004 et 2005).
- (2) Dieses Gebiet entspricht in den kolonialen Archiven den Kreisen („Cercles“) von Kayes, Bafoulabé, Sata-dougou, Nioro und Kita.
- (3) Archives nationales du Sénégal (ANS) GGAOF (FM) 21 G 37(17).
- (4) Centre des archives d’outre-mer (CAOM) FM Affpol 540.
- (5) Archives nationales du Mali (ANM) Koulouba (FR) S 48; CAOM FM FOM 395; ANS GGAOF (FM) 21 G 67(17).
- (6) Die so genannten «évolués» sind AfrikanerInnen, die Zugang zu Bildung und StaatsbürgerInnenschaft besitzen.
- (7) CAOM GGAOF (FM) 21 G 49
- (8) CAOM FM CG 59 B 32.
- (9) ANM Koulouba (FR) 1 E 36; ANM Hamdallaye (FR) 1 R 2162.
- (10) ANM Koulouba (FR) 1 E 57.
- (11) ANM Koulouba (FR) 1 E 57.
- (12) CAOM GGAOF (FM) 2 G 34/34; ANS GGAOF (FM) K 162(26).
- (13) CAOM GGAOF (FM) 2 G 50/41.
- (14) Gespräch mit El Hadj Kaba Cissé. 23/11/2003. Kidira (Senegal).

Bibliographie:

- Cordell, Dennis D.; Gregory, Joel W.; Piché, Victor (1996), *Hoe and Wage, A Social History of a Circular Migration System in West Africa*, Boulder: Westview Press.
- Goerg, Odile (2004) "Femmes et hommes dans les villes coloniales: l'illusion du déséquilibre permanent", in: Denis, Philippe; Sappia, Caroline (eds.), *Femmes d'Afrique dans une société en mutation*, Louvain-La-Neuve: Bruylant-Academia, S. 27-48.
- Goerg, Odile (2005), "Les femmes, citoyennes de deuxième plan? Réflexion sur le sex ratio dans les villes en Afrique sous la colonisation", in: Chanson-Jabeur, Chantal; Goerg, Odile (eds.) (2005), *Mama Africa: Hommage à Catherine Coquery-Vidrovitch*, Paris: L'Harmattan, S. 143-168.
- Lawless, M. (1944), "La main-d'œuvre en Afrique Noire", Exposé, Action administrative en matière économique, Ecole Supérieure Coloniale, 17 Février 1944.
- Manchuelle, François (1997), *Willing Migrants, Soninke Labor Diasporas, 1848-1960*, Athens: Ohio University Press; London: James Currey Publishers.
- Perrot, Michelle (1998), *Les Femmes ou les silences de l'Histoire*, Paris: Flammarion.
- Peterson, Brian J. (2005), *Transforming the Village: Migration, Islam and Colonialism in French Southern Mali (West Africa), 1880-1960*, Ph.D. Dissertation, Yale University.
- Rodet, Marie (2006), "C'est le regard qui fait l'histoire. Comment utiliser des archives coloniales qui nous renseignent malgré elles sur l'histoire des femmes africaines", in: *Terrains et Travaux* 10, S. 18-35.
- Rodet, Marie (2007), "Migrants in French Sudan: Gender Biases in the Historiography", in: Falola, Toyin; Afolabi, Niyi (eds.), *Trans-Atlantic Migration: The Paradoxes of Exile*, New York: Routledge.
- Sheldon, Kathleen (1996b), "Introduction: Urban African Women: Courtyards, Markets, City Streets", in: Kathleen Sheldon (ed.) (1996a), *Courtyards, Markets, City Streets, Urban Women in Africa*, Oxford: Westview Press, S. 3-30.

Europa auf Einkaufstour in Afrika

von Meropi Tzanetakis

Vom 20. Januar bis zum 10. Februar fand in Ghana der Africa Cup of Nations 2008 statt. Dabei kämpften 16 Nationalteams um einen Pokal, den Rekordchampion Ägypten zum sechsten Mal gewinnen konnte. Vergleichbar ist dieser Wettbewerb mit der Europameisterschaft, die im Juni dieses Jahres auf uns wartet. In der Kontinentalmeisterschaft spiegelt sich eine Entwicklung wider, die im gesamten afrikanischen Fußball beobachtet werden kann: Waren lange Zeit Schlagworte wie nationale Ehre und afrikanische Einheit dominant, sind es heute Begriffe wie Marketing des Produkts Fußball und Professionalisierung des Spielbetriebes, die mit der Entwicklung des afrikanischen Fußballs assoziiert werden (Wachter 2005: 128f.).

Vorangetriebene Kommerzialisierung

Die steigende wirtschaftliche Bedeutung des Africa Cup of Nations 2008 wird schon am eigens dafür entwickelten Spielball sichtbar. Der erste offizielle Fußball der Afrikameisterschaft ist in den kräftigen Farben gelb, rot, grün und schwarz gehalten. Damit steigt die Kontinentalmeisterschaft in Afrika in den Olymp der Wettbewerbe mit je einem eigens kreierten Spielball auf. Bisher zählten die Welt- und Europameisterschaft dazu. Genauso wie der Spielball ist der Afrika-Cup insgesamt als ein farbenprächtiges Spektakel inszeniert, doch dahinter verbergen sich geschickte Vermarktungsideen, die zu einer zunehmenden Kommerzialisierung des afrikanischen Fußballs beitragen sollen. Beispielsweise überträgt der paneuropäische Sportsender Eurosport live und exklusiv die Matches vom Eröffnungsspiel bis zum Finale (1). Schließlich sind zu einer Zeit, wo in Europas Fußball-Ligen zumeist Winterpause ist, TV-KonsumentInnen durchaus gewillt, afrikanische Stars von Chelsea, Barcelona oder Arsenal zu sehen.

Professionalisierung des afrikanischen Fußballs

Die Professionalisierung des afrikanischen Fußballs wird hingegen durch den Export von Profispielern und den Import von Trainern bestimmt. Zahlreiche Talente zieht es förmlich ins Ausland: Dorthin, wo ein besseres Leben möglich ist und die Familie finanziert werden kann. In den etablierten afrikanischen Natio-



nalmannschaften wie der Elfenbeinküste, Ghana, Kamerun, ist kaum mehr ein Spieler in den heimischen Ligen tätig. Von den 368 Spielern, die zum Africa Cup of Nations angetreten sind, waren zum Turnierstart 55 Prozent bei europäischen Klubmannschaften unter Vertrag – herausstechend war dabei Frankreich mit 54 und England mit 41 Spielern. Weit abgeschlagen beschäftigte Deutschland 14 Akteure, gefolgt von Portugal mit 12 und der Schweiz mit elf Profispielern. In Österreich war übrigens kein einziger am Afrika-Cup teilnehmender Nationalspieler tätig. Lediglich 40 Prozent der afrikanischen Nationalspieler waren in afrikanischen Ligen unter Vertrag. Auffallend waren Südafrika, das 28 Nationalspieler beschäftigte, sowie der Sudan, wo 24 Profifußballer spielten und Ägypten, das 21 Akteure verpflichten konnte. Wenn zusätzlich die nationale Zugehörigkeit der Trainer der Teilnehmer am Afrika-Cup ermittelt wird, schaut das Bild folgendermaßen aus: Rund drei Viertel (elf von 16) der Nationaltrainer sind Europäer, vier stammen aus Afrika und einer aus Brasilien (2). Bei der Analyse der Zahlen wird deutlich, dass Europa eine führende Stellung beim Import von Spielern aus Afrika und beim Export von Trainern hat. Europa scheint aus

zwei Gründen ein begehrtes Ziel zu sein: wegen der kolonialen Vergangenheit und da hier der finanzielle Reichtum konzentriert ist. In den absoluten Zahlen der afrikanischen Nationalspieler, die bei europäischen Vereinskmannschaften unter Vertrag stehen, spiegeln sich die ehemaligen Kolonialverhältnisse (mit Ausnahme der Schweiz) wieder: Einerseits entließen England, Frankreich und Portugal ab den 1950er Jahren ihre Kolonien in die Unabhängigkeit; Deutschland musste nach dem Versailler Vertrag seine Kolonien bereits 1919 abtreten. Andererseits standen im Jahre 2008 ein Drittel aller zum Afrika-Cup angetretenen Nationalspieler in den jeweiligen europäischen Ligen dieser Länder unter Vertrag. Hinzu kommen jene Fußballprofis, die zwar in Afrika geboren sind, doch mittlerweile die Staatsbürgerschaft ihres ehemaligen Kolonialstaates angenommen haben und mittlerweile anstatt für die Elfenbeinküste, Kamerun oder Tunesien zu spielen, für die Nationalmannschaften von Frankreich, Portugal oder Belgien auflaufen. Die Verbindungen zu den ehemaligen Kolonien wurden also nicht gekappt.

Die Kontinuität (post-)kolonialer Abhängigkeit von Europa zeigt sich durch die Abwanderung talentierter Spieler und durch das Fehlen von Infrastruktur zum Aufbau nationaler Ligen. Fußball kann als direktes Erbe des Kolonialismus und eines europäischen Kulturimperialismus betrachtet werden. Dies bedeutet wiederum nicht, dass Fußball per se bestehende Herrschaftsverhältnisse bekräftigt und auf diese Weise ein koloniales Projekt weitergeführt wird, denn diese Sportart bietet durchaus Potential für Emanzipation und Eigenständigkeit (Wachter 2005: 117f.). Außerdem können die zunehmende Kommerzialisierung und Verkaptalisierung des afrikanischen Fußballs als Gefahr einer Ausbeutung, gleichzeitig aber durch die enormen Finanzströme als Chance, eine gewisse Selbstständigkeit zu erlangen, gesehen werden.

Weitere Anreize für afrikanische Fußballer in europäischen Vereinen zu spielen, sind die Finanz- und Umsatzstärke der europäischen Ligen und zwar deshalb, weil die Klubs höhere Spielergehälter, Prämien und Provisionen zahlen können. Generell macht Europa attraktiv, dass mensch sich hier im Vergleich zu einigen afrikanischen Staaten nicht um das tägliche Überleben sorgen muss. Die fünf weltweit führenden Ligen sind die englische Premier League (mit einem Gesamtwert von 2,9 Milliarden Euro), die spanische Primera Division (Gesamtwert 2,4 Mrd. Euro), die italienische Serie A (2 Mrd. Euro), die deutsche 1. Bun-

desliga (1,4 Mrd. Euro) und schließlich die französische Ligue 1 (1,3 Mrd. Euro) (3).

Bei den afrikanischen Ligen stellt der Sudan, welcher viele Jahre in der massenmedialen Berichterstattung durch bürgerkriegsähnliche, bewaffnete Auseinandersetzungen und Hungersnöte auf sich aufmerksam machte, eine Ausnahme dar. In diesem Staat sind sämtliche Nationalspieler im eigenen Land tätig, genauso ist auch der Nationaltrainer ein Sudanese. Die Gründe dafür sind noch unerforscht, doch dürfte die gut organisierte nationale Ligenstruktur mit ausschlaggebend sein. Mit Ausnahme von Ägypten, Tunesien, Marokko und Südafrika fehlt es den afrikanischen Klubmannschaften jedoch schlicht an finanziellen und infrastrukturellen Voraussetzungen zur Etablierung von nationalen Meisterschaften und regionalen Wettbewerben (Wachter 2005: 129f.). Doch vielleicht gibt der erneute Titelgewinn von Ägypten, wo zu Turnierbeginn lediglich fünf Spieler im Ausland tätig waren und zudem der Nationaltrainer Ägypter ist, dem Land weiterhin sportlichen und ökonomischen Auftrieb.

Sprungbrett nach Europa

Doch abseits vom friedlichen Spiel von 22 Männern um einen Ball bietet die Afrikameisterschaft, die jenseits von ökonomischen und politischen Krisen in Afrika stattfand, auch eine Bühne für aufstrebende Talente, sich für europäische Klubmannschaften zu empfehlen. Erfolgreiche Beispiele sind Weltstars wie Didier Drogba (Elfenbeinküste; Chelsea), Samuel Eto'o (Kamerun; Barcelona), Michael Essien (Ghana; Chelsea), Mahamadou Diarra (Mali; Real Madrid), Emmanuel Eboué (Elfenbeinküste; Arsenal), Obafemi Martins (Nigeria; Newcastle) oder Yaya Touré (Elfenbeinküste; Barcelona); sie alle haben es an die Spitze der Gehaltspyramide geschafft und verdienen sich ihre Brötchen bei europäischen Spitzenmannschaften. Auf der anderen Seite des Marktes halten viele europäische Vereine Ausschau nach talentierten Spielern und lassen das spielerische Geschehen beim Afrika Cup durch Talentscouts beobachten. Gefragt sind nicht nur komplette Profis, sondern auch junge Spieler, die erst ausgebildet werden müssen, dafür aber ab dem 18. Lebensjahr mit langfristigen Profiverträgen an den Verein gebunden werden können. Das Interesse von europäischen Klubmannschaften an begabten, afrikanischen Spielern hängt damit zusammen, dass sie im Verhältnis zu europäischen für weniger Geld zu verpflichten sind und vor allem die Gehaltskosten wesentlich niedriger ausfallen.

In letzter Zeit boomt jedoch eine andere Art von Beobachtung junger Talente, die vor allem systematisches Vorgehen möglich macht, nämlich die Fußball-Akademien. Diese Fußballschulen bilden zumeist in Kooperation mit europäischen Vereinen Jugendliche für den Bedarf der europäischen Fußballklubs aus (Hödl 2005: 31). Die Selektion ist sehr hart und richtet sich nach herausragendem Fußballspiel und Anpassungsfähigkeit. Wer nicht zu den Ausnahmekönnern aufschließen kann, der hat immerhin noch eine Chance im fußballerischen Mittelmaß. Einerseits bekommen die Teenager in den offiziellen Akademien nicht nur eine fußballerische, sondern zumeist auch eine schulische Ausbildung und medizinische Betreuung. Andererseits werden auf diese Weise Kinder ihrer Familien und dem sozialen Umfeld entrissen, vor allem, wenn die Fußballschulen hunderte Kilometer vom Wohnsitz entfernt sind. Doch mehreren Hunderttausenden bleibt der Traum von einem besseren Leben durch einen Profivertrag in Europa verwehrt. Die Kalkulation der Betreiber hingegen ist einfach, denn bei niedrigen Investitionskosten wird eine hohe Rendite abgeworfen, sobald sich nur einer von Dutzenden durchsetzt, also für gutes Geld nach Europa verkauft werden kann. Obendrein sind diese Akademien das erste Glied einer Kette, wo es um Profitmaximierung mittels Handel (also via Transfer) mit der Spielerware geht.

Ein Beispiel für eine solche Fußball-Schule ist die Akademie des Spitzenclubs der Elfenbeinküste, ASEC Mimosa (4), die 1993 gegründet wurde. Beachtliche zwölf von 23 aktuellen Nationalspielern der Elfenbeinküste absolvierten diese Akademie: Kolo Touré, Emmanuel Eboué (Arsenal), Salomon Kalou (Chelsea), Yaya Touré (Barcelona), Arthur Boka (Stuttgart), Didier Zokora (Tottenham), Bakary Kone (Nizza), Aruna Dindane (Lens), Romaric, Gervinho (Le Mans), Siaka Tié (Saint-Etienne) und Boubacar Barry (Lokeren) (5). ASEC hat sich damit außerhalb Afrikas als Exporteur von fußballerischem Rohstoff nach Europa einen Namen gemacht, stehen doch sämtliche dieser Fußballer bei europäischen Clubs unter Vertrag. Einige haben es über Zwischenstationen bei kleineren Vereinen (die in der Regel über einen Kooperationsvertrag mit den afrikanischen Akademien verfügen - im Falle von ASEC war es KSK Beveren aus Belgien) in Europa zu Ruhm und Ansehen gebracht und hoch dotierte Verträge mit europäischen Spitzenvereinen abgeschlossen, andere sind auf dem Sprung dorthin.

Ein anderes Beispiel ist das von einem der Top-Stars des Afrika-Cups, nämlich des heute 26-jährigen Samuel Eto'o aus Kamerun, der bereits als 13-jähriger von der Kadji Sports Academy (6) ausgebildet und im Alter von 16 Jahren im Anschluss an eine Tour durch Spanien von Real Madrid unter Vertrag genommen wurde. Doch in Madrid konnte er sich nicht durchsetzen und so wurde er mehrfach ausgeliehen (CD Leganes, Espanyol Barcelona, RCD Mallorca - alle aus Spanien) um Spielpraxis zu sammeln. RCD Mallorca verpflichtete Eto'o, doch blieben 50 % der Transferrechte bei Real. Nach langwierigen Verhandlungen - Real Madrid und RCD Mallorca besaßen je zur Hälfte die Transferrechte - wurde Eto'o schließlich 2004 für 24 Millionen Euro an den FC Barcelona verkauft. Eto'o wurde zwischen 2003 und 2005 Afrikas Fußballer des Jahres und zudem 2005 Torschützenkönig der Primera Division (7).

Eine andere Option für Fußballspieler besteht darin, von einem kleineren Verein in Europa verpflichtet zu werden, in der Hoffnung von einem größeren, besseren, finanzkräftigeren Verein „entdeckt“ zu werden. Doch bis zu den Top-Klubs schaffen es nur wenige und ein guter Spielervermittler kann dabei auch hilfreich sein, der im Gegenzug bis zu 50 Prozent des Gehaltes beansprucht (Hödl 2005: 32). Einer, der es über zahlreiche kleinere zu einem angesehenen Verein geschafft hat, ist der mittlerweile 29-jährige Ivorer Didier Drogba. Zu Beginn seiner Karriere spielte er bei Le Mans und Guingamp, ehe er 2003 zu Olympique Marseille (alle drei aus Frankreich) wechselte und dort mit zahlreichen Toren auf sich aufmerksam machte. Damit wurde er für europäische Spitzenvereine interessant und schließlich 2004 von Chelsea London für 33 Millionen Euro gekauft, wo er bis heute erfolgreich tätig ist. Drogba wurde 2006 nicht nur Afrikas Fußballer des Jahres, sondern auch Torschützenkönig der Premier League (Lovejoy 2006).

Profitmaximierung

Für männliche Jugendliche in Afrika scheint es, dass sie sich durch ihr fußballerisches Talent ein besseres Leben unter sichereren Lebensverhältnissen in Europa ermöglichen können. Die Herkunftsverhältnisse spielen dabei keine Rolle. Damit lastet auf den Teenagern nicht nur die Verantwortung über die Finanzierung ihrer Familien, sondern gesamtgesellschaftliche Probleme werden auch auf die individuelle Ebene verlagert. Fußball-Akademien produzieren künftige Profispieler für den globalen Markt, ohne dabei die lokalen Strukturen (Bildungssystem, Arbeitsplätze, Rohstoff-Vertei-

lung) zu verändern. Sozialer Aufstieg wird für einige Individuen durch das System der Fußball-Schulen garantiert, doch die breite Masse geht leer aus. Nicht einmal alle Talente, die in die offiziellen Akademien in Afrika aufgenommen werden, können damit ihr Leben, geschweige denn das ihrer Familien, erhalten. Anders schaut es für die finanzkräftigen Vereine und die Spielervermittler in Europa aus. Für sie ist das Geschäft mit dem afrikanischen „Rohdiamanten“ eine win-win-Situation: Die Investitionen sind bei weitem niedriger als der Handel mit dem Spielermaterial an Profit erwarten lässt. Gewinn in Form von vergleichsweise niedrigeren Gehältern, oder auch durch den Transfer eines Spielers zu einem anderen finanziell stärkeren Verein.

Meropi Tzanetakis

Redaktionsmitglied und Dissertantin am ipw

Anmerkungen:

- (1) Url: <http://de.eurosport.yahoo.com/fussball/afrikacup/> (4.2.2008)
- (2) Hierzu wurde eine eigene statistische Erhebung durchgeführt, nämlich bei welchen Vereinsmannschaften die Nationalspieler des Afrika-Cups unter Vertrag stehen. Die Vereine wurden im Hinblick auf Land und Kontinent ausgewertet. Die Cheftrainer wurden auf die gleiche Weise nach ihrer nationalen Herkunft gelistet. Rohdaten bezogen von <http://www.transfermarkt.de/de/pokalwettbewerb/afc/2007/uebersicht/default/startseite.html> (22.1.2008) und <http://www.kicker.de/news/fussball/intligen/startseite/artikel/374108>, vom 17.1.2008 (22.1.2008).
- (3) http://www.transfermarkt.de/de/international/2007/int/uebersicht/menue_international/startseite.html (5.2.2008)
- (4) Url: <http://www.asec.ci/> (5.2.2008)
- (5) Url: <http://www.transfermarkt.de/> (5.2.2008)
- (6) Url: <http://www.kadjigroup.com/ksa.htm> (3.2.2008)
- (7) Url: <http://www.samueletoo.net> (3.2.2008)

Bibliographie:

- Hödl, Gerald (2005): Zur politischen Ökonomie des Fußballsports. In: Fanizadeh, Michael/ Hödl, Gerald/ Manzenreiter, Wolfram (Hg.): Global Players – Kultur, Ökonomie und Politik des Fußballs, 2.Aufl., Frankfurt/Main: Brandes& Apsel Verlag, 13-35.
- Lovejoy, Joe (2006): 'In English football people don't like it sometimes when you tell the truth'. In: The Sunday Times, Url: <http://www.timesonline.co.uk/tol/sport/football/article1265354.ece>, vom 31.12.2006, (2.2.2008).
- Wachter, Kurt (2005): Fußball und (Post-)Kolonialismus in Afrika. In: Fanizadeh, Michael/ Hödl, Gerald/ Manzenreiter, Wolfram (Hg.): Global Players – Kultur, Ökonomie und Politik des Fußballs, 2.Aufl., Frankfurt/Main: Brandes& Apsel Verlag, 117-132.

A Political (and Economic) Struggle Over the Study of Political Science:

The Perestroika movement for diversity and transparency within the American Political Science Association

by Harold Otto

How would a political scientist classify a powerful institution directed by a self-selected committee? Is this institution authoritarian? Dictatorial? Surely, not a model of transparent, democratic governance! However, this institution, the American Political Science Association (APSA), describes itself as the "leading professional organization for the study of political science" and "serves" more than 15,000 members in over 80 countries. This article will briefly describe an insurgent movement of political science scholars that demanded "perestroika and glasnost" in what they called an "Orwellian" world of APSA ruled by a narrow band of adherents to math-based political science (e.g. rational choice, game theory and positive political economy).

From its base in Washington, D.C., the world capital of democracy-building experts, the APSA has defined, since 1903, the political science discipline in the USA. More than a simple association of scholars, the APSA's self-appointed executive council shapes "acceptable" political science research through such tools as setting editorial direction for the academic journal *American Political Science Review* (APSR). Publication in the APSR virtually assures a rare job at a major PhD granting university and advances the reputation important for receiving research grant money. The APSA also runs the biggest job-placement service in political science, holds annual conventions (almost 7,000 scholars attended its 2007 convention in Chicago), organizes special insurance for its members and even provides discounted car rental. However, the APSA had retained an archaic governance strangely immune to broader social forces, e.g. until 2003, 80 APSA presidents had been men, only three had been women.

An unexpectedly powerful movement for change began on 15 October 2000, when an anonymous email with the subject line "On the irrelevance of APSA and APSR to the study of Political Science!" called for a "dismantling

of the Orwellian system that we have in APSA" and "a true Perestroika" in the political science discipline. The post was forwarded widely among political science scholars and became the manifesto of the Perestroika movement that has changed the APSA and, perhaps, the political science profession in the USA.

This initial email was not a coherent scholarly argument but instead posed 11 angry questions criticizing APSA's lack of diversity and the bias towards mathematical methodology and game theory that "dominate and control" the APSA and its premier journal, the *American Political Science Review* (APSR). The questions included specific policy complaints: "Why isn't APSR subscription made separate from the APSA membership so that [...] the true political scientists can devote their money to buying the more important regional journals?" Another question raised general leadership issues: "When are you going to offer the APSA presidency to Benedict Anderson or Charles Tilly or Richard Falk or Susanne Rudolph or Ari Zolberg or James C. Scott or Theda Skocpol who are more representative of our discipline than the 'coterie' that runs APSA?" One question went to a deeper issue that stains all social science disciplines in the United States: "Why are the overwhelming majority of Presidents of APSA or editorial board members of APSR WHITE and MALE? Where are the African-Americans, Hispanics, Women, Gays, Asians—in short, where is the diversity of United States and the world that APSA 'pretends' to study—is somebody afraid that APSA will slip out of their hands???" (1)

The writer (or writers?) of the initial email used the pseudonym, Mr. Perestroika, and would not reveal whether the author was male, female or a group of activists. Mr. Perestroika resolutely refused to become a "vanguard leader" or even endorse the selection of a group of "vanguard activists" to lead the storming of American political science's "Winter Palace". After the widely circulated initial email provoked many responses, the mysterious Mr.

Perestroika started a moderated Yahoo mail list group, *perestroika_glasnost_warmhome* simply self-identified as “an inclusive forum” “for a liberal, diverse, methodologically plural political science.” Many who posted on the forum used pseudonyms because they were associate professors, lecturers or graduate students afraid of retaliation if they openly attacked the hegemony of math-based political science. The diverse criticisms that emerged on the email forum were generally aimed at two targets: APSA’s lack of tolerance for methodological diversity and APSA’s opaque governance. This struggle was more than simply ‘political’; for many scholars uninterested in rational choice theory and statistics, the movement touched on material interests: their possibilities for non-precarious employment and research grants depended on a change in the system.

Two months after the initial email sparked a firestorm of complaints against APSA, the various “Perestroikian” concerns were refined by Yale professor Rogers Smith into a letter openly cosigned by several hundred tenured professors. The letter protested the APSA’s non-competitive elections and publication criteria that seemed to favor mathematical methods. National media such as *The New York Times* and *The Chronicle of Higher Education* began to report on the “revolution” within the political science discipline. Eight months later at the 2001 APSA annual convention, the APSA’s president-elect Robert Putnam participated in the first public (non-cyber) meeting of the Perestroika activists. The APSA Council responded to one particular concern in the original Perestroika email and selected Theda Skocpol to become the APSA president-elect (her term began in September 2002). Perestroika supporters began to be appointed to various APSA committees. A new APSA journal, *Perspectives on Politics*, began to promote more methodological diversity. In 2003, Skocpol was followed as APSA President by the Perestroika activist Susanne Hoeber Rudolph (whose candidacy was enthusiastically supported by the APSA women’s caucus, black caucus, Hispanic caucus and lesbian and gay caucus). In August 2003, a successful challenge to APSA’s governance structures allowed members not selected by the official nomination committee also to be candidates for the executive council.

Resistance to the Perestroika movement soon emerged. In a March 2003 *Politics & Society* essay, Stanford Professor David Laitin wrote, “It would be convenient to write off this quasi-

coordinated attack on the scientific turn in the study of society, calling its proponents Lud-dites. Indeed, their abhorrence of all things mathematical—and their typical but useless conflation of statistical and formal reasoning—reveals a fear of the modern.” (Laitin 2003, 163)

However, Perestroika activists did not “abhor all things mathematical” but simply did not believe that all things were mathematical. Political science should be seen as a wide field that includes diverse modes of analysis. Perestroika advocates did not intend to exclude mathematics from political science but when Laitin charged they did not have “an alternative view for the discipline”, they simply responded that the discipline should not have one unified view.

An example of the Perestroika movement’s openness to views from across the right-left spectrum was the 2004 insurgent candidacy for APSA Council by Harvard Professor Harvey Mansfield, a self-described conservative theorist notorious for his opposition to multiculturalism and feminism. Mansfield’s polemical books, such as *Manliness* (2006), cover issues unsuitable for regression analysis, game theory or rational choice models. In his election statement, Mansfield notes that his friends in the Perestroika movement inspired his candidacy by petition and, in particular, he believes that “political science cannot and ought not to be as formal and exact as is required for mathematical demonstration”. He opposes the idea that political theorists “are less realistic, or even less empirical, or to go one better, less scientific, than other political scientists.” (2)

A different criticism of the Perestroika movement notes that the necessary opening to diversity in APSA did not occur simply because of Perestroika activists. Some scholars argue that the APSA generally follows US government interests. (3) The August 2001 convention when Perestroika held its first public forum was followed by the September 11 terrorist attacks. Scholars (and, perhaps, most important, government institutions that fund researchers) now had stark evidence that rational choice and statistical modeling did not provide as useful insight into political life as studies considering history and culture and religious belief.

The 2004 APSA Council elections indicated how the Perestroika critics had changed the nature of the APSA governance. The nominating committee noted their own diversity

and, in particular, their selection criteria included factors such as "gender, age cohort, racial and ethnic identifications". Professor Rogers Smith, the author in 2001 of the first openly signed letter criticizing the APSA, was now an official APSA nominated candidate to their executive committee. Five other officially nominated candidates used "Perestroikian phrases" when promising to make APSA policy "more inclusive, relevant, effective, and engaged in contemporary problems facing political scientists and the world", to "work to make our profession more inclusive" and to "advocate methodological pluralism and diversity in APSA". (4) The APSA Council had a resolution "encouraging nominating committees, wherever possible, to avoid selecting a nominee for President of the same gender for more than two consecutive years." (5)

Has continental European political science (outside the Anglo-American tradition) faced criticisms similar to the Perestroika movement in the USA? In 2000, a group of French doctoral students in economics started the "post-autistic economics" movement that also criticizes the overmathematization of a social science discipline. On their website (6), they proclaim solidarity with their "sister movement" Perestroika and provide links to reports on the Perestroika movement. However, Europe has not had a struggle within the political science discipline similar to Perestroika. Unlike the Anglophone world that allows easy circulation of scholars and scholarship over multiple institutions stretching from Australia to Scotland, continental Europe's diverse national academic traditions and distinct scholarly languages have helped prevent dominance of hegemonic schools of thought. Nevertheless, if the English language increasingly becomes the de facto scholarly language of social science, if the Bologna process standardizes (and homogenizes?) university education across Europe, if the European Commission becomes the principle source of research funding and if publication in the *European Journal of Political Research* becomes the standard for acceptable political science, then perhaps someday an anonymous, angry scholar will write a provocative email that will spark a European movement for diversity within the political science discipline.

This article has described the Perestroika movement that resisted the dominance of math-based political theory and that pressured the APSA to become more diverse, more responsive and more relevant to issues facing society. However, has the "Perestroika movement" re-

mained relevant to political science scholars? A "quantitative" study of archived postings on the Yahoo mailing group *perestroika_glasnost_warmhome* may measure its importance to current debates in political science. In its first two months (November–December 2000), 112 posts were sent; seven years later (November–December 2007), only one post was sent. (7) This decline of postings could indicate that scholars sharing Mr. Perestroika's concerns no longer need to find community within a Yahoo mailing group, but have found a warm home somewhere within the APSA's wide-ranging structures. Sometimes, storming the Winter Palace can have positive results.

More information and varied perspectives on the Perestroika movement can be found in: Monroe, Kristen Renwick (ed. 2005): *Perestroika! The Raucous Rebellion in Political Science*, New Haven, Yale University Press.

Harold Otto

hat Politikwissenschaft in den USA studiert und ist Dissertant am ipw

Anmerkungen:

- (1) The original email may be seen at <http://www.psci.unt.edu/enterline/mrperestroika.pdf>, 9 February 2008.
- (2) http://www.apsanet.org/content_8129.cfm, 9 February 2008.
- (3) see Ida Oren (2003): *Our Enemies and Us: America's Rivalries and the Making of Political Science*, Ithaca: Cornell University Press.
- (4) http://www.apsanet.org/section_620.cfm, 9 February 2008.
- (5) http://www.apsanet.org/content_46360.cfm, 9 February 2008.
- (6) <http://www.paecon.net/Perestroika.htm>
- (7) http://groups.yahoo.com/group/perestroika_glasnost_warmhome/, 9 February 2008.

Bibliographie:

Laitin, David D. (2003): *The Perestroikan Challenge to Social Science in Politics & Society*, vol. 31: p. 163–184.

Global Conflicts Palestine

**Hat da jemand Krieg und Frieden erwähnt?
Der wahre Konflikt ist viel komplexer ...**

von Maximilian Wollner

Computerspiele zum Zweck politischer Bildung sind definitiv im Kommen. Im Zuge der Rezension des PeaceMaker Games für Politix 24 stieß ich über eine Vielzahl anderer politischer Spiele alleine rund um Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Manche davon sind echte „Bildungsspiele“ und erinnern an das selige Matheblaster aus Volksschulzeiten – immer mehr Spiele jedoch bieten eine dem Genre entsprechende Ästhetik, Spannung und Action. Das dänische Spiel Global Conflicts Palestine ist ein solches.

Als motivierter junger JournalistIn, wahlweise eine Amerikanerin jüdischer Abstammung oder ein Amerikaner palästinensischer Abstammung, wird man mitten in den Konflikt geworfen. Vor Ort versucht man, in 3D-Szenen an sechs typischen Schauplätzen, Informationen zu recherchieren und für Zeitungsartikel unterschiedlicher Ausrichtung zusammenzufassen. Das Spiel ist zu einem Großteil interaktiv, der Verlauf jeder Szene nicht linear vorgegeben, sondern wird durch die Aktionen des/der SpielersIn beeinflusst. Stellt er/sie sich seinen/ihren InterviewpartnerInnen gegenüber gut, bekommt er/sie manch eine Information mehr, vielleicht aber auch manch eine andere weniger. Insofern lädt das Spiel zum Ausprobieren ein, man möchte eine Mission mehrmals spielen, mit anderem Verhalten und den unterschiedlichen Handlungsverlauf vergleichen. Auch in der Spielsituation gilt es, überlegt zu handeln. Der Speicherplatz für verwertbare Zitate ist beschränkt, die Interviews nicht wiederholbar. Jeder Satz der GesprächspartnerInnen muss beurteilt und gespeichert oder verworfen werden. Und oft muss überlegt werden: „Nehme ich jetzt dieses Zitat oder kann ich noch etwas besseres herauskitzeln?“

Die beobachteten Szenen entsprechen dem israelisch-palästinensischen Alltag: Militärrazzien, Checkpoints, Selbstmordattentate usw. Inhaltlich setzt Global Conflicts Palestine dort fort, wo The PeaceMaker Game aufgehört hat (siehe Rezension im Politix 24/2007). Hat man dort eher die Metaebene gespielt und Weltpolitik betrieben, ist man hier ganz nah an den Menschen, an schwangeren Palästinenserinnen, die zu einem israelischen Arzt wollen, aber nicht in die Stadt dürfen oder an jungen



israelischen Rekruten, die eine Militärrazzia vorbereiten und eigentlich viel lieber an einem ganz anderen Ort wären und einen beneiden. Hat man dort recht bald und schnell die Lösung des Konflikts in gegenseitiger Kooperation gefunden, stellt sich hier die hohe Komplexität viel besser dar, erkennt man wie vertrackt und verzweifelt die Lage ist und wie viele zivile Personen beider Seiten sich gezwungen sehen, in einem System Rollen zu spielen, die sie nicht befürworten aber zu ihrer eigenen Sicherheit spielen müssen.

Global Conflicts Palestine ist also ernsthafter und lehrreicher als etwa das PeaceMaker Game; und die Spielschmiede Serious Games Interactive will das Konzept ausbauen. Dazu passt, dass man ganze Schul- oder Klassenzimmerlizenzen des Spiels anbietet, eine Fülle an redaktionell aufbereitetem Material für den begleitenden Unterricht und bereits in zahlreichen Ländern Versuche und Evaluierungen durchgeführt hat und durchwegs auf gutes Feedback von SchülerInnen wie LehrerInnen gestoßen ist und einen Wissensanstieg verbuchen konnte. Die Firma möchte das Konzept fortführen und künftig weitere politische Themen in Spiele umsetzen, technisch immer am Puls der Zeit – man darf also gespannt sein.

Das Spiel ist um zwanzig Euro als Einzellizenz auf der Homepage (www.globalconflicts.eu) erhältlich, läuft auf PCs und Macs, die nicht älter als drei Jahre sein sollten, und ist in dänischer, deutscher oder englischer Sprache spielbar.

Maximilian Wollner

Politix. Asterix und Politik

von Maximilian Wollner

Interessiert man sich für die Politik des Römischen Reiches, so ist man glücklicher Lage. Nicht nur gibt es eine Fülle an gut erhaltenen, oft übersetzter und kommentierter Primärliteratur aus der Zeit selbst, nein, auch lässt sich eine Masse an Sekundärliteratur aus vielen Jahrhunderten und vielen Wissenschaften dazu finden. Interessierten bietet sich von Cäsar bis hin zu modernen AutorInnen eine Fachliteratur, in welcher viele Fragen bis ins kleinste Detail behandelt und immer wieder neu gestellt, kritisiert und anders beantwortet wurden. Diese Fülle an Literatur mag der heute kaum mehr vorstellbaren Größe des Römischen Reiches gut entsprechen. Schließlich war etwa im Jahre 50 vor Christi Geburt ganz Gallien von den Römern besetzt. Ganz Gallien? Nein! Ein von unbeugsamen Galliern bevölkertes Dorf hört nicht auf, dem Eindringling Widerstand zu leisten ...

Mit *Politix. Asterix und Politik* legte Keijo Karjalainen, studierter Politikwissenschaftler und im finnischen Außenministerium tätig, 2006 ein mit vielen Augenzwinkern geschriebenes und kundigen LeserInnen ein Lächeln ins Gesicht zauberndes Werk vor, das sich endlich vieler ungeklärter Fragen nach der Politik im Dorfe Asterix' widmet und jene Antworten Schwarz auf Weiß gibt, welche die LeserInnen der Comics bislang nur unscharf vermuten konnten. Dabei geht Karjalainen durchaus gründlich vor und analysiert zunächst einmal die Exekutive, Legislative und Verfassung des namenlosen Dorfes nahe der Atlantikküste Galliens. Viele Feststellungen Karjalainens zeigen, dass politische Macht zeitlosen Mustern unterworfen ist; etwa wenn er den zunehmenden Macht- und Einflussverlust des Häuptlings analysiert und feststellt, dass andere Interessengruppen längst starken Einfluss auf die Politik des Dorfes haben. Erstmals liegt auch eine aufgrund der Untersuchung der Innenpolitik vom Autor geschriebene und kommentierte Verfassung des Dorfes in zwölf Paragraphen vor. Doch bleibt der Autor nicht allein bei den Merkmalen des politischen Systems. Neben Verfassungsnorm und ausführlichen Kommentaren dazu, beschäftigt er sich auch mit der Verfassungsrealität des unbändigen Dorfes. So beschäftigt er sich mit wesentlichen Motiven und Themen der Innenpolitik, etwa der Sehnsucht nach Stabilität (gemäß einem häufigen Ausspruch Majestix': „Wir haben nichts zu fürchten, außer, dass uns der Himmel auf den Kopf fällt“), der

Rolle von Moral und Werten, dem Verhältnis von Religion und Politik, der Beziehung zu den Göttern („Beim Teutates!“) und dem ewig zu fallen drohenden Himmel sowie der Mythologie, der Verbindung von Politik und Ökonomie und der Genderfrage im Dorfe Asterix'. Die offizielle Stellung der Frau ist denkbar schlecht, Frauen sind an der Politik offiziell nicht beteiligt, auch wenn der Autor feststellt, dass sich eine Verbesserung der Stellung der Frau über die vielen Alben verteilt langsam anbahnt. Er zeigt auf, dass die Frauen inoffiziell bereits kräftig in der Politik mitwirken und verweist besonders auf Gutemine, die entscheidungsfreudige Frau des Häuptlings, welche ganz kräftig in der Politik mitmischet und sich besonders im Album *Asterix und Maestria* als tapfere Führerin erweist. In einem Blick hinter den Palisadenzaun wird die Außenpolitik des Dorfes zwischen Idealismus und Realismus eingeordnet, das Verteidigungssystem erläutert und das Verhältnis zu Rom untersucht. In einem weiteren Teil werden ganz spezifische Phänomene wie die Wildschweinjagd, Dorfanz und Dorffest, Prügelei und Fischschlacht und die allgemeine Einstellung zur Gewalt im Dorf erläutert.

Mit dem vorliegenden Buch hat der Autor ein Werk verfasst, das sein Dank an einen wunderbaren Comic sein soll, der ihm viele Jahre seines Lebens immer wieder ein Lächeln beschert hat. Das Werk ist nicht wissenschaftlich gehalten und enthält als Quellenangaben nur lose Verweise auf die verschiedenen Asterix-Alben. Nach eigenen Angaben will der Autor nur ein Lächeln in das Gesicht des/r Leser/In zaubern – und das ist ihm allemal gelungen.

Politix. Asterix und Politik

ist 2007 in deutscher Übersetzung von Katja Zöllner im Saxa Verlag in Köln erschienen und um rund 11 Euro erhältlich.

Maximilian Wollner

Redaktionsmitglied und Student am ipw

Zwischen Alltag und militärischen Geheimoperationen

Zwei unterschiedliche Ansätze zur Erklärung des Sechstagekriegs

von Thomas Schmidinger

Der Nahe Osten beging im Jahr 2007 den 40. Jahrestag eines Ereignisses, das bis heute die Konfliktlandschaft prägt und dessen Beurteilung dementsprechend immer noch ein Feld heftiger politischer Auseinandersetzungen darstellt: Der Sechstagekrieg, dessen heiße Phase vom 5. bis zum 10. Juni 1967 dauerte und der die Landkarte des Nahen Ostens nachhaltig veränderte. In nur sechs Tagen wurden die arabischen Armeen Ägyptens, Syriens und Jordaniens geschlagen. Israel konnte das Westjordanland, die Golan-Höhen, den Gaza-Streifen und den Sinai besetzen.

Während über die historischen Eckdaten der Ereignisse 40 Jahre später Klarheit besteht, sind die wahren Kriegsgründe und eine Reihe von Details zu Kriegsverlauf, Auswirkungen und Taktik bis heute umstritten – nicht nur zwischen Siegern und Besiegten, sondern auch innerhalb Israels. Ein gutes Beispiel dafür bilden zwei Werke mit unterschiedlichen Zugängen: Einerseits von Isabella Ginor und Gideon Remez und andererseits von Tom Segev.

Tom Segev, der zu den „neuen Historikern“ in Israel zählt, wählt für sein umfangreiches Buch einen für Historiker eher ungewöhnlichen Zugang. Er erzählt kleine Alltagsgeschichten, um das Lebensgefühl und den Alltag der Israelis vor, während und nach dem Sechstagekrieg zu schildern. Anhand von Zeitungsartikeln, sehr privaten Erzählungen verschiedener Israelis, Protokollen und Erzählungen von Kabinettsitzungen und Politikerunterredungen versucht er aufzuzeigen, welches Gefühl der Belagerung den israelischen Alltag vor dem Sechstagekrieg prägte und wie dieser schließlich als Befreiungsschlag empfunden wurde. Ausführlich geht er nicht nur auf die israelische Sicht des Krieges, sondern auch auf Kriegsverbbrechen der israelischen Seite, ein. Der Krieg wird so v.a. aus der israelischen Entwicklung dargestellt. Die Kriegsgründe werden überwiegend auf der israelischen Seite gesucht und gefunden. Die arabischen Gegner werden bei seinen Erzählungen hingegen weitgehend ausgeklammert.

Araber kommen schließlich primär als Flüchtlinge des Krieges vor. Deutlich wird dabei auch die israelische Ratlosigkeit, was mit diesen zu tun wäre. Ersichtlich wird dies, wenn Premierminister Levi Eschkol in diesem Zusammenhang zitiert wird: „Erstens: Ich weiß nicht, was ich will. Zweitens: Ich würde gern etwas tun.“ (S. 633) Tatsächlich wird anhand der Schilderung der ersten Wochen nach dem israeli-

schen Sieg klar, wie sehr die Probleme in den auch über 40 Jahre später noch besetzten Gebieten ebenfalls ein Resultat der israelischen Unfähigkeit waren, sich zu entscheiden, was mit diesen Gebieten und ihrer Bevölkerung zu geschehen hätte.

Einen völlig anderen Ansatz wählen Isabella Ginor, Expertin für die Sowjetunion an der Hebrew University of Jerusalem, und der Journalist Gideon Remez. Ihr Buch fokussiert auf neue Quellen zur Beteiligung der Sowjetunion an der Vorgeschichte des Sechstagekriegs. Aus sowjetischen Quellen schließen sie, dass die sowjetische Reaktion auf die israelische Entwicklung von Atomwaffen in Dimona eine maßgebliche Rolle im Sechstagekrieg spielte. „Foxbat“ wurde von der NATO das spätere MIG 25-Jagdflugzeug bezeichnet, das damals nur von sowjetischen Piloten geflogen wurde und das bereits im Mai 1967 den israelischen Atomreaktor in Dimona überflog. Die Zerstörung dieses Atomkomplexes wäre laut Ginor und Remez das wichtigste Kriegsziel Ägyptens und der Sowjetunion gewesen. Dabei beabsichtigte die Sowjetunion, Israel zum Erstschlag zu provozieren um dann auf Seiten der arabischen Verbündeten in den Krieg einzutreten und den Atomwaffenkomplex in Dimona zu zerstören. Zwar gelang es tatsächlich Israel zum Erstschlag zu provozieren, die Ausschaltung der arabischen Luftwaffen am ersten Kriegstag vereitelte jedoch die weiteren Pläne.

Während Segev den Krieg primär aus der gesellschaftlichen und ökonomischen Situation Israels erklärt, wird dieser bei Ginor/Remez als Teil des Kalten Krieges eingebettet. So unterschiedlich die Bücher damit auch sind, so interessant ist ihre ergänzende Lektüre, die sich aus den dabei unterschiedlichen gewählten Perspektiven ergibt.

Isabella Ginor/Gideon Remez: Foxbats over Dimona. The Soviets' Nuclear Gamble on the Six-Day War. New Haven/London. 2007. 287 Seiten. Preis: 20 Euro.

Tom Segev: 1967. Israels zweite Geburt. München, 2007. 790 Seiten. Preis: 28 Euro.

Thomas Schmidinger

Dissertant und Lehrbeauftragter am ipw Obmann der im Nahen Osten tätigen Hilfsorganisation LEEZA (vormals WADI Österreich)

Politische Theorie und Politikwissenschaft

Versuch einer Neubestimmung des Verhältnisses von Politischer Theorie und Politikwissenschaft.

von Matthias Falter

Politische Theorie ist sicherlich jener Bereich der Politikwissenschaft, der einerseits am schwierigsten zu fassen ist und andererseits sich nicht zuletzt deswegen einem permanenten Legitimationszwang ausgesetzt sieht. Zusätzlich machen normative Momente Politische Theorie (PT) einer oft unreflektiert empirisch und teilweise positivistisch arbeitenden Sozialwissenschaft verdächtig. In seinem 1937 publizierten programmatischen Aufsatz „Traditionelle und kritische Theorie“ thematisiert Max Horkheimer die verbreitete Theoriefeindlichkeit als Ablehnung kritischer und in diesem Sinne durchaus verändernden Theorie. Gleichzeitig stellt sich im Anschluss daran die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Kritik. Ist Wissenschaft im Allgemeinen und PT im Besonderen per se kritisch oder existieren auch unkritische, affirmative Formen?

Zusätzlich scheint PT allgemein angesichts des Bologna-Prozesses und der schon länger währenden verstärkten Ökonomisierung von Wissenschaft und Bildung als nicht unmittelbar verwertbare Disziplin in der „curricularen Reformfalle“ gefangen zu sein (Buchstein/Fietz 2007). Mit dem Schlagwort der Employability werden die (Frei-)Räume für eine kritische PT und damit die Bedingungen für ein kritisches Potential erheblich eingeschränkt (König/Kreisky 2007).

Der von Hubertus Buchstein und Gerhard Göhler herausgegebene Sammelband Politische Theorie und Politikwissenschaft versucht angesichts der Transformationen der Bedingungen für Politische Theorie und Ideengeschichte das Verhältnis zur Politikwissenschaft allgemein neu zu bestimmen. Dieses Verhältnis, so die Herausgeber, habe erstens eine inhaltliche Facette bezüglich der Frage, was Bestandteil der PT sei, zweitens eine disziplinäre, die Stellung der PT in der Politikwissenschaft (Subdisziplin, integrative Klammer, etc.) betreffend, und drittens eine konzeptionelle Facette hinsichtlich des Verhältnisses zu den anderen Teilbereichen der Politikwissenschaft.

Gemeinsam ist den einzelnen Beiträgen die Intention, die Bedeutung von PT hervorzuheben, wobei hier die Gefahr erkennbar wird, dass dieser Legitimationsversuch auf Kosten wichtiger Momente der PT, wie etwa Kritik der

politischen Ökonomie und Staatskritik, geht. Beispiele dafür sind die Artikel von Niesen und Ladwig, die den Horizont von PT durch deren Verständnis als Demokratiewissenschaft oder als normative Grundlage für mögliches Regieren tendenziell einschränken. Andere Beiträge, wie etwa jene von Buchstein und Dirke bzw. Straßenberger und Münkler bieten zwar interessante Überblicke bezüglich der historischen Entwicklung der PT in Deutschland, eine intensive und kritische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen PT und Politikwissenschaft bleibt trotzdem zumeist aus. So drängt sich manchmal der Eindruck auf, dass es sich um die Wiederholung von, zugegeben wichtigen, Allgemeinplätzen handelt. Viele Fragen bleiben jedoch offen oder werden, wie etwa jene nach dem Verhältnis von PT und Kritik, gar nicht gestellt. Den eigentlichen Anspruch erfüllt der Sammelband daher nur bedingt.

Hubertus Buchstein/Gerhard Göhler [Hg.]: Politische Theorie und Politikwissenschaft, Wiesbaden, 2007, Verlag für Sozialwissenschaften, Preis: 25,60 Euro.

Matthias Falterw

Dissertant und Studienassistent am ipw

Bibliographie:

Hubertus Buchstein/Stefan Fietz (2007): Vom Verschwinden bedroht? Politische Theorie und Ideengeschichte in der curricularen Reformfalle, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 36. Jg. Heft 1, 67-80.

Thomas König/Eva Kreisky (2007): Bedingungen kritischer Wissenschaft in Österreich. Vom zähen Weg der Etablierung der Sozialwissenschaften zur Wissensgesellschaft als Privatisierung von Bildung und Wissenschaft, in: Oliver Brüchert/Alexander Wagner [Hg.]: Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen. Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie, Marburg, 115-131.



Künstlergruppe
SPECIAL SYMBIOSIS
präsentiert:

Patrioten

zur Lage der Nation

ein Theaterspektakel
mit Kurzfilm und Musik

10. - 20. Juli 2008: Österreich-Tournee
WIEN - GRAZ - SALZBURG - KLAGENFURT - FELDKIRCHEN

Eintritt frei. Tourdaten, Videos und Musikdownloads auf

www.special-symbiosis.at.tt



archiv...

Politix 24/2007
„LatinA.Politix“



Politix 23/2007
„Hochschulpolitix“



Politix 22/2006
„Inklusion und Exklusion“



Politix 21/2006
„EU-Ratspräsidentschaft“



Politix 20/2005
„Hintergedanken 2005“



Politix 19/2004
„Biopolitix“



Politix 18/2004
„Mein erstes Politix“ (2. Aufl.)



Politix 17/2004
„EU-Osterweiterung“



Politix 16/2004
„Neoliberalismus“



Politix 15/2003
„Mein erstes Politix“



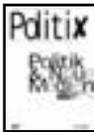
Politix 14/2003
„queer theory“



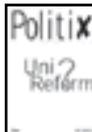
Politix 13/2002
„Politische Psychologie“



Politix 12/2002
„Politik & Neue Medien“



Politix 11/2001
„Uni-Reform“



Politix 10/2001
„Kultur & Politik“



ältere Politix-Ausgaben als PDF-Download auf
<http://politikwissenschaft.univie.ac.at/index.php?id=13121>

NEU: LeserInnenforum und aktuelle News aus der Redaktion im
Politikwissenschafts-Forum auf <http://www.powi.at>